



Wassersicherheit für das Indien von morgen

Seminar-Reader:
Berufsfeld Internationale
Zusammenarbeit:
Schwerpunkt EZ

Dozent: Dr. Arne Panesar,
ZfS, Universität Freiburg,
Sommersemester 2015

Der Reader „Wassersicherheit für das Indien von morgen“ ist im Rahmen des Blockseminars „Berufsfeld Internationale Zusammenarbeit: Schwerpunkt EZ“ aus den Seminararbeiten der Studentinnen und Studenten aufbauend auf den Kurzreferaten und Diskussionen entstanden.

Der Reader gibt einen Überblick über das Themenfeld. Natürlich bearbeiten die hier entstandenen Seminararbeiten ihre Themen individuell und nicht in derselben Tiefe und Gründlichkeit, wie dies in Abschlussarbeiten oder Promotionen der Fall wäre.

Ich finde die Beiträge des Readers anregend und hoffe, dass sie auch für die Leserinnen und Leser, die nicht am Seminar teilgenommen haben, zum Einstieg in die Thematik nützlich sind.

Jede Autorin/Autor ist verantwortlich für die jeweiligen Kapitel (namentlich gekennzeichnet). Der Inhalt des Readers ist nicht abgestimmt und daher als ein Working Paper einzuordnen, welches in den einzelnen Kapiteln die Meinung der Autorin/des Autors wieder gibt.

Für die Hilfe bei der Zusammenstellung des Readers möchte ich mich ganz besonders bei dem Seminarteilnehmer Nikolas Melcher bedanken.

Außerdem hat mein Mitarbeiter Jan Schlenk bei der Entwicklung und Umsetzung des Seminarkonzeptes entscheidend mitgewirkt - ihm gilt ebenfalls mein Dank.

Dr. Arne Panesar

Freiburg, im Juni 2015

INHALTSVERZEICHNIS

1. DIE NEUE ROLLE DER SCHWELLENLÄNDER.....	4
1.1 CHINAS ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKANISCHEN STAATEN AM BEISPIEL ANGOLAS (MAXIMILIAN GERSTENMEYER).....	4
1.2 WAS NÜTZT INDIEN DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT? (KATHARINA KNOP)	10
2 WASSERSICHERHEIT UND DIE RETTUNG DES GANGES.....	14
2.1 WASSERSICHERHEIT IM KONTEXT DER „VEREINTEN NATIONEN“ (JONATHAN SING)	14
2.2 WASSER UND WASSERSICHERHEIT AM GANGES: „BLAUE ADER ODER VERSTOPFTER ABFLUSS?“ (CHARLOTTE HÄBERLE)	19
3 MENSCHENRECHT AUF WASSER UND SANITATION	24
3.1 ENTWICKLUNG DES DISKURS (NATHALIA OPFERKUCH)	24
3.2. „TOILETS BEFORE TEMPLES“ - CHANCEN UND RISIKEN (FAIZA REHMAN).....	28
4 GRÜNE REVOLUTION IN INDIEN	32
4.1 DIE GRÜNE REVOLUTION – ALLGEMEIN (DARJA WOLFMEIER)	32
4.2 BMZ-SONDERINITIATIVE „EINE WELT OHNE HUNGER“ (KATHARINA ADLER).....	38
5 UNGLEICHE VERTEILUNG (PHILIP CHRISTOPHERSEN)	45
6 CLASH OF CIVILIZATIONS – KRISE UND KONFLIKT: TOILETS BEFORE TEMPLES... TOILETS BEFORE MOSQUES? (LAURA HENSELMANN)	52
7 GLOBALISIERUNG MIT FOKUS AUF NAHRUNGSMITTELSPEKULATIONEN	58
7.1 NAHRUNGSMITTELSPEKULATION- DEFINITION UND HINTERGRÜNDE UND FOLGEN (LINDA BIERL)	58
7.2 PHOSPHOR UND KOMPOST AUS TOILETTEN – TRAUM ODER HOFFNUNG? (SLAV DIMOV).....	63
8 WASHINGTON CONSENSUS / LIBERALISMUS	
ROLLE VON CSR-ABGABEN UND DES PRIVATSEKTORS FÜR SANITATION IN STÄDTEN? (CLAUDIUS DECKER)	69
9 WIRTSCHAFTSWACHSTUM, WOHLSTAND UND GLÜCKSELIGKEIT (SARA JANSEN)	74
10 PARIS DECLARATION / AID EFFECTIVENESS - DIE POSITION INDIENS (KARIM EL BASBASSE) .	77
11 DIE “SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS” UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF INDIEN (PHILIPP MAIER).....	82
12 DAS UN-SYSTEM - WEM HILFT DER WELTOILETTENTAG? (EMRE ÖZBULUT).....	87
13 AKTEURSLANDKARTE „TOILETS BEFORE TEMPLES“	91

1. Die neue Rolle der Schwellenländer

1.1 Chinas Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Staaten am Beispiel Angolas (Maximilian Gerstenmeyer)

Im November 2011 nahmen im südkoreanischen Busan TeilnehmerInnen aus 160 Nationen am vierten hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ("Busan Partnership for Effective Development Cooperation") teil. Die Abschlusserklärung der Konferenz von Busan stellt einen Wendepunkt in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit dar. Es wurde eine grundlegende Konzeptänderung der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Zukünftige Entwicklungshilfe solle von diesem Zeitpunkt an primär der effektiven Entwicklung der Partnerländer dienen und nicht wie bisher eher als reine Geberleistung in Erscheinung treten. Als Ziel wurde eine gleichberechtigte Globale Partnerschaft, welche sich klar von der bis dato vorherrschenden Geber-Nehmer-Mentalität abhebt und bei der die gemeinsamen Prinzipien zwischen Geber- und Partnerländern im Mittelpunkt stehen, festgelegt. Alle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit sollen besser integriert werden. Die Zivilgesellschaft solle von nun an erstmalig als Verhandlungspartner fungieren und Schwellenländer als neue Geberstaaten in die Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen werden. Zwar führte die Konferenz von Busan zu einer Einbeziehung der vier wichtigsten Schwellenländer China, Indien, Brasilien und Südafrika, jedoch gaben lediglich die zwei zuletzt genannten Nationen zu verstehen einer Mitgliedschaft bei den OECD-Ländern positiv gegenüber zu stehen. China und Indien jedoch insistierten auf den Erhalt eines Sonderstatus. Nun ist es zukünftig von großer Bedeutung im Sinne der Entwicklung der Partnerländer eine Entwicklungsagenda welche auf der Grundlage geteilter Prinzipien und Ziele beruht zu etablieren (Fiedler 2012; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Immer häufiger wird Kritik an der von Schwellenländern ausgehenden Entwicklungshilfe laut, „da deren Süd-Süd-Kooperation anderen, nicht westlichen Prinzipien und Mechanismen folgt“ (Berge & Grimm 2011: 1). Laut Berge & Grimm (2011: 1) muss daher hinterfragt werden ob eine Entwicklungs-Kooperation zwischen traditionellen und neuen Geberländern überhaupt funktionieren und einen positiven Effekt für Entwicklungsländer mit sich bringen kann. Das Konzept der neuen Geberländer wie China, Indien und Südafrika verfolgt eine von Grund an unterschiedliche Herangehensweise an die Entwicklungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Nicht der reine Finanztransfer steht im Mittelpunkt sondern vielmehr verbinden diese ihre Unterstützung mit der Förderung von ausländischen Direktinvestitionen ihrer Unternehmen. Dieses Engagement kennzeichnet sich weniger durch altruistische Absichten, sondern vielmehr durch die Bemühung in beiden Ländern Entwicklung zu schaffen, einen beidseitigen Nutzen zu generieren. Süd-Geber sind der Meinung durch die Etablierung von Unternehmen in Entwicklungsländern bereits wirksam geworden zu sein. Nun stellt sich jedoch die Frage ab wann man von einem beidseitigen Nutzen sprechen kann und bis zu welchem Punkt eine reine Exportförderung diese Zusammenarbeit beherrscht.

Da laut dem ehemaligen Leiter der französischen Entwicklungsagentur Jean-Michel Severino Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern, ganz egal ob Nord-Süd oder Süd-Süd „immer von Ungleichheit geprägt [sind]: Einer gibt, der andere nimmt“ (Berge & Grimm 2011: 1) ruft dieser das „Ende der Entwicklungshilfe“ aus um ein Umdenken in der

Herangehensweise an die Entwicklungspolitik anzustoßen und sich von dieser Grundphilosophie, welche von zunehmend mehr Ländern des Globalen Südens zurückgewiesen wird, zu distanzieren.

Eine Möglichkeit die Kluft zwischen der Nord-Süd und der Süd-Süd Entwicklungszusammenarbeit zu überwinden, könnten Dreiecksoperationen¹ darstellen. Diese können „als strategische Brücke zwischen westlicher Entwicklungspolitik und Süd-Süd-Kooperation dienen“ (Berge & Grimm 2011: 2).

Dreiecksoperation ist so keine Einbahnstraße, durch die die aufstrebenden Geber aus den Schwellenländern eingebunden werden, um unsere Standards zu lernen. Wenn die globalen Partnerschaften Wirklichkeit werden sollen, muss das alte Nord-Süd-Denken überwunden werden, das allzu oft noch die Debatte bestimmt. Gemeinsame Problemlösungen müssen im Zentrum stehen. Und dies geschieht auf Augenhöhe von Partnern mit unterschiedlichen Erfahrungen. Beide Seiten müssen im Interesse der Entwicklungsländer versuchen voneinander und vielleicht sogar miteinander zu lernen (Berge & Grimm 2011: 2).

Entwicklungszusammenarbeit Chinas mit Afrika: Das Modell-Angola

Die chinesische Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des afrikanischen Kontinents stellt keine Neuheit dar, im Gegenteil hat diese eine lange Tradition. Die im Jahr 1964 verfassten Leitlinien zur chinesischen Entwicklungszusammenarbeit besitzen bis heute Gültigkeit und stellen die Grundsätze der neuen Afrikastrategie aus dem Jahr 2006 dar (Asche & Schüller 2008: 32). Nach offiziellen chinesischen Angaben wurden seit 1956 in 49 afrikanischen Ländern 700 Entwicklungsprojekte in den Bereichen Nahrungsmittelverarbeitung, Leicht- und Textilindustrie, Landwirtschaft, Viehzucht, Fischzucht, Energie, Transport, Verkehr, Wasserkraft, Bildung und Kultur durchgeführt (Asche & Schüller 2008: 43).

Die Beziehungen zwischen China und Angola basieren auf den komplementären Bedürfnissen Chinas und der afrikanischen Länder (Foster 2008: 42). China hat großes Interesse an den natürlichen Ressourcen vieler afrikanischer Nationen, während Afrika Chinas Unterstützung benötigt um die unzureichende Infrastruktur vieler afrikanischer Länder auszubauen. Außerdem würde ohne den Ausbau der Infrastruktur eine äußerst lange Transportdauer sowie extrem hohe Transportkosten Importe aus Afrika finanziell unattraktiv machen (Foster 2008: 23). Des Weiteren führt eine mangelhafte Infrastruktur dazu, dass nicht das komplette Potenzial der Bodenschätze ausgereizt werden könnte. Nach einem fast 30 Jahre dauernden Krieg in Angola wandte sich das Land chinesischer Hilfe zu (Corkin 2008: 164). Die chinesische Export-Import Bank stellte daraufhin der angolanischen Regierung 2004 einen Kredit in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar aus. Dieser Kredit wurde in die Verbesserung der Straßen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung

¹ Das erhöhte Engagement einiger Schwellenländer ermöglicht eine neue Form der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: die Dreiecksoperation. Hier schließt sich meist ein Industrieland – also ein traditioneller Geber und Mitglied im Entwicklungsausschuss (DAC) der [OECD](http://www.oecd.org/) – mit einem Schwellenland (Süd-Geber) und einem dritten Land (Empfängerland) zusammen, um gemeinsame Maßnahmen zu verwirklichen. Diese Form der dreiseitigen ("trilateralen") Zusammenarbeit fördert intensiv den internationalen Wissensaustausch und das gemeinsame Lernen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt dabei auch das Ziel, die Wirksamkeit von Entwicklungsvorhaben weiter zu verbessern (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Abrufbar über: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/dreiecksoperationen/

und der Telekommunikation investiert. Der Kredit sollte über einen Zeitraum von 12 Jahren mit 10.000 Barrel Erdöl täglich zurückgezahlt werden (Christensen 2010: 20). Hinter diesem simplen Plan, natürliche Ressourcen gegen Infrastruktur zu „tauschen“, steckt ein komplexes Gerüst, das aus mehreren Akteuren besteht und durch verschiedene Verträge zusammengehalten wird.

Die Vorgehensweise beginnt mit einem Rahmenvertrag, der zwischen der afrikanischen Regierung und China's Ministry of Commerce (MOFCOM) abgeschlossen wird. Die afrikanische Regierung stellt, durch ihren Finanzminister repräsentiert, einen Kreditantrag an die China Export-Import Bank. Nach Durchführung einer Machbarkeitsstudie durch die Export-Import Bank und Prüfung auf ausreichende Rentabilität, leitet diese den Antrag an das MOFCOM weiter, das den Antrag genehmigen muss. Nach Zustimmung erteilt die chinesische Regierung den Auftrag des Infrastrukturprojekts an ein geeignetes chinesisches Unternehmen, das den Zuschlag durch ein Ausschreibungsverfahren erhält (Asche & Schüller 2008: 36). Nach Vorgabe der Export-Import Bank müssen Infrastrukturprojekte vorzugsweise von chinesischen Unternehmen durchgeführt werden. Außerdem müssen mindestens 50% der gesamten Beschaffungen wie Materialien oder nötige Technologien von chinesischen Zulieferern stammen (China ExIm Bank 2012). In der Praxis zeigt sich, dass der Anteil an chinesischen Zulieferern mit 60-80% (Alden & Alves 2009: 9) die Mindestanforderung weit überschreitet. Nach Erhalt des Bauauftrags wird der Kreditvertrag zwischen afrikanischer Regierung und der ExIm Bank unterzeichnet (Asche & Schüller 2008: 36). Dabei werden ein niedriger Zins (1,5%-3%) eine Gnadenfrist (5-8 Jahre) und eine Laufzeit (10-20 Jahre) vereinbart (Alden & Alves 2009: 9). Anschließend wird dem chinesischen Unternehmen die Baugenehmigung durch die afrikanische Regierung erteilt und der Baubeginn wird bekanntgegeben. Parallel dazu wird mit einem weiteren chinesischen Unternehmen ein Vertrag über die Gewährung der Förderrechte der natürlichen Ressourcen abgeschlossen. Mit den erzielten Erträgen aus den Rohstoffverkäufen tilgt selbiges Unternehmen den Kredit für die afrikanische Regierung. Das chinesische Bauunternehmen wird schließlich von der ExIm Bank für seine Infrastrukturarbeiten bezahlt und der Kreislauf schließt sich (Asche & Schüller 2008: 36). Sierra Leones ehemaliger Außenminister Alhaji Koroma sagte treffenderweise „They give aid, grants, loans, but you never see that money“ (Brautigam 2009: 143).

Welche Chancen bzw. Risiken birgt das Angola-Modell für Empfängerländer?

Die Auswirkungen des Angola-Modells sind auf den ersten Blick weitgehend positiv. Kreditunwürdigen Ländern wird die Möglichkeit gegeben den Bau von Infrastruktur mit natürlichen Ressourcen zu „bezahlen“. Wie sich zeigt, birgt das Beispiel Angola vor allem langfristig Gefahrenpotential, welches im Folgenden näher beschrieben wird.

Vorteile durch chinesische Infrastrukturprojekte

In den meisten afrikanischen Staaten stellt die Infrastruktur den limitierenden Faktor des Wirtschaftswachstums dar. Schlechte Infrastruktur ist somit das Haupthindernis für Wachstum, einen florierenden Handel und die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Staaten (Sindzingre 2011: 26). Wird der limitierende Faktor nach und nach beseitigt, lassen sich immense Steigerungen der Wachstumsraten feststellen. Angola beispielsweise, erzielte 2005, nachdem erste Infrastrukturprojekte fertiggestellt waren, eine Wachstumsrate des realen BIP von 19,9 % - eine der größten weltweit. Im Vergleich dazu betrug das Wachstum des realen BIP 2003, ein Jahr nach dem Ende des Bürgerkriegs, nur 1,5% (CIA

2012). Nachdem China selbst den Einfluss einer intakten Infrastruktur auf das Wachstum im eigenen Land feststellte, sammelte es in den letzten Jahrzehnten durch Modernisierungsmaßnahmen und Ausbau im eigenen Land maßgebliche Erfahrungen in diesem Bereich (Christensen 2010: 11), die nun auf die Durchführung in Afrika projiziert werden. Außerdem erhöht die schnelle Umsetzung der als Komplettpaket geplanten chinesischen Projekte deren Attraktivität, da afrikanische Regierungen argumentierten, dass die Implementierung westlich geplanter Projekte viel zu lang dauere (Christensen 2010: 10). Ein weiterer Vorteil der chinesischen Durchführung der Projekte ist der gemeinsame Nutzen: Es ist in Chinas eigenem Interesse qualitativ hochwertige und nachhaltige Infrastruktur zu schaffen. Andernfalls würden Reparaturmaßnahmen oder unfertige Projekte den wirtschaftlichen Ertrag daraus mindern, da die Kapazität der Ressourcen zur Kredittilgung eingeschränkt werden würde. Dies sind Gründe, warum Afrika mehr von einer chinesischen Durchführung als von westlicher Durchführung der Infrastrukturprojekte profitiert. Das Pionierprojekt im Rahmen des ersten „Rohstoff gegen Infrastruktur“- Abkommens zwischen Angola und China war die Sanierung der 371 km langen Straße zwischen der Hauptstadt Luanda und der nördlichen, agrarwirtschaftlich und bergbaubetrieblich geprägten Provinz Uige. Diese Route verbindet die Städte Kifangondo (Luanda), Caxito (Bengo), Uije und Negage (Uije) (Corkin 2008: 168) und macht den Transport in dem rohstoffdichten Gebiet leichter und effizienter. Durchgeführt wurde die Sanierung durch die China Road and Bridge Corporation (CRBC).

Gewaltiges Potenzial birgt der Hafen Luandas über den der Großteil des internationalen Handels abgewickelt wird: Dieser ist einer der am schnellsten wachsenden Häfen Afrikas - der Containerumschlag hat sich in den letzten Jahren von 30.000 auf 346.000 verzehnfacht und die Gesamtwachstumsrate betrug rund 30% im letzten Jahrzehnt (Foster & Pushak 2011: 24). Nicht nur Angola sondern auch Nachbarländer wie die Demokratische Republik Kongo, Sambia oder Simbabwe haben immer mehr Interesse daran, mehr Handel über Luandas Hafen abzuwickeln. Ein großes Problem dieser erhöhten Nachfrage begegnen zu können, ist unter anderem der schlechte Zustand der Straßen. Die meisten Straßen, die vom Ausland ins Innere Angolas führen, sind laut Weltbank in sehr schlechtem Zustand und/oder unbefestigt. Durch die Erneuerung dieser unbefestigten direkteren Verbindungen werden Umfahrungen und längere Fahrtzeiten vermieden und der Containerumschlag kann weiter wachsen. An den langen Be- und Entladezeiten sowie an der Kapazitätserweiterung des Hafens wird ebenfalls gearbeitet. Die Modernisierung der Eisenbahn in Angola, an der China beteiligt ist, soll dafür sorgen, dass bald wieder mehr als nur 30% des Schienennetzwerks benutzt werden können (Foster & Pushak 2011: 22). Ein wichtiges Beispiel hierfür ist das Projekt Moçamedes Railway im Umfang von zwei Milliarden US-Dollar. Die Strecke verbindet den Hafen von Namibe in Südangola über 865 km von Westen nach Osten mit Menongue (Corkin 2008: 170). Die Ausgaben Angolas für Infrastruktur zeigen deutlich wie die Zukunft aussehen wird: Angola ist das Land mit den meisten Infrastrukturausgaben Afrikas - es wird fast viermal so viel wie nötig ausgegeben um die Infrastruktur zu erhalten (423 Millionen US-Dollar) und das Infrastruktur Netzwerk zu vergrößern (Foster & Pushak 2011: 18). China beteiligt sich neben der Modernisierung von Straßen und Eisenbahn sogar am Bau Afrikas größten Flughafens nahe Luanda.

Lock-In Effekte

Die Beziehung zwischen China und Afrika ist besonders durch Chinas Suche nach Rohmaterialien geprägt, um diese im eigenen Land verarbeiten und teilweise die Endprodukte exportieren zu können. Solange China weiterhin eindrucksvolle

Wachstumsraten aufweist und es schafft, nachhaltiges Wachstum zu generieren, wird die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen auch im Rahmen des Angola-Modells nicht abnehmen und somit auch nicht der Import der selbigen aus Afrika. Langfristig versteckt sich hinter den ressourcengestützten Krediten eine große Gefahr für Länder mit niedrigen Einkommen und Rohstoffreichtum: Es könnte ein sogenannter Lock-In Effekt eintreten, der die betroffene Wirtschaft in ihrer Exportstruktur festhält. Durch die starke Nachfrage nach zu verarbeitenden Rohstoffen, unter anderem aus China, steigen die Preise der Rohmaterialien, was das allgemeine Preisniveau des Exportlandes erhöht. Beispielsweise verzeichnete Angola 2010 eine Inflation von 14,5% und 2011 von 14,3% (CIA 2012). Da sich der Nominallohn langsamer anpasst als die Preise steigen, sinkt der Reallohn und inländische Güter werden im Vergleich zu ausländischen teurer. Durch den Anstieg der Güterpreise gehen außerdem die Exporte aus den übrigen nicht boomenden Exportsektoren zurück und das Land spezialisiert sich immer mehr auf den Boom-Sektor. Dieser Effekt ist auch als Dutch Disease bekannt (Sindzingre 2011: 5). Des Weiteren erhöht der Export von Fertigwaren und Konsumgütern wie beispielsweise Kleidung aus der Volksrepublik den Wettbewerb und verdrängt die afrikanischen Hersteller vom internationalen Markt sowie vom Binnenmarkt (Corkin 2008: 22). Diese Kombination aus Förderung des Exports von Rohstoffen und Verdrängung der verarbeitenden Industrie bewirkt die Spezialisierung des Landes auf den Rohstoffexport und erhöht die Gefahr von Lock-In Effekten. Im Angola-Modell wird vorzugsweise chinesischen Firmen die Baugenehmigung erteilt wobei mindestens 50% der Beschaffungen für das Projekt von chinesischen Zulieferern stammen müssen. Dies nimmt afrikanischen Zulieferern die Chance, von den Projekten zu profitieren. Dazu kommt, dass sogar für die Verrichtung einfacher Arbeiten bevorzugt chinesische Arbeiter importiert und angestellt werden, da afrikanische Arbeitskräfte nicht in Schicht arbeiten, nicht flexibel einsetzbar sind und höhere Fehlzeiten als chinesische Arbeiter aufweisen. Am Beispiel Angolas berichteten chinesische Firmen, die Angolaner einstellten, dass die Abwesenheitsrate nie weniger als 20% betrug, während die der chinesischen Arbeiter praktisch null war (Corkin 2008: 175). Dies hat einen negativen Effekt auf die Arbeitslosigkeit des Empfängerlandes. Die Exportstruktur trägt ohne Zweifel zum Wachstum der Wirtschaft der Exporteure bei, jedoch ist bekannt, dass ein exportgetriebenes Wachstum langfristig schwer aufrechtzuerhalten ist. Eine Exportstruktur bedeutet immer automatisch Abhängigkeit von den Preisen und von der Nachfrage der Importeure. Je weniger diversifiziert die Exportwirtschaft ist, desto gefährlicher ist die Volatilität der Preise (Sindzingre 2011: 5). Ein Beispiel wenig diversifizierter Exportwirtschaft stellt Angola dar, mit einem Anteil von 85% der Öl-Produktion am BIP (CIA 2012).

Abwägung vor dem Hintergrund des gegenseitigen Nutzen

Fasst man die Vor- und Nachteile zusammen, kommt man zu dem Entschluss, dass das Angola-Modell beiden Parteien großen Nutzen bringt. Die Staaten Afrikas bekommen die Chance, ihre fehlende Kreditwürdigkeit durch Ressourcen zu ersetzen um so mit Krediten den Bedürfnissen ihres Landes nachkommen zu können, während China im Gegenzug seine Nachfrage nach natürlichen Ressourcen befriedigt. Chinas Nutzen an der Win-Win Situation scheint jedoch ein wenig größer zu sein als der Afrikas. Da China mehr Verhandlungsmacht besitzt, wird der Nutzen der afrikanischen Seite in einigen Aspekten nicht maximiert. China profitiert nicht nur durch die reinen Importe der Ressourcen, sondern auch durch den Export von Arbeitern aus dem eigenen Land, um so dem eigenen Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit nachzugehen. Da viele afrikanische Länder aber

selbst mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, könnte durch den vermehrten Einbezug afrikanischer Arbeiter diesem Problem entgegengewirkt werden. Die Gefahr eines Lock-In Effektes variiert aufgrund unterschiedlicher Strukturen der Wirtschaft von Land zu Land. Das Angola-Modell birgt aber kein größeres Risiko als normale Exportabkommen über Rohstoffe. Im Gegenteil, die Gefahr einer Dutch Disease ist sogar niedriger als bei normalen Rohstoffexporten, da die direkten Zahlungsströme fehlen und somit die direkte Aufwertung der jeweiligen afrikanischen Währung und die Verdrängung der anderen Exportsektoren vermindert wird. Abschließend kann man sagen, dass afrikanische Staaten durch chinesische Direktinvestitionen im Rahmen des Angola-Modells in Zukunft noch mehr profitieren werden, da sich mit Stärkung der Wirtschaft und Erschließung neuer Finanzierungsquellen die Verhandlungsmacht weiter auf die afrikanische Seite verschiebt. Das Angola-Modell stellt eine Win-Win Situation für beide Parteien dar.

Literaturverzeichnis

- Alden, Christopher; Alves, Ana Cristina: „China and Africa's Natural Resources: The Challenges and Implications for Development and Governance“, Occasional Paper Nr.41, South African Institute of International Affairs, 2009
- Asche, Helmut; Schüller, Margot: „Chinas Engagement in Afrika – Chancen und Risiken für Entwicklung“, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, 2008
- Berge & Grimm: „Das Nord-Süd-Denken überwinden“, 2011. Abrufbar über: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-09/Entwicklungshilfe-Schwellenlaender>
- Brautigam, Deborah: „The Dragon's Gift: The Real Story of China in Africa“, Oxford University Press, New York, 2009
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Die Entwicklungspartnerschaft von Busan“, o.J.. Abrufbar über: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/ziele/parisagenda/busan/index.html
- China ExIm Bank: „Chinese Government Concessional Loan and Preferential Export Buyer's Credit“, 2012. Abrufbar über: http://english.eximbank.gov.cn/businessarticle/activities/loan/200905/9398_1.h_tml [letzter Zugriff 18.05.15]
- Christensen, Benedicte Vibe: „China in Africa - A Macroeconomic Perspective“ CGD Working Paper 230, Washington, D.C., Center for Global Development, 2010
- Corkin, Lucy: „China's Interest in Angola's Construction and Infrastructure Sectors“ In: Guerrero und Manji (Hrsg.): China's New Role in Africa and the South, Cape Town, Nairobi, Oxford: Fahamu – Networks for Social Justice, 2008, 157- 190
- Fiedler, Lisa: „Schwellenländer demnächst Geber?“, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 2012. Abrufbar über: <http://www.dgvn.de/meldung/schwellenlaender-demnaechst-geber/>
- Foster, Vivian u. a.: „Building Bridges: China's Growing Role as Infrastructure Financier for Sub-Saharan Africa“, Nr. 5, World Bank Pubn, 2008

Foster, Vivian; Pushak, Nataliya: „Angola’s Infrastructure – A Continental Perspective“, Policy Research Working Paper 5831, The World Bank, 2011

Sindzingre, Alice N.: „The Rise of China in Sub-Saharan Africa: Its Ambiguous Economic Impacts“, National Centre for Scientific Research, University of London, Department of Economics, 2011

1.2 Was nützt Indien die Entwicklungszusammenarbeit? (Katharina Knop)

Indien ist eines der Länder, in welchem extreme soziale und wirtschaftliche Gegensätze in der Gesellschaft vorherrschen. (AUSWÄRTIGES AMT 2015) Die Unterschiede in der Bevölkerung sowie in der Entwicklung auf dem Land und in den Städten werden zudem immer größer. Indien unterliegt zwar einem stetigen Wandel, konzentriert sich aber in seinem Entwicklungsprozess nur auf wenige Ballungsräume. (KNIGGE, KEIL, SCHINDLER, PANESAR, HIEPKO, SÜß 2011: 91). In riesigen Städten wie Neu-Delhi, Bangalore und Mumbai beispielsweise floriert die Wirtschaft und lässt Indien so allmählich von dem Status eines Entwicklungslandes zu dem eines Schwellenlandes mit einer „großen wirtschaftlichen Dynamik“ (KNIGGE, KEIL, SCHINDLER, PANESAR, HIEPKO, SÜß 2011: 91) aufsteigen. Jedoch lebt noch immer circa ein Drittel der indischen Bevölkerung in extremer Armut. Etwa 60% der Gesamtbevölkerung leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG 2010-2015) Laut der Weltbankdefinition haben circa 32,7% der Bevölkerung nur rund 1,25 US-Dollar pro Tag zum Leben. (AUSWÄRTIGES AMT 2015)

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung in Indien hat aber auch seine Nachteile für die Umwelt. Die wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit der raschen Urbanisierung und der Industrialisierung sind Verursacher für große Umweltschäden. So gilt Indien als weltweit drittgrößter Emittent klimaschädlicher Gase. (AUSWÄRTIGES AMT 2015)

Deutsch-Indische Entwicklungszusammenarbeit

An diesen Punkten setzt die Entwicklungszusammenarbeit in Indien an. Deutschland hat mit Indien als Entwicklungspartner drei Arbeitsschwerpunkte der Zusammenarbeit herausgearbeitet. Die Arbeitsschwerpunkte befassen sich mit den Bereichen Energie, Umwelt- und Ressourcenschutz und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. (BMZ 2010-2015)

Im Bereich Energie beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an mehreren Projekten. Dazu zählen neben einem Photovoltaik-Kraftwerk Solarenergie-Projekte und ein Wasserkraft-Projekt im Himalaya. Diese Projekte fördern die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien, welche im Vordergrund der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien stehen. Denn in Indien steigt der Energieverbrauch stetig an. Jedoch sind die meisten der Kraftwerke, die in Betrieb sind, veraltet und weniger effizient als neue Kraftwerke. Die Bevölkerung erhält nicht ausreichend Strom und auch die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den Mangel an Strom eher gebremst. (BMZ 2010-2015)

Auch im Umwelt- und Ressourcenschutz setzt die Entwicklungszusammenarbeit an wichtigen Punkten an.

Aufgrund des rasanten Wachstums und Ausbreiten der Städte sowie der Industrie steht Indien vor schwer zu lösenden Herausforderungen. Die Luft wird zunehmend belastet und immer weiter verschmutzt. Durch die hohen CO₂-Emissionen trägt Indien so auch einen großen Teil zum Klimawandel bei. Um hier anzusetzen braucht es neben Umweltschutz-Projekten Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Darunter fallen beispielsweise der Schutz der Böden, des Wassers und der Luft sowie die Erhaltung der Artenvielfalt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Schwerpunkt in diesem Bereich auf eine umweltfreundliche Stadtentwicklung gelegt. In ausgewählten Städten werden Projekte dazu durchgeführt. (BMZ 2010-2015)

Das dritte Arbeitspaket der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien legt seinen Schwerpunkt auf die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Indien. Eine wichtige Rolle hierbei spielt die Entwicklung des sozialen Sicherungswesens. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt hier die Regierung Indiens bei Verbesserungen dessen. Wichtig ist es, den Menschen, die von der Altersvorsorge, der Kranken- oder Arbeitsversicherung ausgeschlossen sind, einen Zugang zu ermöglichen. Denn ein Großteil der Bevölkerung Indiens, die im informellen Sektor tätig sind, arbeiten und leben ohne Zugang zu sozialen Absicherungen. (BMZ 2010-2015)

Indien profitiert durch die Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland in Bereichen wie der finanziellen, technischen und personellen Zusammenarbeit. Deutschland unterstützt Indien beispielsweise durch finanzielle Kredite. Einige Ziele sind hier der Ausbau des Mikrokreditwesens sowie die Unterstützung für die Entwicklung der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. So wurden Indien 2014 rund 1,2 Milliarden Euro von Deutschland zugesagt (AUSWÄRTIGES AMT 2015). Neben den Krediten stellt die Bundesrepublik Materialien und Ausrüstungen für die geförderten Einrichtungen zur Verfügung und bildet einheimische Fach- und Führungskräfte mit Hilfe eigens bereitgestellter Ausbilder, Sachverständiger und Gutachter aus und weiter.

Indien als Geberland

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der Partner in der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien, die regelmäßig Zahlungen an Indien leistet. Im Jahr 2003 aber hat Indien die Anzahl der Geberländer drastisch von 22 Ländern auf die Länder Japan, USA, Großbritannien, Russland und Deutschland gekürzt. Alle anderen Länder sollen ihre Aktivitäten auf die Unterstützung von NGO's beschränken. Denn mittlerweile, bedingt durch den Wirtschaftsaufschwung und Indiens Bedeutungszuwachs auf internationaler Ebene, wirkt Indien selbst als Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit mit. (JOBELIUS 2007: 2)

Im Vergleich mit der Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Staaten sieht Indien in der Entwicklungszusammenarbeit einen anderen Zusammenhang. So verneinen die westlichen Staaten die Funktion der Entwicklungsarbeit als Instrument für geostrategisches Handeln. (JOBELIUS 2007: 4)

Im Gegensatz dazu hebt die indische Regierung hervor, andere Ziele zu verfolgen.

Eines der Ziele der indischen Entwicklungszusammenarbeit liegt in der Durchsetzung der indischen Belange im Ausland, ein anderes in der Förderung des eigenen Wirtschaftsstandortes. So fungiert die indische Entwicklungszusammenarbeit als ein Instrument der Außen- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Indien erhofft sich durch das Einsetzen der Entwicklungszusammenarbeit in anderen Entwicklungsländern, wie

beispielsweise Buthan, Afghanistan oder Nepal, die Eröffnung zu neuen Marktzugängen für die eigenen Unternehmen, die Stärkung der Handlungsposition Indiens in internationalen Regimen, die Gewährleistung der Energiesicherheit und die Stärkung der regionalen Sicherheit. (JOBELIUS 2007: 4F.)

Nicht unwichtig sind zudem technische Kooperationen mit den Ländern, die Stärkung des politischen Einflusses Indiens in internationalen Organisationen sowie der Aufbau guter diplomatischer Beziehungen.

Beispiel Buthan

Indien ist in der Entwicklungszusammenarbeit das wichtigste Geberland in Buthan. Als Pufferstaat liegt es zwischen den Großmächten Indien und China, weswegen Indien ein speziell strategisches Interesse an einem stabilen Buthan hat. Die Entwicklungszusammenarbeit der beiden Länder konzentriert sich auf den Ausbau der Infrastruktur und der Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitssektors. (JOBELIUS 2007: 7)

Beispiel Nepal

Auch in Nepal leistet Indien Entwicklungszusammenarbeit. Diese beruht auf wirtschaftlicher, militärischer und finanzieller Unterstützung. Indien ist einer der größten Investoren in Nepal. Durch den Bau von Wasserkraftwerken profitiert Indien von der Energieproduktion, die größtenteils nach Indien selbst gehen soll. (JOBELIUS 2007: 7)

Beispiel Afghanistan

In Afghanistan setzt die Entwicklungszusammenarbeit Indiens in der Bildung, der ländlichen Entwicklung und dem Ausbau der Infrastruktur an. Besonderes Interesse hat Indien hier an der Verhinderung der Bildung von radikal-islamischen Kräften, die das Land bedrohen können, sowie am Zurückdrängen des Einflusses von Pakistan in der Region. Die indische Entwicklungszusammenarbeit dient im Falle von Afghanistan als Beitrag zur Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit Indiens. (JOBELIUS 2007: 8)

Fazit

Bei der Beantwortung der Frage, welchen Nutzen die Entwicklungszusammenarbeit für Indien hat, kann man prinzipiell zwischen Indien als Empfängerland und Indien als Geberland unterscheiden. Als Empfängerland profitiert Indien hauptsächlich von der finanziellen sowie der technischen Unterstützung der Geberländer. Viele Gelder und eine hohe Anzahl an Personal werden in die einzelnen Projekte gesteckt und geschickt, doch ob die Unterstützung wirklich bei denen, die sie am nötigsten haben ankommt, bleibt fraglich. Deutschland als Geberland setzt zwar den Fokus nicht auf das geostrategische Handeln, doch sicher profitiert auch Deutschland wirtschaftlich von der Entwicklungszusammenarbeit mit Indien.

Indien als Geberland verfolgt eindeutig außenpolitische und wirtschaftliche Interessen und zeigt in den Ländern Buthan, Nepal und Afghanistan jeweils den Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit für das Land selbst. Die Position Indiens im globalen Wirtschaftsgeschehen wird in der Rolle als Geberland durch die Entwicklungszusammenarbeit gestärkt und erhält als Schwellenland einen deutlichen

Bedeutungszuwachs auf internationaler Ebene.

So betrachtet profitiert der Staat Indien von der Entwicklungszusammenarbeit als Empfänger- sowie als Geberland.

Literaturverzeichnis

AUSWÄRTIGES AMT, 2015. Beziehungen zwischen Indien und Deutschland.

<http://www.auswaertiges->

[amt.de/sid_2D51F59C7746392AABCDF3B9C9BC3AE2/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Indien/Bilateral_node.html#doc346818bodyText4](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_2D51F59C7746392AABCDF3B9C9BC3AE2/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Indien/Bilateral_node.html#doc346818bodyText4), Mai-2015.

JOBELIUS, MATTHIAS, 2007. Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit: Das Beispiel Indien.

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/50401.pdf>, März-2007.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, 2015. Indien Situation und Zusammenarbeit.

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/indien/zusammenarbeit/index.html, 2010-2015.

KNIGGE, A., KEIL, J., PROF. DR. SCHINDLER, F., DR. PANESAR A., HIEPKO, T., SÜß, V., 2011.

GIZ-Länderwissen Indien Themen, Akteure, Modalitäten. Abteilung 2100.

2 Wassersicherheit und die Rettung des Ganges

Einleitung

Im Jahr 2003 wurde die Textsammlung „Providing Global Public Goods: Managing Globalization“ von den Vereinten Nationen veröffentlicht. Diese beruht zu großen Teilen auf der Arbeit der Wissenschaftler Inge Kaul, Raul Mendoza, Pedro Conceição und Katell Le Goulven. Darin wird das Konzept der „Global Public Goods“ (GPG) untersucht, d.h. was globale öffentliche Güter überhaupt sind und wozu sie dienen. Diese neuen Denkansätze waren so fortschrittlich, dass sie in die „Millenium Development Goals“ (MDG) eingearbeitet wurden. Nach den MDGs gibt es 10 globale öffentliche Güter, beispielsweise die „grundlegende Menschenwürde“, die „globale öffentliche Gesundheit“, der „globale Frieden“ und die „nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Rohstoffe“. Betrachtet man diese Punkte näher, wird klar, dass zwischen diesen „Global Public Goods“ (GPG) und dem Rohstoff Wasser ein thematischer Zusammenhang besteht. Wasser ist ein natürlicher Rohstoff, der aufgrund seiner begrenzten Verfügbarkeit sorgsam genutzt werden sollte, er dient der menschlichen Gesundheit und kann bei ungleicher Verteilung zu Konflikten führen. Daraus resultiert die Frage, wie die Menschheit in der Zukunft mit Wasser umgehen soll, damit dieses zur Menschenwürde aller sicher zur Verfügung steht? (Tanter: 2008a, Tanter 2008b)

Entsprechend soll im 1. Teil des Essays eine Abhandlung darüber stattfinden, was heutzutage überhaupt allgemein unter dem Schlagwort „Wassersicherheit“ verstanden wird, wem „Wassersicherheit“ dient und welche thematischen Schwerpunkte mit dem Komplex der „Wassersicherheit“ verbunden sind? Im 2. Teil soll die Thematik der „Wassersicherheit“ am Beispiel des Landes Indien näher betrachtet werden. Um dem Leser einen Überblick über die Defizite der Wasserversorgung in Indien zu geben, sollen explizit die strukturellen Probleme dargelegt werden. In der Schlussbetrachtung wird letztendlich abgewogen, inwiefern das im 1. Teil beschriebene Verständnis von „Wassersicherheit“ sich mit den im 2. Teil beschriebenen Problemen der Wasserversorgung in Indien deckt.

2.1 Wassersicherheit im Kontext der „Vereinten Nationen“ (Jonathan Sing)

Definition

Eine international allgemein gültige Definition für das Thema „Wassersicherheit“ zu finden ist schwierig, da jeder Akteur – dies kann eine Person, eine Gruppe oder ein Staat sein – das Thema „Wassersicherheit“ aus eigener Perspektive betrachtet. Folglich existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen und Interpretationen mit eigenen Schwerpunkten. Einen möglichen Ansatz dazu bieten die „Vereinten Nationen“ (UN), die mit derzeit 193 Mitgliedsstaaten einen Großteil der Weltbevölkerung repräsentiert. Deren Unterorganisation „UN-Water“, zuständig für Sachverhalte rund um das Thema Wasser, rückte aufgrund der bevorstehenden Verhandlungen über die „Sustainable Development Goals“ (SDG) im Jahr 2013 die Thematik der „Wassersicherheit“ in den Fokus. Dabei machte sie sich auch an den Versuch, eine allgemeingültige Definition für „Wassersicherheit“ zu schaffen, die von möglichst vielen Akteuren akzeptiert wird. (UN-Water 2013: 2) Diese lautet wie folgt:

„Water security is defined here as the capacity of a population to safeguard sustainable access to adequate quantities of acceptable water for sustaining livelihoods, human well-being and socio-economic development, for ensuring protection against water-borne pollution and water-related disasters, and for preserving ecosystems in a climate of peace and political stability.“ (UN-Water 2013: 1)

Trotz der Allgemeingültigkeit behandelt die Definition eine Vielzahl an Aspekten zum Thema „Wassersicherheit“, darunter z.B.

- Zugang zu ausreichendem und sicheren Wasser zu angemessenen Kosten zur Deckung der Sanitäts-, Hygiene- und Gesundheitsbedürfnisse sowie allgemeinem Wohlergehen
- Schutz des Lebensunterhaltes, der Menschenrechte, der Kultur- und der Erholungswerte
- Erhaltung, Schutz und Sicherstellung der Funktion von Ökosystemen
- Sozioökonomische Aspekte (Energie, Industrie, Transport, Tourismus)
- Abwassermanagement um Mensch und Umwelt vor Verschmutzung zu schützen
- Kollaborative Aspekte um transnationale Wasserressourcen innerhalb und zwischen Staaten zu schützen
- Katastrophenmanagement zur Abkehr von Gefahren z.B. durch Stürme, Fluten, Dürre und Verschmutzung
- „Good Governance“ und Verantwortlichkeit der Regierung sowie eine transparente und effiziente Partizipation aller an sicherem Wasser interessierten Beteiligten

Folglich existiert durch die Arbeit von „UN-Water“ eine allgemeingültige Definition für „Wassersicherheit“, welche eine Vielzahl von Oberpunkten enthält, zugleich aber nicht zu sehr ins Detail geht. Damit steht eine Diskussions- und Dialoggrundlage zur Verfügung, die viele betreffende Akteure motivieren sollte, sich an Verhandlungen zur „Wassersicherheit“ zu beteiligen. Um Debatten über Wassersicherheit führen zu können, muss jedoch noch näher betrachtet werden, welche Akteure im Detail die Wassersicherheit betrifft, denn nur so können repräsentative Dialoggruppen etabliert werden. Wem soll folglich

Wassersicherheit nach der zuvor genannten Definition dienen? (UN-Water 2013: 2).



Abb. 1: UN-Water Logo

Zielgruppe

Zum einen dient „Wassersicherheit“ nach der Definition der UN dem **Menschen**, also dem einzelnen

Individuum, da dieser seine Sanitär- und Gesundheitsbedürfnisse mit Wasser befriedigt. Zugleich hat Wasser für den Menschen kulturelle Bedeutung, z.B. braucht es im christlichen Glauben Weihwasser um eine Taufe durchführen zu können. Dazu kommt auch noch das menschliche Freizeitverhalten, denn viele Freizeitaktivitäten sind mit Wasser verbunden, z.B. Schwimmen oder Angeln. Damit schließt sich zugleich der Kreis des Bedürfnisses für den Menschen, da mit dem Angelsport wiederum der Ernährungs- bzw. Gesundheitsaspekt betroffen wird, da Fisch in vielen Gesellschaften in der Ernährung vorkommt.

Ein weiterer Akteur ist die **Industrie**, die auf vielfältige Weise in die „Wassersicherheit“ eingebunden werden muss. Die Energieversorger benötigen z.B.

genügend Wasser, um Wasserkraftwerke betreiben zu können. Viele Konzerne brauchen Wasser, um ihre Produkte herzustellen, allen voran die Papier- und Textilindustrie. Hinzu kommen Logistikkonzerne, denn gerade transkontinentale Transporte werden mit Schiffen abgewickelt, da Landtransporte über Ozeane hinweg nicht möglich und Lufttransporte schlichtweg zu teuer sind. Letztendlich ist auch die Tourismusbranche in die Thematik sicheren Wassers einzubinden, denn ohne sauberes Wasser lassen sich keine Heilbäder oder Swimming-Pools betreiben.

Auf der Makroebene existieren noch die **Nationalstaaten**, die das Thema „Wassersicherheit“ betrifft, denn nur diese sind geeignete Verhandlungspartner in Fragen zu transnationalen Wasserreservoirs, d.h. von Flüssen und Seen, die mehreren Anreinerstaaten als Lebensgrundlage dienen. Oft sind es auch städtische oder staatliche Betriebe, die die Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung betreiben, um sowohl Mensch, Industrie als auch die Umwelt mit frischem Wasser zu versorgen. Daneben ist es auch Aufgabe der Staaten, wasserrechtliche Fragen zu regeln, also z.B. die Einführung von Wasserschutzverordnungen oder die Ausweisung von Wasserschutzgebieten. Zuletzt obliegt den Staaten auch häufig die Verantwortung für den Schutz von durch Wasser verursachten Katastrophen, z.B. Fluten oder Dürren.

Damit ist klar, dass in künftigen Dialogen die **Nationalstaaten**, z.B. in Form von Kommissionen oder Ämterdelegationen, die **Industrie**, z.B. in Form von Industrieverbänden aus den jeweiligen Wirtschaftssektoren und auch die **Zivilgesellschaft**, z.B. über Bürgerinitiativen oder Interessenverbänden eingebunden werden müssen, um „Wassersicherheit“ repräsentativ gestalten zu können. (UN-Water 2013: 2)

Fallbeispiel Indien

Wasserverfügbarkeit

Ein Problem in Indien ist das jährlich verfügbare und nutzbare Süßwasserangebot, da von diesem aufgrund vielfältiger Verluste nicht einmal die Hälfte genutzt werden kann. Grundsätzlich stehen Indien 4.200 Mrd. m³ pro Jahr zur Verfügung. Wirklich nutzbar davon sind aber lediglich 1.908 Mrd. m³. Vom nicht direkt genutzten Wasser dient zumindest indirekt die Hälfte noch zur Befeuchtung der Böden und zur Bildung von Grundwasser. Die andere Hälfte geht jedoch als Oberflächenwasser in Flüssen, Seen, o.ä. verloren oder verdunstet gar durch die Hitze. Von direkt verfügbaren 1.908 Mrd. m³ können zumindest 37% über Brunnen-, Kanal- oder Dammbauten und 21% als Grundwasser genutzt werden. In Zukunft sollte jedoch daran gearbeitet werden, dass der Niederschlag regenstarker Zeiten z.B. mittels Stauteichen für eine spätere Verwendung nutzbar gemacht werden kann. (Büttner 2001: 63ff)

Wasserverbrauch und Nachfrage

Ein weiteres Problem in Indien ist der hohe Wasserverbrauch, der durch das erwartete Bevölkerungswachstum und die Zunahme der Landwirtschaft in Zukunft sogar noch steigen wird. Noch im Jahr 2000 betrug die Bevölkerungszahl in Indien 1.013.662 Mrd. Menschen, für das Jahr 2025 wird eine Bevölkerungszahl in Indien von 1.330.449 Mrd. Menschen geschätzt. Infolgedessen werden mehr Menschen Anspruch auf eine nicht steigende Menge Wasser erheben, wodurch das Pro-Kopf zur Verfügung stehende Wasserangebot sinken wird. Im Jahr 2000 betrug das Pro-Kopf zur Verfügung stehende Wasser 1.882 m³, mit besagtem Bevölkerungsanstieg wird für das Jahr 2025 mit einem

Pro-Kopf Wasserangebot von 1.434 m^3 gerechnet. Ab einer Pro-Kopf Verfügbarkeit von weniger als 1.667 m^3 spricht man von Regionen mit Wassermangel, unter die Indien damit im Jahr 2025 fallen würde. Erschwerend kommt hinzu, dass der aktuelle Premierminister Indiens, Narendra Modi, unter dem Slogan „Make in India“ „den Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von derzeit 16 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2022 steigern“ (Dostert 2015: 29) möchte. Infolgedessen werden Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum den Wasserverbrauch weiter steigern lassen und damit die Wasserverfügbarkeit verringern. (Büttner 2001: 65f)

Dürre in Indien

Ebenfalls die „Wassersicherheit“ in Indien betreffend sind Dürreperioden, die kurzfristig die Trinkwasser- und Sanitärversorgung der Bevölkerung und längerfristig sogar die Landwirtschaft und damit die Einkommenssituation der Bevölkerung beeinträchtigt, da Felder austrocknen oder mangels Futter Nutztiere sterben. (Büttner 2001: 73f) Häufig wird Dürre nur als klimatisches Naturphänomen betrachtet, das eine Minderung oder ein Ausbleiben der für eine Region typischen



Abb. 2: Grundwasserpumpe in Indien

Niederschlagsmenge bedeutet. Dürre wird jedoch auch durch den Menschen verursacht, zum einen durch die Grundwasserübernutzung, zum anderen durch Entforstung, die die Verdunstungsgeschwindigkeit befördert. Indien ist insofern stark vom Phänomen der Dürre betroffen, da zwischen den Jahren 1876 – 1987 neununddreißig Dürreperioden aufgezeichnet wurden, von denen allein 5 „schwere“ bis „katastrophale“ Ausmaße annahmen, d.h. sie betrafen mehr als 50 % des Landes. Fokussiert werden sollte daher, in Zukunft die vom Menschen verursachten Gründe für Dürre abzubauen. (Büttner 2001: 69ff)

Die Rolle des Staates

In mehrfacher Hinsicht ist auch die Rolle des indischen Staates für die kritische Wasserversorgung problematisch. Erste schwerwiegende Fehler wurden in der Phase der britischen Kolonialisierung gemacht. Vor Ankunft britischer Kolonialisten geschah die Wasserversorgung im wasserreichen Norden Indiens vor allem mit Kanälen, im wasserarmen Süden vor allem durch den Bau von Stauteichen, womit in Trockenzeiten Wasser gespeichert werden konnte. In der Kolonialzeit wurde durch britischen Einfluss der Bau von Kanälen forciert, deren Effizienz das Wirtschaftswachstum beflügelte, jedoch zugleich den Wasserverbrauch erhöhte. (Büttner 2001: 76f) Nach dem Ende der britischen Kolonialzeit wurden die Fehler aber bei Weitem nicht rückgängig gemacht. Stattdessen wurde in Indien eine massive Industrialisierung durch den Bau großer Staudämme

gefördert, die durch Wasserkraft Strom erzeugen und zugleich die ansteigende landwirtschaftliche Produktion mit genug Wasser versorgen sollten. Indien beraubte sich durch diese Zentralisierung der Wasserversorgung dem Wissen und der Selbstverantwortung seiner Landbevölkerung bezüglich seiner Bewässerungskultur. (Büttner 2001: 78ff) Ebenfalls in die Verantwortung des Staates fällt die massive Überlastung des Grundwasserverbrauchs. Mit Beginn der „Grünen Revolution“ in den siebziger Jahren subventionierte der indische Staat die Grundwassernutzung durch die Bereitstellung von Diesel- bzw. Elektropumpen oder die Bereitstellung kostenlosen Stroms, um die Nahrungsmittelproduktion zu steigern. Daraus ergibt sich aber die negative Folge sinkender Grundwasserspiegel, die wiederum die Dürregefahren begünstigen. (Büttner 2001: 8ff) Eine Revision staatlichen Handelns ist in Indien folglich dringend notwendig.

Schlussbetrachtung

Abschließend folgt nun die Abhandlung, inwiefern die in Punkt 1 von „UN-Water“ abgefasste Definition für „Wassersicherheit“ dem in Punkt 2 beschriebenen Dilemma der „Wassersicherheit“ in Indien gerecht wird und für Indien damit als Dialogbasis akzeptiert werden kann?

Am Fallbeispiel Indien ist ersichtlich, dass Wasserverfügbarkeit und Wasserverbrauch sich in gegensätzliche Richtungen bewegen und in Zukunft dramatische Konflikte hervorrufen werden, wenn nicht frühzeitig korrektiv eingegriffen wird. Dieses Dilemma greifen mehrere Punkte der Definition von „UN-Water“ auf, zum einen der Punkt über die Basisversorgung zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Menschen, weiterhin die Versorgung der Ökonomie mit Wasser zur Sicherstellung wirtschaftlicher Kontinuität und letztlich auch der Punkt zum Schutz der Ökosysteme, die für die Erhaltung des Wasserzyklus allgemein entscheidend sind.

Dem Dürreproblem wird in der Definition im Katastrophenmanagement begegnet. Allerdings sollte nicht nur die Bewältigung akuter Dürren im Fokus stehen, sondern auch die Beseitigung der von Menschen verursachten Gründen von Dürren. Auch die Rolle des Staates wird in der Definition von „UN-Water“ aufgegriffen, so könnte z.B. ein „Good Governance“ Konzept vorsehen, die Grundwassernutzung zu verringern, Anreize zum Wassersparen zu setzen und auf dezentralisierte, bevölkerungsbasierte Allokation von Wasserressourcen zurückzukommen, anstatt große Staudammprojekte mit zentraler Verwaltung zu planen. Daneben wird die Rolle des Staates gerade bezüglich „politischer Stabilität“ aufgegriffen. Dabei geht es vor allem um zwischenstaatliche Kooperation im Zugriff auf transnationale Wasserressourcen, aber auch innerstaatlich wenn Wasservorkommen an mehrere Regionen Grenzen. Alles in allem zeigt sich, dass „UN-Water“ mit seiner Definition zur „Wassersicherheit“ eine vernünftige Basis für den Dialog gelungen ist, die eine Fülle Problemen in Bezug zur „Wassersicherheit“ aufgreift. Indien als ein Land mit prekären wasserbezogenen Problemen sollte zukünftige Dialogvorhaben aus eigenem Interesse verfolgen und nutzen, da internationale Problemerkennntnis nicht hilft, wenn national kein Handeln angestrebt wird.

Literatur

Büttner, Hannah, 2001. Wassermanagement und Ressourcenkonflikte: Eine empirische Untersuchung zu Wasserkrise und Water Harvesting in Indien aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Umweltforschung. Studien zur Geographischen Entwicklungsforschung 19, Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken.

Dostert, Elisabeth, 2015. Ein Traum von Indien. Das Land will schon bald China als wachstumsstärkste Region in Asien ablösen. Wie, das zeigt es auf der Hannover Messe. Süddeutsche Zeitung 11./12. April.

Tanter, Richard, 2008a. Global Public Goods. <http://nautilus.org/gps/applied-gps/global-public-goods/>, 2015-05-11.

Tanter, Richard, 2008b. What are global public goods? <http://nautilus.org/gps/applied-gps/global-public-goods/what-are-global-public-goods/>, 2015-05-11.

UN-Water, 2013. Water Security & the Global Water Agenda. A UN-Water Analytical Brief, 2013.

http://www.unwater.org/fileadmin/user_upload/unwater_new/docs/analytical_brief_oct2013_web.pdf, 2015-04-30.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: UN-Water Logo (bearbeitet). Online verfügbar unter: <http://waterwiki.net/images/d/d7/Unwater.jpg>, zuletzt geprüft am 2015-05-14.

Abb. 2: Grundwasserpumpe in Indien (bearbeitet). Online verfügbar unter: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b0/Wasser_Reisfeld_Indien.jpg, zuletzt geprüft am 2015-05-15.

2.2 Wasser und Wassersicherheit am Ganges: „Blaue Ader oder Verstopfter Abfluss?“ (Charlotte Häberle)

Egal ob lebendige Göttin, personifizierte Reinheit, oder als Pilgerziel Millionen Inder; für all das steht der heilige Fluss der Hindus: Mutter Ganga. Per religiöser Definition ist der Ganges sauber. Aber auch eben nur in religiöser Hinsicht. Entnimmt man dem Ganges eine Wasserprobe und analysiert diese, stehen einem die Haare zu Berge. Fast jedes Bakterium schwimmt in der trüben Suppe herum. Warum ist das so? Ist der Ganges noch zu retten und was macht ihn so unsagbar dreckig?



Abb. 3: Volk und Industrie waschen sich rein - Indiens Flüsse müssen viel aushalten

Der Ganges ist mit etwa 2500km Länge und einem Einzugsgebiet von 950.00 km² einer der größten Flüsse der Welt, und hier ist der Deltabereich noch nicht mit eingerechnet. Mit der Quelle im Himalayagebirge windet er sich durch den Norden Indiens bis zu seiner Mündung im Indischen Ozean. Er stellt die Lebensgrundlage für ca. 400 Mio. Inder im Einzugsgebiet dar, das sind umgerechnet 1/12 der Weltbevölkerung! Weil er ganzjährig von tibetischen Hochlandgletschern gespeist wird und somit als wassersicher gilt, sind alle Gesellschaftsschichten und damit alle Kasten, vom Kleinbauer bis zum Großindustriellen, direkt abhängig von der Wasserversorgung des Ganges. Dazu kommen im Juli bis Oktober die Wassermassen des Monsunregens. Ohne das Wasser des Ganges könnten 33,3% der Inder nicht überleben.

Die Mutter Ganga hat einen außergewöhnlichen Stellenwert für die Hinduisten. Da sie an die Wiedergeburt glauben, ist es für die meisten Gläubigen unerlässlich einmal im Leben in dem heiligen Fluss zu baden. Sie reinigen sich somit von ihren Sünden und können aus dem Kreislauf der Wiedergeburt erlöst werden. Eine Legende besagt, dass Shiva den Ganges durch seine langen Haare fließen ließ und vom Himmel herunterholte, wo er als Milchstraße floss.

Die Verschmutzung erreichte 2013 ein solches Maß, dass einige Sadhus, oberste indische Gläubige, die ihr Leben dem Glauben verschrieben, anlässlich des sich alle zwölf Jahre jährenden heiligen Pilgerfestes *Maha Kumbh Mela*, zum Boykott aufriefen. „Nach Testproben beträgt der Gehalt an Fäkalbakterien an manchen Stellen das 4000-fache des geduldeten Standards der Weltgesundheitsorganisation WHO.“^[1]



Abb. 4: Maha kumbh mela

Der Löwenanteil der Verschmutzung ist den Unmengen an Industrie- und Abwässermassen verschuldet, die täglich in den Ganges hineingeleitet werden. Neben ungefilterten Haushaltsabwässern der Metropol- und der ländlichen Regionen, sind das vor allem die Leichenreste und Totenaschen tausender Menschen, die die letzte Reise in den heiligen Fluten antreten. Hinzu kommen die Industrieabwässer, die mit lebensgefährlichen Elementen wie Cyaniden, Blei, Quecksilber oder Arsen angereichert sind. Etwa 300 Millionen Liter pro Tag sollen das nach Schätzungen sein. Das Problem ist, dass das niemand so

genau weiß. Denn was fehlt, sind genaue Zahlen und Werte, die man benötigt um gegen die Verschmutzung ankämpfen zu können. Genau das will die indische Regierung nun ändern.

Der Ganges wird jedoch nicht nur rezent von der Bevölkerung extrem verschmutzt, das war schon so, seitdem Menschen an seinen Ufern siedelten. Indien wächst und das in jeder Hinsicht: industriell, wirtschaftlich und auch die Bevölkerungszahlen schießen in den Himmel. Laut einer Schätzung der UN werden in Indien bis 2050 etwa 1,61 Mio. Menschen leben. Damit wird sogar China, das bisher bevölkerungsreichste Land der Welt mit einer Prognose von 1,42 Mio. Übertroffen werden.^[2] Insgesamt steigt die indische Bevölkerung um ca. 1,7% jährlich.^[3] Mit diesen steigenden Zahlen erhöht sich natürlich auch der Schmutzgehalt des Ganges. Mit mehr Menschen die Abfall produzieren und in nicht richtig zu entsorgen wissen. Das Problem liegt in den Denkstrukturen der Bevölkerung. Man hat die Abfälle schon immer in den Fluss geworfen, warum sollte man jetzt damit aufhören? Gleichzeitig gilt der Ganges als so heilig, dass viele Menschen eine kleine Ampulle mit Gangeswasser mit sich herumtragen oder das heilige Nass in Krügen im Haus aufbewahren und es als Medikamente gegen alle erdenklichen Krankheiten anwenden.

Bisher gab es verschiedene Anläufe der indischen Regierung um den Ganges aktiv zu bereinigen. Zuerst startete der Ganga Action Plan 1985, der speziell für die Region um Varanasi bestimmt war. Dessen Ziel war zunächst einige Abwasseraufbereitungsanlagen zu bauen, die Bevölkerung anzuregen unbehandeltes Abwasser nicht direkt in den Fluss zu leiten und Krematorien einzurichten, was besonders in der Region Varanasi einen hohen Stellenwert einnimmt. Für viele Hindus gilt es als besonders, an diesem heiligem Ort zu sterben und dort verbrannt zu werden. Als Kapital wurden damals etwa 9017 Mio. indische Rupien veranschlagt (etwa 125Mio €). Im März 2000 wurde das Projekt eingestellt, da es sich als nicht erfolgreich herausstellte. Trotz des relativ hohen Kapitals war, scheiterte es unter anderem daran, dass beim Bau von herkömmlichen Kanalisationen nicht an den Ausgleich von Wasserbedarf und Wasserversorgung gedacht wurde.

Kleinere Projekte zur Reduzierung der Umweltverschmutzung des Ganges waren beispielsweise 2009 „The National Ganga River Basin Project (NRBP)“ und die Einrichtung einer „Eco-sensitive zone“.

Die Ökosysteme am Ganges sind durch die massive anthropogene Verunreinigung sehr bedroht. Das saubere Wasser ist auch Lebensgrundlage vieler Organismen. Nun ist teilweise unbrauchbar und Tiere fressen Plastik und anderen unverdaulichen Müll und können nur noch dahin vegetieren, bevor sie sterben müssen. Dennoch existieren am Ganges immer noch ein paar wenige bedrohte Tierarten, wie beispielsweise der Gangesdelphin oder der indische Otter. Auch gibt es im Deltabereich den einziges bekannte Tigerart, die in Mangroven lebt.

Ein aktuelles Säuberungsprojekt wurde im Juli 2014 vom Indischen Parlament initiiert. Hier geht es neben speziellen Baumaßnahmen vor allem um die ideologische Aufklärung der Bevölkerung. Bei einem Kapital von 2 Mio. Rupien wird allgemein angestrebt, industrielle und ländliche Abwässer besser zu managen und nachhaltige Methoden auch im touristischen Sektor zu bewerben. Außerdem wurde der Bevölkerung nachhaltige Entsorgungsmethoden im Abfall- und Sanitationssektor in Metropolregionen zugesichert. Kongret sind unter anderem die Installation von Überwachungssystemen der Wasserqualität geplant, sowie die Überwachung der Einleitung von Industrieabwässern.

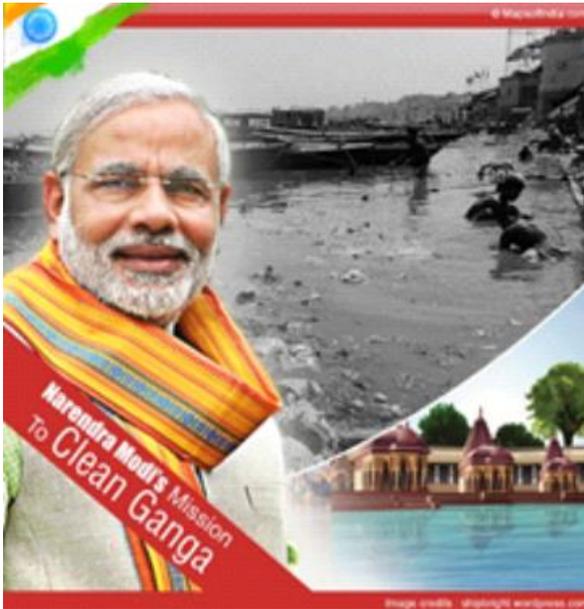


Abb. 5: Mission to clean Ganga - Narendra Modi

Der amtierende Premierminister Indiens Narendra Modi nutzte das Bedürfnis der Inder nach sauberem Wasser und Toiletten intensiv für seinen im Wahlkampf. Auch jetzt ist „Toilets before Temples“ eines der Flaggschiffe seiner Propaganda. Seine Bemühungen gehen soweit, dass ein *Clean Ganga Fund* eingerichtet wurde, bei dem sich jeder durch Spenden und Mitarbeit engagieren kann.^[4] Unklar scheint dabei, ob bei einem Machtwechsel die Kampagne in der Form weiter laufen würde, oder ob eine eventuelle Opposition versuchen würde das Thema Sanitation, sauberes Wasser und vor allem „Clean Ganga“ fallen zu lassen.

Es erscheint paradox, wie sehr sich die Hindus aufopfern, um einmal in Mutter Ganga zu baden und gleichzeitig all ihren Abfall in ihr loswerden. Um den Ganges wirklich von seinen Müllbergen zu befreien muss mehr passieren als die aktuellen Versuche der Regierung, Ordnung in das Chaos zu schaffen. Am wichtigsten ist, dass sich die Menschen der immensen Verschmutzung bewusst werden, was ein religiöses sowie wirtschaftliches Umdenken nach sich ziehen muss. Vor allem der Nachwuchs sollte nachhaltig und präventiv in den Bereichen Industrie, Ökologie und vor allem Hydrologie und Wasserbau gebildet werden, um somit ein Zukunftsdenken von Dauer zu etablieren. Essentiell ist die breite Beteiligung der Bevölkerung.

Der Ganges verkörpert als blaue Ader die Basis für das Leben an seinen Ufern. Er ist gefährdet und gleichzeitig Gefährdung für die Gesundheit von Millionen Indern. Eins jedoch verschwindet nicht in seinen wogenden Fluten: die Hoffnung auf eine saubere Mutter Ganga.

Sogar der Indische Premier hat seinem Land ein Versprechen gemacht: Bis zum 150. Geburtstag von Mahatma Gandhi soll der heilige Fluss wieder sauber sein.

Literatur:

[1] Kestenholz Daniel, 2007, Ganges zu schmutzig für rituelle Bäder – Priester drohen mit Selbstmord, <http://www.welt.de/politik/article698751/Ganges-zu-schmutzig-fuer-rituelle-Baeder-Priester-drohen-mit-Selbstmord.html> , 23.05.2015

[2] DPA/AP, 2009, Weltbevölkerung wächst langsamer, <http://www.stern.de/wissen/natur/un-prognose-weltbevoelkerung-waechst-langsamer-705929.html> , 23.05.2015

[3] Länderinfo Indien, Stand Mai 2015, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Indien_node.html , 23.05.2015

[4] Namami Gange: Mission Ganga Rejuvenation: <http://www.cleangangafund.com/> , 23.05.2015

Bilder:

Abb. 3: Volk und Industrie waschen sich rein - Indiens Flüsse müssen viel aushalten, zugänglich auf (23.05.2015):

http://www.dw.de/image/0,,4069420_4,00.jpg

Abb. 4: Maha kumbh mela, zugänglich auf (23.05.2015):

<http://blog.theotherhome.com/wp-content/uploads/2012/01/Picture1.jpg>

Abb.5: Mission to clean Ganga - Narendra Modi, zugänglich auf (13.05.15):

www.mapsofindia.com/my-india/india/narendra-modis-mission-to-clean-ganga

3 Menschenrecht auf Wasser und Sanitation

3.1 Entwicklung des Diskurs (Nathalia Opferkuch)

2010 erkannte die Generalversammlung der UN das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung formal als ein Menschenrecht an. Im Folgenden soll es um die Entstehung des Diskurses über Wasser als Menschenrecht gehen. Es werden wegweisende Resolutionen und Konventionen in ihrem jeweiligen historischen Kontext vorgestellt, anhand derer die Evolution des Diskurses bis zum Jahr 2010 sichtbar gemacht wird.

In zahlreichen Regionen der Welt stellt Wasserknappheit ein immenses Problem dar (Kluge/Scheele 2008: 13). Dieses Problem wird durch übermäßige Wassernutzung, etwa durch Landwirtschaft und Industrie, wie auch durch dessen Verschmutzung verschärft (Kluge/Scheele 2008: 13). Weltweit leben so etwa 780 Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dies hat mit der Einleitung von unbehandeltem Abfall in Gewässer zu tun, zum anderen aber auch mit der sanitären Grundversorgung, um die es vielerorts schlecht steht: Schätzungen zufolge müssen 2,6 Milliarden Menschen ohne sie auskommen. Dies hat zur Folge, dass menschliche Fäkalien den Wasserkreislauf zusätzlich verunreinigen. Jährlich sterben weltweit bis zu 1,5 Mio. Kinder an mit Wasserverschmutzung in Zusammenhang stehenden Erkrankungen. Mit dem unzureichenden bis vielerorts überhaupt nicht vorhandenen Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung ist auch die Durchsetzung anderer Menschenrechte nicht gewährleistet. Dies betrifft vor allem das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard ebenso wie das Recht auf Menschenwürde. In diesem Sinne kann das Bekenntnis zum Menschenrecht auf (sauberes) Wasser als ein Bekenntnis zur Bedeutung von Wasser und sanitärer Versorgung für die menschliche Würde gewertet werden. Daneben bekräftigt die Anerkennung eines Menschenrechtes auf Wasser die Bedeutung, die der Gewährleistung von Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung zukommt und setzt damit ein Zeichen gegen eine zunehmende Ökonomisierung der Ressource Wasser, welche diese zwangsweise weniger frei zugänglich macht.

Die Notwendigkeit, Zugang zu einwandfreiem Wasser und sanitärer Grundversorgung zu ermöglichen, wurde erstmals 1977 auf einer UN-Konferenz im argentinischen Mar del Plata im Rahmen der Wasserkrise, sprich des Zustandes von Wassermangel bzw. von Wasser in mangelhafter Qualität, formuliert. Man mahnte u.a. den Zugang zu sauberem (Trink-)Wasser für alle ebenso wie die Wichtigkeit sanitärer Grundversorgung und adäquater Abwasseraufbereitung an. Bis zum Jahr 2000 wollte man den Zugang aller zu sauberem Trinkwasser durchgesetzt sehen; ein ehrgeiziges Ziel, das nicht verwirklicht werden konnte. Die Erklärung, alle Völker haben unabhängig von ihrer Entwicklung und ihren sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen ein Recht auf Zugang zu Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität, entwickelte sich rasch zu einer „Stillen Konvention“ (Kluge/Scheele 2008: 11) sprich, einer impliziten Übereinkunft über ein Menschenrecht auf Wasser. Eine Folge dessen war eine große Zahl an Bauvorhaben, die in internationaler Zusammenarbeit zustande kamen, so etwa Staudämme und Infrastruktur-Verbesserungsmaßnahmen, die im Ergebnis eher bescheiden ausfielen, wohl aber zur weiteren Verschuldung diverser Entwicklungsländer beitrugen. 1992 fand in Dublin eine Konferenz zum Thema Wasser und nachhaltige Entwicklung statt. Hier wurde das „Statement on Water and Sustainable Development“ formuliert. Ein zentrales Thema war die Ökonomisierung von Wasser, so auch seine Privatisierung (Kluge/Scheele 2008:

11). Die Konferenz brachte vier Prinzipien hervor (Murthy 2013: 5):

1. Frisches Wasser ist eine endliche und anfällige Ressource, notwendig, um Leben, Entwicklung und die Umwelt zu erhalten.
2. Wasserentwicklung und –management sollte auf Teilhabe basieren; involvierte Gruppen sollten Verbraucher, Planende und politische Entscheidungsträger sein.
3. Frauen spielen eine wesentliche Rolle bei der zur Verfügungsstellung, dem Management und der Sicherung von Wasser.
4. Wasser ist einen wirtschaftlichen Wert und sollte [daher] als wirtschaftliches Gut betrachtet werden.

Die Wichtigkeit des Statements von 1992 liegt zum einen darin, dass es die Bedeutung von Wasser für Leben und Umwelt betont, gleichzeitig aber anerkennt, dass es sich hierbei um eine zur Neige gehende Ressource handelt, welche aus diesem Grunde nicht nur eines Preises, sondern auch nachhaltigen Managements bedarf. Daran anknüpfend ergeben sich Fragen des verantwortungsvollen und ‚guten‘ Managements ebenso wie die Frage nach einem angemessenen Preis. Seit den 1990er-Jahren spielt zunehmend die Frage der Privatisierung zur Lösung der Wasserkrise und Sicherung des Rechts auf Wasser eine Rolle. Zentral ist hierbei, ob Wasser ein allgemeines Gut ist oder doch eine Ware, die Marktmechanismen unterliegt (Kluge/Scheele 2008: 11 f.). Von herausragender Bedeutung im Diskurs war der Millennium-Gipfel der Vereinten Nationen des Jahres 2000, der das Ziel formulierte, die Armut weltweit bis zum Jahr 2015 zu halbieren. In Zusammenhang damit verwies man unter anderem auf die ausbleibende politische, soziale und ökonomische Teilhabe derjenigen Bevölkerungsanteile, welche keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben. Aufbauend auf den MDG (Millennium Development Goals) wurden die SDG (Sustainable Development Goals) formuliert. Nur zwei Jahre später erkannte der UN-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht an und nannte das Thema Wasserversorgung als eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Ziel wurde es - ebenfalls bis 2015 - festgesetzt, dass die Zahl all jener, die keinen Zugang zu Wasser, sanitärer Grund- und der Abwasserversorgung hatten, zu halbieren. Art. 11.I der Allgemeinen Bemerkung Nr. 15, die das Recht auf Wasser als Menschenrecht proklamierte, besagt: „Das Menschenrecht auf Wasser ist unabdingbar für ein Leben in menschlicher Würde. Es ist Grundvoraussetzung für die Umsetzung anderer Menschenrechte.“ Unglücklicherweise aber ist diese Formulierung nicht rechtsverbindlich. Werden also Resolutionsinhalte nicht umgesetzt, so kann ein Staat dafür nicht rechtlich belangt werden. Dies ist insofern problematisch als es sich bei der Ressource Wasser um eine endliche Ressource handelt, an deren Verfügbarkeit *ipso facto* Interesse aller besteht, es also zu Verteilungsproblemen kommt. Um sicherzustellen, dass der Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung für alle Menschen gewährleistet ist (was an sich ein komplexes Problem struktureller wie auch finanzieller Natur darstellt), müsste meines Erachtens aber eine Kontrollinstanz existieren, die mit der Überprüfung der Gewährleistung im Sinne des Menschenrechtsgedankens beauftragt ist. Ob dies angesichts der komplexen Interessen, die in der Wasserfrage eine Rolle spielen, überhaupt umsetzbar ist, erscheint mir allerdings fraglich.

Die UN setzten 2002 folgende Kriterien für „Wasser“, welches Menschenrecht ist, fest (United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA) 2014: online):

1. Ausreichendes,
2. sauberes bzw. sicheres,
3. akzeptables,
4. zugängliches und
5. bezahlbares Wasser

Ausreichend Wasser definieren die UN als 50 bis 100 l per capita pro Tag. Sauberes Wasser weist keine Belastung des Wassers durch Mikroorganismen und/oder chemische Substanzen auf. Die Richtlinien der WHO (World Health Organisation) bilden dabei eine Basis für die Entwicklung nationaler Standards, welche bei korrekter Implementierung eine erhöhte Sicherheit des Trinkwassers bedeuten. Dies würde zu geringeren Belastungen des Gesundheitssystems (sofern vorhanden und zugänglich) führen; außerdem hätte man weniger Todesfälle und erhöhte Produktivität zu verzeichnen. Akzeptables Wasser sollte von angemessener Farbe, Geschmack und Geruch sein. Sanitäre Anlagen haben kultursensitiv zu sein und müssen daher an diverse kulturell bedingte Bedürfnisse (etwa Privatsphäre, Geschlechtertrennung, etc.) angepasst werden. Zugänglichkeit bedeutet laut WHO, dass sich sanitäre Anlagen nicht weiter als 1 km vom Wohnort entfernt befinden sollten. Damit wäre eine höhere ökonomische, soziale und politische Partizipation möglich, da weit weniger Zeit damit verbracht würde, Wasserquellen zu suchen und/oder zu defäkieren, also menschliche Grundbedürfnisse erfüllt würden. Bezahlbar impliziert Kosten für Wasser, die 3% eines Haushaltseinkommens nicht überschreiten, was spricht, dass die Kosten für Wasser nicht zu Lasten anderer Menschenrechte wie etwa Bildung gehen. Ich denke, dass gerade letzteres ein starkes Argument gegen eine Privatisierung des Wassersektors ist. Aus meiner Sicht ist staatliche Regulierung gerade im Hinblick auf eine umkämpfte und versiegende Ressource nötig. Es kann argumentiert werden, Privatisierung ermögliche eine höhere Wasserqualität ebenso wie eine höhere Effizienz der Versorgungssysteme durch Investition von Privatkapital. Gleichzeitig aber gilt es zu beachten, dass private Unternehmen gewinnorientiert arbeiten; der Primat des Profits ist einem diskriminierungsfreien Zugang zu Wasser wohl eher abträglich. Aus Platzgründen kann die Kontroverse um die Privatisierung des Wassersektors hier nicht weiter ausgeführt werden.

Erst am 28. Juli 2010 erfolgte mit der Verabschiedung von Resolution 64/292 (UNDESA 2012: 3) die tatsächliche formale Anerkennung des Rechts auf Wasser sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht durch die Generalversammlung der UN. Beides sei essentiell und Grundvoraussetzung für die Realisierung jedweder Menschenrechte weltweit. Dazu zählt auch eine funktionierende Abwasserwirtschaft, welche die Reinhaltung von Wasser garantieren soll. Resolution 64/292 ruft alle Staaten dazu auf, finanzielle Ressourcen in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, daneben Technologietransfer und Kapazitätsaufbau ermöglichen. Ziel ist die Sicherung reinen, gesunden und erschwinglichen Trinkwassers und die Sicherung sanitärer Grundversorgung für alle. Auch hier gilt, dass Resolutionen der Generalversammlung (im Gegensatz zu jenen des UN-Sicherheitsrates) keine Rechtsposition haben, also nicht rechtsverbindlich sind. Im September desselben Jahres entschied der UN-Menschenrechtsrat, das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung sei Bestandteil geltenden internationalen Rechts und damit rechtsverbindlich. Er ruft in Resolution A/HRC/RES/15/9 dazu auf, geeignete Instrumente zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen, welche die schrittweise Realisierung der Menschenrechte, insbesondere jener auf Wasser und sanitäre Grundversorgung ermöglichen. Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Menschenrechtes auf Wasser und Sanitation ergeben sich vor allem aus folgenden Faktoren: Zum einen verzeichnen Entwicklungsländer einen stetigen

Bevölkerungszuwachs. Die Urbanisierung schreitet voran, ebenso die industrielle Entwicklung, was zusammen genommen zu einem erhöhten Wasserbedarf und –verbrauch führt. Dies bedingt wiederum erhöhten Investitionsbedarf, um die Nachfrage effizient zu befriedigen. Auf der anderen Seite steht der Klimawandel, die damit einhergehende Gletscherschmelze, die beim Abschmelzen zunächst einen Überhang an Wasser und dann ein Defizit bedeutet, und zunehmende Versalzung des Grundwassers. Dazu kommt Umweltverschmutzung durch menschliches Tun, sei es industrieller, landwirtschaftlicher oder privater Natur – hier ergibt sich eine Verknappung und Verschmutzung des zur Verfügung stehenden Wassers. Schließlich wird der Wassersektor zunehmend privatisiert, eben weil hoher Investitionsbedarf besteht, um eine funktionierende, effiziente Wasser- und Abwasserversorgung zu ermöglichen. Hierbei steht zu befürchten, dass der ärmeren Bevölkerung eines Landes der Zugang zu diesem Wasser durch dessen (zu) hohe Kosten verwehrt und ökologische Grenzen möglicherweise wenig berücksichtigt werden. Daher stellt sich die Frage nach einer befriedigenden Lösung für diese komplexe Problematik.

Resümierend kann, insbesondere im Hinblick auf Entwicklungszusammenarbeit, festgehalten werden, dass die Übernahme teurer, westlich-europäischer Systeme kaum erstrebenswert ist, insbesondere, wenn ein kultursensitiver, gleichwertiger Zugang zu Wasser und Sanitation gewährleistet werden soll. Vielmehr muss es um die Findung und Implementierung regional leicht verfügbarer Technologien (die möglicherweise mit erneuerbaren Energien arbeiten) gehen. Mittelbar könnte der Versuch unternommen werden, die Erwerbsstruktur der Bevölkerung zu verbessern, um die Teilhabe an der Wasserversorgung zu unterstützen. Dass auch dies eine Reihe anderer Entwicklungen voraussetzt, ist evident – daher kann in absehbarer Zeit, zumindest aber nicht im Jahr 2015, mit einer Halbierung der Zahl der unter Wassermangel leidenden Menschen weltweit gerechnet werden.

Literatur:

Kluge, T./Scheele, U.: *Zwischen Wirtschaftsgut und Menschenrecht. Wasserversorgung und die Millenium-Ziele*, in: *Welttrends* 57, S. 9-21.

Murthy, S.: *The Human Right(s) to Water and Sanitation. History, Meaning, and the Controversy Over Its Privatisation*, in: *Berkley Journal of International Law* 31 (1) 2013, S. 89-147.

United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA):
http://www.un.org/waterforlifedecade/human_right_to_water.shtml (2014)
http://www.un.org/waterforlifedecade/pdf/human_right_to_water_and_sanitation_milestone_s.pdf (2012)

3.2. „Toilets before Temples“ - Chancen und Risiken (Faiza Rehman)

Abstract :

Sanitation and the provision of sanitation is a big problem in India . There are many cultural and social factors involved in it. Since the time of independence of India , it is the only part, of basic human rights , which has been given less attention. Now the Prime Minister of India , Mr Modi has a vision to clean India and to provide sanitation to all till the 150th Birthday of Mahatma Gandhi. My Essay is a Qualitative Data collected from interviews of ten Indians living in Qadian , a town situated in Punjab , India.

Qadian:

Qadian is the 4th largest town and a Municipal Council in Gurdaspur District, north-east of Amritsar, situated 18 kilometers (11 mi) north-east of Batala city in the state of Punjab, India.

It was founded by a Muslim Scholar named Mirza Hadi Baig in 1530, who was the first Qazi () there. Qadian is mostly known as the Birthplace of Mirza Ghulam Ahmad Qadiani, the founder of Ahmadiyya Muslim Jamaat.

Before Partition of India Muslims were in a majority in Qadian. After Partition in 1947, most of the Muslims migrated to Pakistan and the Sikhs and Hindus living in Lahore (a city of Pakistan) moved to Qadian

As of India's census in 2013, Qadian had a population of 40,827 (which has been increased to 55,000 in 2015). Males constitute 54% of the population and females 46%. Qadian has an average literacy rate of 75%, slightly higher than the national average of 74.04%: male literacy is 78%, and female literacy is 70%. In Qadian, 10% of the population is under 6 years of age.

The classification of the Population in Qadian seems as follows:

Hindus: Brahman, Prajapati, Bhatia, Arya Samajh (app. 50%)

Sikh: Bajwa (30 %)

Muslims: mostly Ahmadis (app 10 – 12 %)

Christens: Schedule Cast (app 6 %)

Dalits (3 %)

The town is divided in many small areas named as Mohallas. Each Mohalla consists of majorities of Sikh, Hindu, Ahmadis, schedulecast etc. The sanitation facilities provided to each Mohalla and their appropriate use differs from each other.

Right to water and Sanitation:

Every human being, belonging to any cast or religion, living in India, has the basic fundamental right to water and sanitation. It has also been written in the India Code of Law in Article 21 part V:

“Right to Pollution free water and air” (www.legalserviceindia.com/articles/art222.htm)

In Qadian local municipal Corporation gives water supply connection to the people living in the town area whereas the villagers are supplied with hand pumps or tubewells. A deep app. 350-400 ft bore is made to provide groundwater to all. Recently (December 2014) a new 400 ft bore has been made to fulfill the requirement of water.

According to the people quality of water is not good and that is why almost every household has a water filter system with RO UV TDS control. This filter cleanses water from reverse osmosis, Ultraviolet rays and through tds control you are able to set your daily mineral consumption. These filters are used by the vast majority of the city, whereas the poorer population living in the town and nearby villages cannot afford. Therefore, the hand pumped water is contaminated and carries all the germs in it.

Sanitation system of Qadian:

The sanitation system in Qadian has been improved in the last decade and according to a rough estimation there is not even 1% of the town population who do not have a toilet. There are two types of toilet systems: Flush toilets connected to sewerage systems and the other connected to individual septic tanks.

Since the last four years government of India is helping people to build their own toilets. The total estimated cost on one toilet is 20,000 Rs (287 €) which is given in terms of raw material. Currently no new toilets have been built.

In the nearby villages flush toilets connected to individual septic tanks have been built. About 40% of the toilets built in this way are in use whereas 60% of them are blocked due to inappropriate use. Hence 60% of the poor population is deprived of good sanitation facilities. As a result open defecation is still a problem, but more reasons other than mentioned above play their role towards bad sanitary condition. The reasons are as follows:

1. People living in nearby villages feel more comfortable defecating when they go outside, in the fresh air.
2. The old open sewerage system with small canals on both sides of the street (Town area) are still used by the people, mostly children, for open defecation. This is mostly the case in Hindu Mohallas. So much so that urine stench comes from those areas

For the past two years, the Government (Manmohan Singh Regime) had planned To cover up these canals on both sides of the streets but it does not come into realization. This program was in the planning phase and by the time of new govt. no further work has been done on it

Schedule cast and Untouchables:

In Qadian all the garbage and human waste is carried away by the lower castes. As an overview, in Hinduism people are divided in five castes. The upper cast is Brahmans then comes Kshatriyas, Vaishyas, Shudras and Harijan. Harijan is the lowest cast of Hinduism. There are many names for them such as: Harijan, untouchables, castless people or Schedule cast.

All the garbage and human waste is actually carried away by the schedulecast. They were basically the lowest cast of Hinduism who converted to Christianity by the time of British rule in subcontinent in 1857. They are Christians but treated still as the lowest cast.

They are employed by the municipal corporation of Qadian and get a monthly wage of approximately 10,000-12000 Rs (), better than a laborer who gets only 9000 Rs. However this is a pay for a higher ranked worker. Most of them get a very low pay and live under the poverty line standard.

Moreover in each district there are reserved seats for them in order to avoid social injustice and to assure them a normal human being status. These reservations have played, to a little instance, a role to enhance social awareness in them.

They live in separate areas, also called Mohallas, at the outer side of Qadian. Every one of them has a toilet at home, though not good enough as the others in the town but according to the observation, schedule cast Mohalla is considered as a clean place.

Most of them come from UP (Uttar Pradesh), Bihar and Assam (where the vast majority of them lives). Apart from all the actions carried out by the Government of India, in order to uplift low cast in the society, human waste carriage is still a work to be done by them. Nobody else, from other castes or religion wants to take part in this work. This has numerous bad effects on their health and social integration in the society.

Dr Nishan, who is from Kerala and works as a Homeopathic Doctor in Qadian, checks many (.....) schedule cast patients with Typhoid, diarrhea, hookworm and roundworm. Now in the summer time, as these people consume more water, typhoid and kidney stone illnesses are found more in adults and typhoid and hookworm in the children under the age of five.

Covering of polluted water stream In Qadian Town:

A black water stream, spread over a 2-2, 5 km distance, also known as Ganda Naala or dhaab, passes through Qadian. It was a pure water flow but with the passage of time, as people threw human waste and garbage in there, has become an open sewerage spot. It passes through the middle of Qadian and gives a bad stench.

Since end of 2013 a project about covering this stream has been set into motion. According to a source govt. will spend 28 Crore (10 Carore equal one Million) in this project. Main features of this project are:

1. Complete covering of the stream by constructing RCC Box type channels and fixing RCC Pipes of size NP3 and NP4
2. A 30 ft. wide road will be built and the area near the roadside will be plotted and purchased.



Phot o-6 :covering of Ganda Naala

Photo-7:Ganda Naala before its covering

(both Photographs have been taken by Noorudeen Sahib from Qadian)

Chances for the natives of Qadian after covering of Ganda Naala:

Mr Wasseh Chaudhry Sahib, former municipal Councillor of Qadian told that through RCC channels black water will be carried out of the city, so that the quality of drinking water will be better. It will help to improve the health condition of the natives. Also the stench coming from open naala will disappear and so the environment will be better. Moreover many other plans of cleaning Qadian will gradually be set into motion after completion of this project.

4 Grüne Revolution in Indien

4.1 Die grüne Revolution – allgemein (Darja Wolfmeier)

Unter der grünen Revolution wird der Prozess der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung in Entwicklungsländern in der Zeit zwischen den 1940er bis zum Ende der 1960er Jahren verstanden.

Der Fokus lag dabei vorwiegend auf den Hauptanbauprodukten Reis, Weizen und Mais.

Ziel war es konkret durch eine Vielzahl agrar-technischer Innovationen wie beispielsweise intensive Bewässerung und vor allem dem Einsatz von HochleistungsSaatgut und Mineraldünger die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung zu sichern und auf diese Weise auch sozialen Konflikten entgegenzuwirken (DIX & LANGTHALER 2006: 7f).

Die gezielte Züchtung ertragreicherer Sorten und deren Weiterentwicklung erfolgte in zentralen Forschungsinstituten und durch internationale Zusammenarbeit. Zu erwähnen sind an dieser Stelle das internationale Reiserforschungsinstitut (IRRI) mit Hauptsitz auf den Philippinen, sowie das internationale Zentrum zur Verbesserung von Mais und Weizen (CIMMYT) in Mexico.

Zwar wurde der Begriff der grünen Revolution erstmals 1968 durch den Direktor der amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID geprägt (DIX & LANGTHALER 2006: 7f), jedoch war für das Voranbringen der wissenschaftlichen Forschung vor allem Norman Ernest Borlaug verantwortlich. Dem am CIMMYT tätigen US-Agrarwissenschaftler gelang es mit seinem Team durch spezielle Einkreuzungs- und Züchtungsmethoden Halbzweigweizensorten zu entwickeln, die in der folgenden Zeit vor allem auch in Indien angebaut wurden und die Erträge erheblich steigern konnten. Für seine Verdienste im Rahmen der grünen Revolution wurde Borlaug 1970 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (DRELL & THIES 2008: 3).

Die grüne Revolution in Indien

Nach einer Wirtschaftskrise in den 60er Jahren, zwei anschließender Dürrejahre und dem auf die Ernteauffälle folgenden enormen Anstieg der Lebensmittelpreise war ein Modernisierungsprogramm für die indische Landwirtschaft unumgänglich. In Zusammenarbeit mit der Rockefeller Foundation und später auch der Ford Foundation kam es schließlich zur Planung und Umsetzung einer neuen landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie ab 1966/67 (DIX & LANGTHALER 2006:).

Um eine nachhaltige und schnelle Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion zu ermöglichen und so die drohende Hungersnot abzuwenden wurden zahlreiche Modernisierungen eingeführt. Dazu zählten u.a. der Einsatz hochertragsreicher Samenarten (bekannt als „high yielding varieties“ HYVs), wie z.B. der durch IRRI entwickelte „Wunderreis IR8“, sowie bereits erwähnte Halbzweigweizensorten. Neben der Verbesserung von Bewässerungsanlagen um eine intensive Landwirtschaft zu ermöglichen, kam es außerdem zum Einsatz von Düngemitteln und Schädlingskontrollmethoden durch Pestizide.

Entsprechend dem Intensive Agricultural Area Programme (IAAP) konzentrierte man sich dabei auf 20 bis 25 % der Landfläche, auf welcher eine kontinuierliche Wasserversorgung realistisch ist und die somit Möglichkeit bietet dort maximal hohe Erträge zu erzielen (SINGH, 1974: 13ff; SHIVA 1991). Im Besonderen wurde dadurch der Bundesstaat Punjab gefördert, der heute auch als „Kornkammer Indiens“ bekannt ist.

Positive Aspekte der grünen Revolution in Indien

Laut einem durch das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Informationsportal läge die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern ohne Hochleistungssorten heute um $\frac{1}{4}$ niedriger als sie tatsächlich ist.

Allein daraus wird deutlich welchen wichtigen Beitrag die grüne Revolution seit ihrem Beginn zur globalen Ernährungssituation geleistet hat. Auch war sie von Bedeutung um zumindest zeitweise eine Balance zwischen der stetig wachsenden Bevölkerungszahl und dem zunehmendem Nahrungsmittelbedarf zu erreichen.²

Auch auf Indien bezogen brachte die grüne Revolution zunächst die erhofften Erfolge. So ließ sich beispielsweise im Jahr 1970/71 eine Zunahme der Getreideproduktion um gut 21% im Vergleich zum Erntejahr 1964/65 ausmachen, was einem Ertrag von 107,8 Millionen Tonnen entsprach (SINGH, 1974: 13ff). Aber nicht nur durch Intensivierung der Landwirtschaft wurden neue Rekorderträge erreicht, sondern auch durch Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen. So konnte die zum Anbau geeignete Fläche zwischen den Jahren 1965/66 bis 1990/91 fast verdoppelt werden (SINGH, 2000: 97ff).

Der indische Staat subventioniert den Einsatz von Dünge- und Pflanzenmitteln, außerdem gibt es vielerorts für einige Stunden kostenlos Strom und Wasser um die Landwirtschaft ausreichend zu versorgen. Kürzere Wachstumsperioden ermöglichen mehrere Ernten pro Jahr, außerdem sorgen höhere Robustheit und Standfestigkeit für eine entsprechende Mehrproduktion, die auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zuließ.

Rückwirkend ist in den vergangenen Jahrzehnten der Wandel von der früheren Subsistenzwirtschaft Indiens zur heutigen Produktion für den Weltmarkt deutlich zu erkennen. So war Indien, im Jahr 2013, laut des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums USDA der siebtgrößte Agrarexporteur weltweit.³

Negative Aspekte der grünen Revolution in Indien

Jedoch gibt es trotz dieser positiven Aspekte sowohl aus ökonomischer als auch ökologischer und sozialer Sicht Kritik an der grünen Revolution.

Umweltaktivisten argumentieren, dass durch den Anbau von Monokulturen eine weitaus höhere Gefahr gegenüber Schädlingen entsteht, was die Notwendigkeit des extremen Pestizideinsatzes erst hervorrief. Daraus folgte eine starke Abnahme der Bodenfruchtbarkeit und der Biodiversität sowie die Versalzung der Böden. Trotz dem Einsatz an Chemikalien wurden seit dem Beginn der Grünen Revolution 40 neue biologische Schädlingsarten entdeckt, außerdem kennt man 12 neue Krankheiten, von denen die Reis- und Weizenmonokulturen betroffen sind (SHIVA, 1991: 98ff).

Durch den Anbau des technisch entwickelten Hochleistungssaatguts kam es in den vergangenen Jahrzehnten zur Verarmung des Genpools und einem enormen Rückgang der Sortenvielfalt.

95-98% der für den Reis- und Weizenanbau genutzten Fläche muss bewässert werden, wovon 60-65% des benötigten Wassers aus Grundwasserressourcen geschöpft werden (SINGH 2000:100f). Diese übermäßige Nutzung führte zu verschiedenen Problemen. So kommt es vielerorts zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels, in anderen Regionen

²<http://www.pflanzenforschung.de/de/themen/lexikon/gruene-revolution-785/> (zuletzt abgerufen am 13.04.2015)

³<http://www.topagrar.com/news/Markt-Marktnews-Indien-baut-Agrarexport-kraeftig-aus-1571040.html> (zuletzt abgerufen am 25.04.2015)

hingegen wurde seit 1985 eine stetige Zunahme des Grundwasserspiegels beobachtet, was dort zu häufigen Überschwemmungen auf den Feldern führt und so eine Bearbeitung der Böden stark behindert. Um mehr landwirtschaftliche Fläche zu gewinnen kam es zur Entwaldung, was wiederum zu einer exzessiven Bodenerosion beitrug (⁴, SHIVA 1991: 128ff, SINGH 2000).

Auch im Hinblick auf die Situation des größten Teils der indischen Bevölkerung lässt sich langfristig kein Erfolg im Kampf gegen den Hunger ausmachen. Eine der größten sozialen Probleme, die die grüne Revolution mit sich brachte, ist die Abhängigkeit, in die die Kleinbauern gestoßen wurden. Sie sind gezwungen ihr Saatgut, sowie erforderliche Düngemittel, Pestizide und maschinelle Hilfsmittel von den Chemie- und Agrarkonzernen zu erwerben und verschulden sich durch diese extreme finanzielle Belastung.

Die Selbstmordrate unter den Kleinbauern stieg dramatisch an. Einer offiziellen Statistik zu Folge nahmen sich zwischen 1997 – 2014 rund 300.000 Bauern das Leben (SHARMA 2014), worauf die indische Regierung schließlich im Jahr 2008 mit einem Entschuldungsprogramm antwortete. Durch dieses sollten alle Kleinbauern mit einem Besitz bis zu zwei Hektar von ihren Schulden befreit werden, wodurch in der Realität jedoch nur den Wenigsten geholfen werden konnte und die Situation kaum verbessert wurde. Eine weitere Gefahr für die Bauern besteht in dem exzessiven Einsatz von Pestiziden und Giftstoffen. Studien, die in dem Bundesstaat Punjab durchgeführt wurden, belegen Pestizidrückstände in Früchten und Gemüsesorten sowie in Muttermilch und menschlichem Blut.⁵ Aus Forschungen weltweit weiß man, dass diese, durch Hautkontakt, Einatmung oder mittels der Nahrung, aufgenommenen Stoffe Krebs verursachen können. Tatsächlich gab es in den letzten Jahren immer wieder Berichte von gehäuften Krebserkrankungen aus Punjab (MATHUR et al., 2005). Zuletzt anzuführen ist das Argument von Vandana SHIVA, die in ihrem Buch „The Violence of the Green Revolution“ sogar von einem drohenden sozialen Zusammenbruch aufgrund der Grünen Revolution spricht. Dies begründet sie durch die zunehmende Ungleichheit zwischen den sozialen Klassen und die ebenfalls zunehmende Kommerzialisierung der Gesellschaft welche zu einer Verschiebung der sozialen Struktur und der politischen Prozesse führte (SHIVA 1991: 172f).

Der indische Agrarwissenschaftler M. S. Swaminathan galt zunächst als „indischer Vater der Grünen Revolution“, erkannte jedoch schon früh die ökologischen Konsequenzen, die diese zwangsläufig mit sich bringen würde und prägte bereits im Jahr 1990 den Begriff der „Evergreen Revolution“, einer nachhaltigen, grünen Revolution. In dieser sieht er vor allem die Verbindung aus neuester Biotechnologie sowie Informations- und Kommunikationstechnologie mit traditionellem ökologischem Verständnis.

Ziel ist das Erreichen einer nachhaltigen Landwirtschaft mit hoher Produktivität jedoch ohne damit einhergehenden ökologischem Schaden (SWAMINATHAN 2000: 85ff).

Im Jahr 1987 gewann Swaminathan den Welternährungspreis und gründete und finanzierte daraufhin die nach ihm benannte Nichtregierungsorganisation M.S. Swaminathan Research Foundation, die sich neben Forschungen um nachhaltigere Technologien für eine Verbesserung der ökonomischen Situation indischer Kleinbauern

⁴ <http://www.dw.de/die-gefahren-von-indiens-gr%C3%BCner-revolution/a-16810643> (zuletzt abgerufen am 28.04.2015)

⁵ http://www.cseindia.org/userfiles/Punjab_blood_report.pdf (zuletzt abgerufen 03.05.2015)

einsetzt und gezielt auch Frauen in den ländlichen Gebieten unterstützt.

Meinung und Ausblick

Die Grüne Revolution war ohne jeden Zweifel von großer Bedeutung um die kritische Ernährungssituation in den 1960er Jahren in Indien zu bewältigen und trug dazu bei die weltweite Nahrungsmittelproduktion in den vergangenen Jahrzehnten zu verdreifachen.⁶ Jedoch leben heute mit über 1.2 Milliarden Einwohnern deutlich mehr als doppelt so viele Menschen in Indien im Vergleich zum Beginn der Grünen Revolution in diesem Land. 200 Millionen von ihnen leiden unter Hunger.⁷ Ganz offensichtlich führte die Grüne Revolution mit ihrem intensiven Einsatz von Pestiziden und gezüchtetem Hochleistungssaatgut nur kurzfristig zum Erfolg, genügt jedoch nicht um der Nahrungsmittelknappheit langfristig entgegen zu wirken.

Auch wenn es, meiner Meinung nach, auf längere Sicht gesehen absolut nötig ist auf nachhaltige Technologien umzusteigen, um die Leistungsfähigkeit der Böden zu erhalten und Ressourcen langfristig nutzen zu können, bleibt es doch eine große Frage, wie die Armut, die große Teile der indischen Bevölkerung trifft, überwunden werden kann. Neue Probleme ergeben sich auch im Hinblick auf die zunehmende Verstädterung und die drohenden Auswirkungen des Klimawandels. Denn so würde beispielsweise eine Temperaturzunahme um 0,5 °C laut einer Studie von SWAMINATHAN & SINHA (1991: 207f) die Weizenproduktion in den Gebieten Punjab, Haryana und Utta Pradesh bereits um 10% absenken.

Im „Länderbericht Indien“ des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2012 wird Indien als der weltgrößte Produzent von Milch, Hülsenfrüchten, Büffelfleisch, schwarzem Tee und Jute genannt. Darüber hinaus war Indien bereits zu diesem Zeitpunkt der zweitgrößte Produzent von Reis, Weizen, Baumwolle, Zuckerrohr, Obst und Gemüse.⁸ Die indische Landwirtschaft ist in der Lage die Bevölkerung ihres Landes zu ernähren.

Daraus hervorgehend tut sich mir die Frage auf, ob überhaupt Bedarf an einer weiteren Produktivitätssteigerung besteht, ganz gleich ob diese durch Nachhaltigkeit oder eine so genannte „Zweite grüne Revolution“ in Form von Gentechnik erreicht werden soll. Wäre es nicht viel wichtiger, den Blick einmal von der kontroversen Diskussion über die Wirksamkeit neuer Agrarrevolutionen abzuwenden und sich um eine gerechtere Verteilung der bereits verfügbaren Ressourcen zu bemühen?

Denn wie kann es sein, dass das Land mit den meisten Hunger leidenden Menschen weltweit mit zu den größten Agrarexporturen der Welt zählt?⁹

Wie kann es sein, dass Millionen Tonnen an Weizen aufgetürmt verschimmeln, weil es nicht genug Lagerkapazität gibt?¹⁰

Und wie kann es sein, dass die indische Wirtschaft weiter wächst, während zugleich etwa

⁶ <http://www.pflanzenforschung.de/de/themen/lexikon/gruene-revolution-785/> (zuletzt abgerufen am 13.04.2015)

⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger-Index> (zuletzt abgerufen am 22.04.2015)

⁸ http://www.agrarentwicklung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/files/Mitteilungen-Ausland/Mitteilung-Ausland2012/Indien.pdf (zuletzt abgerufen am 28.04.2015)

⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger-Index> (zuletzt abgerufen am 22.04.2015)

¹⁰ <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/indien-laesst-millions-tonnen-getreide-verrotten-a-832714.html> (zuletzt abgerufen am 25.04.2015)

2300 Bauern täglich der Landwirtschaft den Rücken kehren um in den Städten neue Arbeit zu finden (SHARMA 2014)?

Auch in Deutschland gibt es soziale Ungleichheit, auch bei uns wird die Schere zwischen sehr reich und arm immer weiter auseinander klaffen und bedeutet schon heute gesellschaftliche Konflikte. Angesichts der sozialen Ungerechtigkeit die in Indien bereits Realität ist, verblissen diese jedoch.

Zweifelsohne ist die wachsende Mittelschicht aufgrund ihres steigenden Einkommens und Kaufkraft der Hauptmotor der indischen Wirtschaft. Demgegenüber stehen jedoch 270 Millionen (zumeist ländliche) Bewohner des Subkontinents, die, entsprechend der Armutsdefinition der indischen Regierung, unterhalb der Armutsgrenze leben und weitere 700 Millionen Menschen, die weder ein regelmäßiges Einkommen beziehen oder gar über eine Alterssicherung verfügen. Ganz offensichtlich beschränkt sich die Teilhabe an der wirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung also auf einen (wenn auch wachsenden) sehr kleinen Teil der indischen Bevölkerung.¹¹

Die Probleme werden verstärkt durch einen Mangel an Infrastruktur, an Lagerkapazität und Kühlketten¹², um die Waren für die Bevölkerung zugänglich zu machen. So gehen bei Transportwegen innerhalb des Landes z.T. 60-70 % der Ware verloren.¹³

Es fehlt an Fachwissen, entsprechender Technologie sowie an Investoren und Kooperationspartnern. Erschwerend über allem liegt dabei die Korruption. Zwar gibt es Sozialprogramme wie das System der „Public Distribution Shops“, jedoch gelten selbst diese aufgrund zu hoher Kosten, sowie wegen Betrug und Korruption als weitgehend ineffizient.

Es gibt durchaus Anstrengungen seitens der Regierung um die soziale Lage etwas zu entspannen. Beispiele dafür sind der Versuch die finanzielle Absicherung bei Ernteaufällen zu verbessern, Mindeststützpreise, die den Landwirten theoretisch einen garantierten Erlös bringen sollen¹⁴ oder auch der im September 2013 als Gesetz festgeschriebene „Food Security Act“. Laut diesem soll es 2/3 der indischen Bevölkerung möglich sein, ihren Mindestbedarf an Weizen und Reis zu stark vergünstigten Preisen zu decken. Jedoch war dieses Gesetz von Anfang an stark umstritten. Kritiker werfen der Regierung vor, durch diese Maßnahme eher um ihre Wähler als um die Bevölkerung ihres Landes zu kämpfen¹⁵ und tatsächlich lassen sich bis heute keine positiven Ergebnisse dieser Regelung feststellen.¹⁶

Indien ist in vielerlei Hinsicht ein Land der Extreme. Ein Land das von größter Armut geprägt ist und in dem zugleich Rekordzahlen bei den Dollaren-Milliardären verzeichnet werden¹⁷. Es ist frustrierend, es lässt uns machtlos erscheinen, es macht wütend.

Für mich persönlich zeigt dieses Thema sehr eindrücklich einmal mehr, dass die

¹¹http://www.agrarexportfoerderung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/files/Marktstudien/2015/Lebensmittelmarkt_Indien_Internet_20150303.pdf (zuletzt abgerufen am 15.05.2015)

¹²http://www.agrarexportfoerderung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/files/Mitteilungen-Ausland/Mitteilung-Ausland2012/Indien.pdf (zuletzt abgerufen am 28.04.2015)

¹³ BMEL – Studie über den Lebensmittelmarkt in Indien (Link siehe 10)

¹⁴ <http://www.vdma.org/documents/105628/1126748/L%C3%A4nderbericht%20Indien/3fb597c1-2cc2-4044-bc60-0c5b15e3e57b> (zuletzt abgerufen am 15.05.2015)

¹⁵ http://en.wikipedia.org/wiki/National_Food_Security_Act,_2013 (zuletzt abgerufen am 15.05.2015)

¹⁶ BMEL - Studie über den Lebensmittelmarkt in Indien (Link siehe 10)

¹⁷ BMEL - Länderbericht Indien (Link siehe 13)

Machtkämpfe politischer Akteure und der Egoismus Einzelner auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die keine Stimme haben im großen Weltgeschehen. Es ist so eindeutig, dass das ganze System Veränderungen braucht, dass ein Umdenken nötig ist, nicht zu Gentechnik, nicht einmal zu ökologischeren Anbauweisen, sondern zunächst einmal zu einem sozialeren Miteinander, an dem wir aus unserer reichen westlichen Welt her teilhaben müssen.

Literatur:

Anonymus, o.J.a Pflanzenforschung.de – Grüne Revolution
<http://www.pflanzenforschung.de/de/themen/lexikon/gruene-revolution-785/> (zuletzt abgerufen am 13.04.2015)

Anonymus, o.J.b IRRI India <http://india.irri.org/> (zuletzt abgerufen am 13.04.2015)

Anonymus, 2012. Spiegel Online - Wissenschaft
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/indien-laesst-millions-tonnen-getreide-verrotten-a-832714.html> (zuletzt abgerufen am 25.04.2015)

Anonymus, 2014. Welthunger Index <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger-Index> (zuletzt abgerufen am 22.04.2015)

Beckhove, A. 2014. Indien baut Agrarexporte kräftig aus
<http://www.topagrar.com/news/Markt-Marktnews-Indien-baut-Agrarexport-kräftig-aus-1571040.html> (zuletzt abgerufen am 25.04.2015)

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, 2012. Länderbericht Indien
http://www.agrarexportfoerderung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/files/Mitteilungen-Ausland/Mitteilung-Ausland2012/Indien.pdf (zuletzt abgerufen am 28.04.2015)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2014. Länderbericht Indien
<http://www.vdma.org/documents/105628/1126748/L%C3%A4nderbericht%20Indien/3fb597c1-2cc2-4044-bc60-0c5b15e3e57b> (zuletzt abgerufen am 15.05.2015)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015. Studie über den Lebensmittelmarkt in Indien
http://www.agrarexportfoerderung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/files/Marktstudien/2015/Lebensmittelmarkt_Indien_Internet_20150303.pdf (zuletzt abgerufen am 15.05.2015)

Dix, A., Langthaler, E., 2006, Grüne Revolutionen. Agrarsysteme und Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, Studienverlag Ges.m.b.H. Innsbruck

Drell, V., Thies, C., 2008, Agro-Gentechnik, Zur Einführung in die Diskussion
LIT Verlag, Berlin, S.3

Führer, A., 2013, Die Gefahren von Indiens Grüner Revolution <http://www.dw.de/die-gefahren-von-indiens-gr%C3%BCner-revolution/a-16810643> (zuletzt abgerufen am 13.04.2015)

Mathur, H.B., Agarwal, H.C., Johnson, S., Saikia, N., 2005, Analysis Of Pesticide Residues In Blood Samples From Villages Of Punjab

(http://www.cseindia.org/userfiles/Punjab_blood_report.pdf)

Shiva, V. 1991. The Violence of the Green Revolution – Third World Agriculture, Ecology and Politics, Zed Books Ltd

Sharma, D. 2014. Landwirtschaft in der Krise – indische Bauern kämpfen ums Überleben. Bundeszentrale für politische Bildung
<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/189174/landwirtschaft-in-der-krise> (zuletzt abgerufen am 25.04.2015)

Singh, J., 1974. The Green Revolution in India – How Green It Is!
Vishal Publications, University Campus Kurukshetra, Haryana-India

Singh, R.B. 2000. Environmental consequences of agricultural development: a case study from the Green Revolution state of Haryana, India
Agriculture, Ecosystems and Environment 82 (2000) 97-2000 doi:10.1016/S0167-8809(00)00219-X

Singh, J., Swaminathan, M.S., 1991. Deforestation, Climate Change and Sustainable Nutrition Security: A case study of India, Climate Change 1991

Swaminathan, M. S. (2000). An evergreen revolution. Biologist (London, England), 47(2), 85-89

4.2 BMZ-Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ (Katharina Adler)

Einleitung

Das Jahr 2015 ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit von Deutschland ein sehr wichtiges Jahr. Es ist nicht nur das Entwicklungsjahr, sondern Deutschland hat auch seit Mitte 2014 die G7 Präsidentschaft inne. Das Bundesministerium für wirtschaftlich Entwicklung und Zusammenarbeit (kurz: BMZ) versucht dabei, verschiedenste Fachressorts in der Arbeit von verschiedensten Themen zu unterstützen- in Kooperation mit anderen Ministerien wie bspw. Dem Auswärtigem Amt- um das Thema Entwicklungszusammenarbeit zu einem festen und wichtigen Punkt auf der Agenda des G7 Gipfels zu machen. Ein Thema ist unter anderem Ernährung sichern (BMZ 2015)

In dieses Umfeld eingebettet liest sich auch die EINE WELT- Unsere Verantwortung Zukunftscharta, die Anfang 2014 von Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller initiiert wurde. Hierzu gab es viele Diskussionen und die Suche nach vielen Antworten von zivilen, politischen und kirchlichen Vertretern zu Zukunftsfragen(Zukunftscharta / GIZ 2015).

Die Sonderinitiative EineWelt ohne Hunger ist hierbei ein zentrales Anliegen der Zukunftscharta: heute sind immer noch 800 Millionen Menschen am Hungern, 2 Milliarden Menschen weltweit sind unterernährt. (Zukunftscharta / GIZ 2015)

Die Initiative will bis 2030 EINEWELT ohne Hunger schaffen, hierzu gibt es verschiedene Ansätze: Auf dem diesjährigen G7 Gipfel soll sich besonders für den Kampf gegen Hunger stark gemacht werden, auch soll es eines der UN Nachhaltigkeitsziele werden. Des Weiteren soll ein besonderes Menschenrecht auf Nahrung initiiert werden und der Kampf

gegen Hunger und Mangelernährung zu einem zentralen Anliegen aller Staaten werden.
(Zukunftscharta/ GIZ 2015)

Aufbau der Sonderinitiative

Die Sonderinitiative baut vor allem auf das bestehende Engagement in den Partnerländern auf. Sie wird in ihren einzelnen Aufgaben durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen umgesetzt werden (Arbeit in den Projekten etc.).

Der Handlungsschwerpunkt der Initiative ist der Kontinent Afrika:

Hier gibt es zum einen noch besonders gravierende Missstände bei der Hungerbekämpfung, zum anderen nimmt die Zahl der Hungernden stetig zu.

Das BMZ will in diesem Zusammenhang über eine Milliarde Euro in die ländliche Entwicklung und Nahrungssicherung investieren. (Zukunftscharta/ GIZ 2015)

Handlungsfelder

- Ernährungssicherung
- Vermeidung von Hungersnöten und Stärkung der Widerstandsfähigkeit
- Innovation in Agrar- und Ernährungssektor
- Strukturwandel im ländlichen Raum
- Schutz natürlicher Ressourcen und Bodenrehabilitierung
- Sicherer und fairer Zugang zu Ressourcen und Land (BMZ 2015)

Genauere Beschreibung zur Durchführung der einzelnen Handlungsfelder

Ernährung sichern, Widerstandsfähigkeit stärken

Die Hauptzielgruppe dieses Handlungsfeldes formen schwangere und stillende Frauen sowie Mädchen im gebärfähigen Alter. Ziele dieses Feldes sind zum einen die Versorgung der Menschen mit genügend, nährstoffreicher und hochwertiger Nahrung und zum anderen die Stärkung der Anpassungsfähigkeit von Menschen und Initiativen, um Hungerkrisen besser zu bekämpfen oder ja zu vermeiden (BMZ 2015).

Beispiel Indien: Ernährungssicherung konkret

Das Ziel der Sonderinitiative in Indien ist es, eine gerechtere und effizientere Verteilung von Nahrungsmitteln in Indien zu gewährleisten.

Es gibt bereits ein staatliches Verteilungssystem, das für 75 % der Land- und 50% der Stadtbevölkerung Lebensmittel zu subventionierten Preisen gewährleisten soll. Allerdings ist dies problematisch, u.a. aufgrund von Korruption oder Nichterfüllung der Prozentsätze (bspw. Nur 40% der Stadtbevölkerung bekommen diese Lebensmittel auch). Außerdem fehlt in weiten Teilen Indiens noch das Bewusstsein über vielseitige Ernährung und Frauen und Kleinkinder haben nicht unbedingt den Zugang zu ausreichend gesunder und qualitativ hochwertiger Nahrung. Im Auftrag der Sonderinitiative sollen das Ministry of Consumer Affairs, Food and Distribution sowie andere Institutionen bei der Verteilung der Lebensmittel über computergesteuerte Erfassung und Zugangskontrollen unterstützt werden. Dies soll eine Transparenz bei der Vergabe gewährleisten.

Außerdem sollen Frauen sensibilisiert werden für vielfältige und qualitativ hochwertige Nahrung (BMZ 2015).

Ein Beispiel zur Erfassung von Vergabegerechtigkeit ist die mit der GIZ zusammen, bereits eingeführte Versicherungskarte, bei der die Bezahlung von Lebensmitteln über eine Karte

und nicht mit Bargeld geschieht- so kann verhindert werden, dass Verteilerposten korrupt werden. (PANESAR 2015)

Innovation in Agrar- und Ernährungswirtschaft stärken

Die Hauptzielgruppe in diesem Themenfeld sind Menschen in kleinbäuerlichen Betrieben, Beschäftigte in der Nahrungsmittelverarbeitung und im Nahrungsmittelverkauf.

Als Ziel zählt hier, die Innovation in der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu fördern, die zu höherer Produktivität führt. Dies führt zu einem steigenden Einkommen der Beschäftigten und zudem zu neuen Beschäftigungsverhältnissen.

Natürliche Ressourcen durch nachhaltige Nutzung schützen

Dieses Handlungsfeld beschäftigt sich mit dem Problem, dass die Fruchtbarkeit der Böden zurück geht, allerdings für die Nahrungsmittelproduktion (aufgrund von steigenden Bevölkerungszahlen) steigen müsste. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen aus der Landdegradierung betreffen vor allem die Lebensgrundlage der armen und ländlichen Bevölkerung.

In diesem Feld gibt es mehrere Ziele:

- Die Produktivität steigern und somit für ein Erhöhen des Einkommens der ländlichen Bevölkerung sorgen
- Die Anwendung ertragssteigernder Anbaumethoden
- Die Umstellung oder Ausweitung der Produktion auf neue Erzeugnisse
- Die Verhinderung von Nachernteverlusten (durch falsche Lagerung etc.)
- Einen verantwortungsvollen Anbau von Energiepflanzen durchsetzen
- Umstellung auf eine klimaverträgliche Landwirtschaft und
- Die Förderung des Bodenschutzes und die Wiederherstellung der Böden

Eine mögliche praktische Umsetzung dieses Handlungsfeldes wäre es, durch Düngung mit Kompost eine gewisse Autarkie der Bauern zu ermöglichen, damit diese nicht mehr unentwegt von Düngemitteln abhängig sind- davon abgesehen, was durch die exzessive Düngung während der Grünen Revolution bereits den Böden widerfahren ist.

Zugang zu Land sichern

Land bedeutet die Lebensgrundlage vieler; allerdings ist Land eine sehr knappe Ressource geworden durch den Zugang und die wirtschaftliche Nutzung dieses Guts. Auch Preiskrisen schlagen sich im Kampf um fruchtbares Land nieder.

Durch den Pacht oder den Kauf von Großinvestoren sind die Landrechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern besonders gefährdet, da sie oft ihr Land ganz oder zumindest für lange Zeit verlieren, ergo ihnen ihre Lebensgrundlage fehlt.

Ziele dieses Handlungsfeldes sind es, einerseits das Landrecht der Bevölkerung zu sichern, also ihren Anspruch auf ihr Land zu festigen, andererseits aber auch, dass Agrarinvestitionen auf transparente und verantwortungsvolle Weise getätigt werden.

Zusatz nach Fr. Regina Dube: Städte expandieren vor allem in Indien auch mittlerweile verstärkt auf fruchtbarem Ackerland. Hiermit ist zum einen die Grundlage der Bäuerinnen und Bauern zunichte gemacht, andererseits gibt es aber auch Probleme mit den neuen Bewässerungssystemen dieser Stadtteile: Da durch die Landwirtschaft das Grundwasser angezapft wird, funktionieren diese Systeme

nicht. Auch große Ackerflächen in der Nähe von Städten verstärken dieses Probleme in diesen Städten. (BMZ 2015)

Kritik an der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger

Kritik durch die Nichtregierungsorganisation OXFAM

Die Nichtregierungsorganisation OXFAM hat sich bereits am 1. Dezember 2014 im Internet kritisch zur Sonderinitiative EineWelt ohne Hunger geäußert. So ging es in dem veröffentlichten Kommentar zwar nicht hauptsächlich um die Initiative, allerdings ist durch das Kritik Thema „Keine Entwicklungshilfe für Agarkonzerne“ die Kritik auch auf die Initiative gefallen.

So räumt die Organisation ein, dass sie „einig“ sei „mit dem BMZ, dass die Bekämpfung der Ungerechtigkeit des Hungers höchste Priorität haben sollte und deutlich mehr Mittel erfordert.“(OXFAM 2014).Außerdem stellt sie klar, dass sie mit der Aussicht auf die Bereitstellung neuer finanzieller Mittel und dem Aktiv werden auf mehreren Handlungsfeldern durch die Sonderinitiative durchaus zufrieden ist (OXFAM 2014).

Gleichzeitig macht die Organisation aber auch seine Zweifel an der Umsetzung der Initiative, nämlich, dass „die Strategie des BMZ tatsächlich jene Menschen erreicht, die am stärksten betroffen sind.“.Sie stellt klar, dass sie „Dieses Prinzip ...in der Politik des BMZ bisher nicht umgesetzt“ sieht (OXFAM 2014).

Gerade in dem Zusammenhang der Initiative mit der Aktion „Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“ fällt es auf, dass sich die Organisation OXFAM vor allem auf die marginalisierten Kleinbauern und –bäuerinnen konzentriert und deren Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit gefährdet sieht- allerdings auch hofft, dass gerade durch die Umsetzung der Sonderinitiative diese zumindest etwas profitieren können- auch, wenn die aktive Einbeziehung dieser Gruppe noch nicht genau zu sehen sei (OXFAM 2014).

Kritik durch die Hilfsorganisation Welthungerhilfe

Auch die Hilfsorganisation Welthungerhilfe geht in ihrer Einleitung auf die positiv gesteckten Ziele der Sonderinitiative ein (WELTHUNGERHILE 2015) Sie hebt die Wichtigkeit eines solchen Signals in Hinblick auf die G7 Präsidentschaft Deutschlands sowie die Aktualität des Blickpunktes auf kleinbäuerliche Betriebe hervor .

Im zweiten Schritt allerdings setzt sich die Organisation sehr kritisch mit dem Projekt auseinander, da sie der Meinung ist, dass eine Sonderinitiative von allein deutscher Seite nicht ausreichend sei, den Hunger weltweit erfolgreich zu besiegen. Die beteiligten Regierungen des G7 Gipfels müssten sich gemeinsam um das Ziel, den Hunger zu bekämpfen, kümmern, „indem sie ihre finanzielle und politische Unterstützung deutlich ausbauen.“ – ein ganz klarer Verweis auf die Wichtigkeit, Entwicklungszusammenarbeit in der internationalen Debatte hoch auf die Agenda zu stellen.



Abb. 8: Forderungen an die G7

Darüber hinaus appelliert die Organisation auch an Menschen in Industrienationen, dass sich „der Fokus der Politik... aber nicht auf Entwicklungsländer beschränken“ dürfe. Es ist ein Appell daran, auch in Deutschland (und anderswo) ressourcensparend, und klimaschützend zu wirken wie bereit zu sein für die EINE Welt.

Hierzu einige Forderungen an die G7 (s. Abb.1) (WELTHUNGERHILE 2015)

Für weitere Kritik: DER SPIEGEL 19/2015, S. 40: „Erntedankfest“

Ausblick: Wie aussichtsreich ist die Initiative Eine Welt ohne Hunger?

Aufbauend auf der Kritik, die durch die beiden Nichtsregierungsorganisationen OXFAM und Welthungerhilfe bereits eingeleitet wurde, möchte ich meinen eigenen Ausblick auf die Sonderinitiative EineWelt ohne Hunger und seine Möglichkeit, den Hunger der Welt bis 2030 zu beenden, kurz darstellen.

Ich denke, die Kritik der Welthungerhilfe ist hierbei am einleuchtendsten: Die Chance, dass eine allein deutsche Anstrengung, den Hunger auf der Welt zu beenden, reicht, sehe ich als recht gering an. Deutschland ist zwar eines der mächtigsten und reichsten Länder der Welt, aber eben auch nur eines. Sofern andere Länder nicht mitziehen- und dabei nicht nur Industrienationen, sondern auch die Partnerländer- wird jede Anstrengung im Sande verlaufen oder aber nur sehr kleine und /oder kurzweilige Früchte tragen.

Bei der Diskussion um Entwicklung schwingt meiner Meinung nach auch immer die Frage nach der Motivation mit: Weshalb wollen wir Entwicklungspolitik betreiben? In Hinblick auf die Landwirtschaft und den ländlichen Sektor: Was wollen wir mit einem Ausbau erreichen? Vor dem Hintergrund bereits gelaufener Aktionen lässt sich sagen, dass vor allem die, die gefördert werden sollen (Bauern), nicht von dieser Förderung profitieren: “ ‘Wir produzieren, was wir nicht essen- wir essen, was wir nicht produzieren,’ sagt Tolbert Jallah, protestantischer Kirchenführer aus Liberia.” (GREFE 2011:56). In diesem Kontext stellt sich die Frage: Weshalb unternehmen wir Anstrengungen für eine Welt ohne Hunger, wenn möglicherweise willentlich Entwicklungsländer in ihrer Wirtschaft nicht von Industrieländern unterstützt werden? Hierbei ist nicht nur der Wahingont Konsens der internationalen Finanzinstitutionen zu erwähnen (auf diesem wurde ganz auf Liberalisierung des Handels und Privatisierung gesetzt, wodurch nur noch Entwicklungsländer Kredite bekamen, die eben diesem Konsens folgten und damit Zölle senken oder abschaffen mussten, um damit die Märkte für Geberländer wie Europa und die USA zu öffnen. Mittlerweile exportieren so hochverschuldete Staaten zu sehr billigen Preisen Rohstoffe in reiche Nationen, müssen im Umkehrschluss allerdings eigene Nahrungsmittel importieren) (GREFE: 2011, 56), sondern auch der Umstand, dass zumeist auch zu beobachten ist, dass genau der entwicklungspolitische Ansatz, der an sich nicht zu verachten ist- rasche Produktionssteigerungen, Innovationen (wie auch in der Sonderinitiative angestrebt) - leider nach hinten losgeht: Oft sind die Regionen, in denen die Landwirtschaft unterstützt wird, nur dort, wo extrem gute klimatische Bedingungen und sehr fruchtbare Böden vorhanden sind- was an sich nicht allzu schlecht ist, sofern die Gewinne der Gesamtbevölkerung dienen. Allerdings ist zu sehen, dass die Innovationen zunächst nur auf die Anforderungen der modernen Lebensmittelproduktion ausgerichtet sind- eben der, aus der auch die Berater kommen. (GREFE : 2011, 56) Wer versichert somit also, dass die Innovationen, die mithilfe der Sonderinitiative auf den Weg gebracht werden, nicht vor allem für den deutschen Markt interessant sind? In vielen Entwicklungsländern vor allem in der Subsahararegion (Senegal, Mali, Niger, Tschad etc.) gibt es große Regionen, die als Ackerflächen genutzt werden können- allerdings nicht perfekten klimatischen Bedingungen erfüllen. Ich finde, auch

diese Menschen haben ein Recht auf Erneuerungen- sehe aber momentan eher weniger die Energie, dass sich auf diese Regionen konzentriert wird.

Ein weiterer kritischer Punkt ist in meinen Augen das sogenannte Landgrabbing. Vor allem asiatische Staaten (China, Korea, Indien) haben bereits große Flächen Land gekauft oder zumindest für einen langen Zeitraum gepachtet. Die Knebelverträge, unter denen die Staaten dann stehen, weil ihnen nun die ertragsreichen Flächen fehlen, bringen dem Land nur kurzzeitig finanzielle Unterstützung. Ich finde es gut, dass in der Sonderinitiative auch auf die Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen eingegangen wird, denke aber, dass dies in vielen Bereichen leider schon zu spät ist. Der Run auf Land hat in Madagaskar 2009 eine Regierungskrise ausgelöst, die bis 2013 de facto anhalten sollte (ARTE 2013). Ich denke, der größte Appell, den die deutsche Regierung mit dieser Initiative machen kann ist der an die Staaten, nicht nur G7, sondern vor allem auch Schwellenländer und Entwicklungsländer, verantwortungsvoll mit dem Gut Land umzugehen. Nahrung und Landwirtschaft sind meines Erachtens die falschen Wege, Profit zu schlagen. Wir haben nur eine Erde- und wir haben alle ein Recht auf ein würdiges Leben. Vor allem die Einführung eines Menschenrechts auf Nahrung und auch eines Menschenrechts auf Wasser sollten dringlichst in die UN Menschenrechte aufgenommen werden.

Literatur

ARTE 22-03-2013, Dritte Welt im Ausverkauf, Dokumentarfilm

<https://www.youtube.com/watch?v=ff8vWF2UPso&spfreload=10> 21-04-2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014- 2015, http://www.bmz.de/g7/de/Entwicklungspolitische_Schwerpunkte/index.html, 20-04-2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 2014-2015 http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/fachleute/sonderinitiative_einewelt_ohne_hunger/umsetzung_der_sonderinitiative/index.html, 20-04-2015

Bundeministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014- 2015

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/fachleute/sonderinitiative_einewelt_ohne_hunger/index.html, 20-04-2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014-2015

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/basiswissen/sonderinitiative_einewelt_ohne_hunger/index.html, 20-04-2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014- 2015

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/fachleute/sonderinitiative_einewelt_ohne_hunger/konkrete_massnahmen/index.html, 20-04-2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2014- 2015

¹http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/basiswissen/sonderinitiative_einewelt_ohne_hunger/index.html 20-04-2015

DER SPIEGEL 19/2015, S. 40: "Erntedankfest"

Grefe, Ch., 2012, Der Kampf um die richtige Landwirtschaft: Atlas der Globalisierung- Die Welt von morgen, 56

OXFAM 01-12-2014, Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne: Oxfam kritisiert Festhalten des BMZ an umstrittener Nachrichtenmeldung <http://www.oxfam.de/news/141201-keine-entwicklungshilfe-agrarkonzerne-oxfam-kritisiert-festhalten-des-bmz-umstrittener-n>, 20-04-2015

Welthungerhilfe, EINE WELT ohne Hunger- Unsere Verantwortung, 26-03-2015 <http://www.welthungerhilfe.de/blog/einewelt-ohne-hunger-unsere-verantwortung/> 20-04-2015

ZUKUNFTSCHARTA/GIZ 2015

<https://www.zukunftscharta.de/ecm-politik/zukunftscharta/de/home/informieren>
Zukunftscharta/GIZ 2015

<https://www.zukunftscharta.de/ecm-politik/zukunftscharta/GIZ/de/home/news/single/id/1124> 20-04-2015

Zukunftscharta 2015 <https://www.zukunftscharta.de/ecm-politik/zukunftscharta/de/home/news/single/id/1124> 20-04-2015

Abbildungen

Abb. 8: Welthungerhilfe, 26-03-2015, <http://www.welthungerhilfe.de/blog/einewelt-ohne-hunger-unsere-verantwortung/> 20-04-2015

5 Ungleiche Verteilung (Philip Christophersen)

Indiens Premierminister Narendra Modi hat nach seinem Amtsantritt 2014 mit der 'Clean India Campaign' die größte Hygienekampagne in Indiens Geschichte gestartet. Um die Notwendigkeit und Hintergründe zu verstehen, hilft es, sich mit dem Thema Armut und der bisherigen sanitären Versorgung Indiens zu beschäftigen. Dazu soll ein kurzer Überblick folgen.

Bevölkerung und Armut in Indien

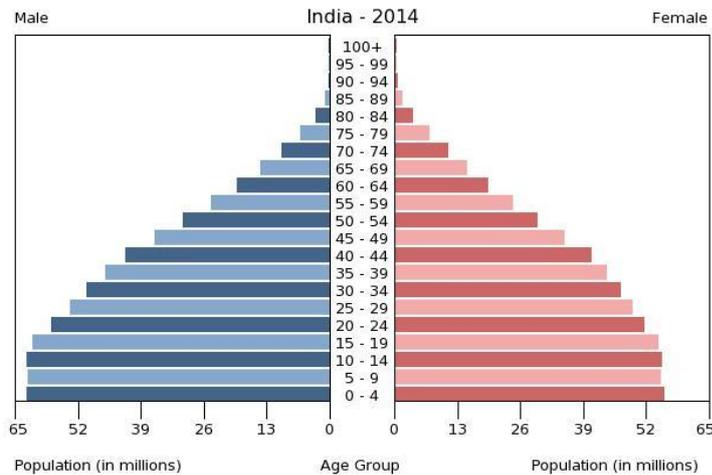


Abb. 9: Alterspyramide Indiens (CIA 2015)

Indien ist mit ~1,2 Milliarden Einwohnern bevölkerungstechnisch nach China das zweitgrößte Land der Erde (The World Factbook, Juli 2014).

Mit einer Fruchtbarkeitsrate von 2,5 Geburten pro Frau (vgl. D: 1,38) (Weltbank, 2012) und einer Wachstumsrate von 1,25% (The World Factbook, 2014) hat Indien die größte Jugendbevölkerung weltweit. Das Durchschnittsalter liegt bei 27 Jahren.

Der Anteil an Landbevölkerung ist mit 68,01% vergleichsweise hoch (vgl. D: 25,11%) (BMZ, 2013).

80,5% der Inder gehören dem Hinduismus an. 13,4% sind muslimisch und 2,3% christlich (The World Factbook, Juli 2014).

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes (Stand: Mai 2015) leben derzeit ~30% der Bevölkerung unterhalb der internationalen Armutsgrenze von 1\$/Tag/Kopf. Weiterhin stehen 70% der Bevölkerung weniger als 2\$/Tag/Kopf zur Verfügung. 43% gelten als mangelernährt.

Auf der anderen Seite beheimatet Indien die meisten Millionäre und Milliardäre weltweit. Und auch in der Forschung und auf technologischer Ebene ist Indien global unter den führenden Ländern vertreten. Neben technischem Fortschritt und großem Reichtum, welcher nur einer kleinen Gruppe zuteil wird, gibt es im Gegensatz dazu landesweit immer noch große Armut und, nach westlicher Sicht, stark unterentwickelte Regionen.

Situation der Toiletten und der Defäkation in Indien

Derzeit haben 68% der ländlichen und 13% der städtischen Bevölkerung keinen Zugang zu einer Toilette. Als Folge daraus verrichten ~600 Millionen Inder ihre Notdurft im Freien. Das entspricht ~58% der Bevölkerung.

Im Hinduismus gelten Exkreme als unrein. Demzufolge ist es für viele Menschen aus hygienischen Gründen unvorstellbar eine Toilette in der Nähe des Hauses, oder gar im Haus zu haben. Noch schlimmer der Gedanke, sie auch zu säubern und instand zu halten. Seit Generationen sind für das Entsorgen von Fäkalien und Säuberung der Straßen die 'Unberührbaren' zuständig. Sie machen ungefähr ein Fünftel der indischen Bevölkerung aus und erleben auch heute noch starke Diskriminierung. Somit sind sie auch stark benachteiligt, was die sanitäre Versorgung betrifft.

Für einen Teil der ländlichen Bevölkerung ist die Defäkation im Freien ein Zeichen von Naturverbundenheit oder sie sind der Meinung, dadurch die Fruchtbarkeit der Böden zu erhalten. Männer haben hierbei jedoch ein deutlich geringeres Problem damit, sich hinter den nächsten Busch oder sogar an den Straßenrand zu hocken. Frauen fühlen sich dabei häufiger unwohl und gehen bevorzugt spät am Abend oder frühmorgens im Dunkeln oder in der Dämmerung raus. Häufig stellt das, vor allem für Frauen und Kinder, ein großes Sicherheitsrisiko dar. Neben Überfällen kommt es immer wieder zu Vergewaltigungen, selten sogar zum Mord.

Die Kampagne ‚Swachh Bharat Abhiyan‘ (‚Clean India Campaign‘)

Kritisch betrachtet ist die Kampagne von Premierminister Modi 'nur' eine Weiterführung des 'Central Rural Sanitation Programmes' von 1986, um einen größeren Teil der Bevölkerung mit Toiletten zu versorgen. Unter vorigen Regierungen und durch Hilfsorganisationen wurden in den vergangenen Jahren schon viele Toiletten gebaut. Einen entscheidenden Unterschied machen jedoch die jetzt kreativeren und unterschiedlichen Strategien zur Umsetzung aus.

Unter Modi sollen bis zum 2. Oktober 2019 alle Inder Zugang zu Toiletten bekommen und damit die öffentliche Defäkation beseitigt werden. Weiter sollen die städtischen Abfälle zu 100% gesammelt und entsorgt werden und gleichzeitig das Straßenkehren von Hand ein Ende finden.

Einen großen Teil der Kampagne macht Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit aus. Ein wichtiger Teil der Kampagne ist, mit dem Tabuthema Toilette zu brechen und das Problem ins Bewusstsein der Menschen zu rufen. Das Problem der sanitären Versorgung liegt nicht nur beim Installieren der Toiletten, damit die Menschen theoretisch einen Zugang zu Toiletten bekommen. Es liegt auch bei der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb sind es erklärte Ziele, die Menschen über die Vorteile sanitärer Versorgung aufzuklären und lokale Körperschaften bei der Planung und Umsetzung von Abfallentsorgungssystemen zu unterstützen.

Seit Beginn der Kampagne am 02. Oktober 2014 fanden schon einige öffentlichkeitswirksame Aktionen statt. Bei öffentlichen Aktionen zum Thema sanitäre Versorgung und Sauberkeit nahmen Politiker, Prominente, Schauspieler oder Sportler persönlich einen Besen

in die Hand, um zu kehren und der Bevölkerung ein gutes Beispiel zu sein. Bei anderen Aktionen weihten Prominente neu gebaute Toiletten ein. Durch solche Aktionen wird versucht, einen sauberen und rücksichtsvollen Lebensstil vorzuleben und näherzubringen. Modi hat zu diesem Zweck neun Prominente nominiert, die einen sauberen Lebensstil vorleben und für ein sauberes Indien werben sollen. Wie beim Schneeballeffekt soll jede Person, die nominiert wurde, mindestens eine weitere Person nominieren. So soll im Laufe der Zeit ein Großteil der Bevölkerung erreicht werden.

Die Regierung hat zur Kampagne eine Internetseite eingerichtet, auf der Meinungen, Ideen und Wünsche der Bevölkerung gesammelt und von Zeit zu Zeit zusammengefasst werden. In Gremien kommen Politiker und Experten zusammen, um darüber zu reden, wie die Bevölkerung am Besten erreicht und Akzeptanz für die sanitäre Versorgung erreicht werden kann. Auch sei geplant, das Thema in Filmen oder Serien aufzugreifen.

Auf kommunaler Ebene wurden zum Teil Bußgelder für öffentliche Defäkation verhängt, um die Leute dazu zu bewegen, sich eine Toilette zuzulegen oder öffentliche zu benutzen. Teilweise hat diese Strategie zu einer vollständigen Versorgung mit Toiletten geführt. Eine andere Strategie, die in Neu-Delhi ausprobiert wird, ist das Aufhängen von Bildern von Gottheiten. Aus Ehrfurcht vor den Gottheiten soll an den entsprechenden Orten die Defäkation verhindert und die Menschen vergrämt werden.

In der Schule werden die Kinder über die Wichtigkeit von sanitärer Versorgung unterrichtet und darüber aufgeklärt, welche gesundheitlichen Risiken es bei mangelhafter Versorgung gibt. Ähnliche Bemühen gibt es auch in Dörfern, um eine Sensibilisierung zu erreichen. Durch die große Präsenz des Themas steigt auch der soziale Druck. Da auf der einen Seite immer häufiger nach Toiletten gefragt wird, steigt auf der anderen Seite auch der Wunsch, Gästen eine Toilette anbieten zu können, damit sie nicht rausgehen müssen. Hin und wieder berichtet die Presse von Fällen, in denen sich die Frau nach ihrer Hochzeit weigert zu ihrem Ehepartner zu ziehen, wenn dieser keine Toilette im Haus hat. Auch Studenten beschäftigen sich mit dem Thema und versuchen, zum Beispiel durch Kurzfilme und Vorleben eines sauberen Lebensstils, ihren Beitrag zu einem sauberen Indien zu leisten.

Durch neue Arbeitsstellen, die durch den Ausbau der sanitären Versorgung entstehen, kann auch aus wirtschaftlicher Sicht die Armut gelindert werden. Seit 2008 gibt es in allen Distrikten Indiens ein Arbeitsgesetz nach dem 'National Rural Employment Guarantee Act 2005'. Das 'Recht auf Arbeit' sieht für einen Erwachsenen pro Haushalt jedes Jahr mindestens 100 Tage Beschäftigung nach Mindestlohn vor. Meistens handelt es sich um körperliche Arbeit, die auch ohne Ausbildung verrichtet werden kann.

Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

Es gibt einige NGO's und Stiftungen, die sich mit der Entwicklung und Installation von Toiletten und sanitären Einrichtungen beschäftigen.

Die größte indische NGO 'Sulabh International Social Service Organisation', 1970 gegründet, fördert Menschenrechte, umweltgerechte Sanitärversorgung, unkonventionelle Energiequellen, Abfallwirtschaft und soziale Reformen. Die öffentlichen 'Sulabh-Komplexe' stellen gegen geringe Gebühr Duschen, Toiletten und Waschmöglichkeiten zur Verfügung.

Die 'Bill & Melinda Gates Foundation' beschäftigt sich auch mit sanitären Anlagen. Sie arbeitet jedoch, im Vergleich zu Sulabh International, direkt mit Regierungen und Ministerien zusammen.

2011 wurde die 'Reinvent the Toilet Challenge' initiiert, die Zuschüsse an Projekte zur Entwicklung von nachhaltigen sanitären Lösungen vergiebt. Ziel ist es Toiletten zu entwickeln, die nicht an Wasser, Strom und Kanalisation gebunden sind und trotzdem eine saubere und nachhaltige Entsorgung oder Weiterverarbeitung ermöglichen. Zielgebiet sind ärmere Städte und Regionen, entsprechend günstig sollen die Toiletten auch ausfallen.

Die deutschen EZ-Beiträge in Indien konzentrieren sich primär auf strukturelle Programme. Es werden indische Eigenanstrengungen und Reformprogramme unterstützt, modellhafte Lösungen vorgestellt und die beteiligten Partner, bei Bedarf, entsprechend qualifiziert, um die Vorhaben eigenständig umzusetzen. So wird zum Beispiel bei der Stadtplanung geholfen, wenn eine neue Müll- und Abwasserentsorgung oder grundsätzlich Wasser- und sanitäre Versorgung geplant werden. Federführend ist hierbei das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Als große Organisationen sind in Indien die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ) GmbH und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vertreten. Aber auch mehrere Stiftungen, sowie die Caritas und Brot für die Welt haben oder unterstützen Projekte in Indien.

Im Vergleich zur Unterstützung von strukturellen Vorhaben, setzt sich Brot für die Welt für die Menschenrechte und -würde der „Unberührbaren“ in Indien ein, die nach uralten Traditionen immer noch die Latrinen reinigen (müssen). Auch wenn diese Arbeit mittlerweile gesetzlich verboten wurde, wird sich in großen Teilen des Landes nicht daran gehalten und ein Umdenken hat bei vielen Menschen noch nicht stattgefunden. Brot für die Welt unterstützt Vorhaben zur Aufklärung der „Unberührbaren“ durch Gespräche mit Parlamentsabgeordneten, Pressearbeit und Demonstrationen um auf die Missstände aufmerksam zu machen.

Neben der technischen und finanziellen Umsetzung spielt auch die Akzeptanz in der Bevölkerung eine sehr wichtige Rolle. Bei der Aufklärung und Sensibilisierung der Menschen helfen zum Beispiel lokale NGO's und Projekte, die direkten Kontakt zur Bevölkerung haben. Auch hier werden die Menschen über hygienische Vorteile einer besseren sanitären Versorgung aufgeklärt und versucht, die ablehnenden Vorurteile gegenüber Toiletten nahe des Hauses abzuschwächen. Doch auch weltweit operierende Organisationen, wie die World Toilet Organization (WTO), versuchen dazu beizutragen, dass Toiletten gebaut und vor allem auch akzeptiert werden. Erklärtes Ziel ist es, das Image der Toilette nachhaltig zu verbessern. Zusätzlich zum Bau von Schultoiletten wird zum Beispiel überlegt, wie die Toiletten für die Schüler attraktiver gemacht werden können, zum Beispiel durch dekorieren oder anmalen der Räume.

Wirkt EZ armutslindernd?

Allgemeingültig lässt sich die Frage nicht beantworten. Es hängt immer von den Einzelfällen ab und die Vorhaben müssen kritisch hinterfragt werden.

Am Beispiel der 'Sulabh International Social Service Organisation' lässt sich zeigen, dass Entwicklungsarbeit tatsächlich armutslindernd wirken kann. Es werden gezielt Dalits und

sozial benachteiligte Menschen eingestellt, um beim Errichten der öffentlichen Wasch- und Toilettenanlagen zu helfen und sie werden danach zu angebrachtem Lohn beschäftigt, um die Anlagen zu pflegen und instand zu halten. Zudem bekommen sie eine Wohnung gestellt und erhalten durch weitere Programme auch Zugang zu Bildung oder werden handwerklich ausgebildet. Doch Sulabh International ist nur eine von wenigen Vorzeigeorganisationen, die einen positiven und direkten Einfluss auf die Verminderung der Armut in Indien haben.

Es gibt jedoch auch viele Fälle, in denen sehr engagiert Projekte angestoßen oder versprochen werden, die zwar gut gemeint, jedoch nicht gut durchdacht sind und langfristig keine Hilfe für die betroffenen Menschen darstellen, oder sogar nicht bedachte negative Folgen haben können. So kommt es hin und wieder vor, dass von Seiten einer Organisation sehr enthusiastisch Versprechen gegeben werden, jedoch nur ein Bruchteil der Versprechen, wenn überhaupt, umgesetzt wird und die Menschen falschen Hoffnungen unterlegen sind.

Auf indirektem Wege kann sich zum Beispiel die Unterstützung bei strukturellen Vorhaben auswirken. Dadurch, dass grundsätzlich eine bessere Wasser- und Sanitärversorgung gefördert wird, werden, bei erfolgreicher Umsetzung, die Wege zum Wasserholen oder Erleichtern deutlich verkürzt. Das führt zu einer erhöhten Sicherheit und Zeitersparnis, wodurch theoretisch mehr Zeit für Arbeit oder andere Dinge zur Verfügung steht. Gleichzeitig kann sich dadurch deutlich die gesundheitliche Situation verbessern, da weniger Viren und Bakterien im Oberflächenwasser vorkommen und somit Krankheiten vermieden werden können. Auch die Verbreitung von Erregern, die durch Fliegen auf Lebensmittel übertragen werden, kann dadurch verringert werden.

Abschließende Gedanken

Dass Indien ein Problem mit unzureichender Abfallentsorgung, der sanitären Situation und der Wasserversorgung hat, ist nicht erst bekannt seit Modi 2014 Premierminister geworden ist und seine 'Clean India Campaign' angeschoben hat. Nationale Organisationen, wie Sulabh International, die internationale EZ und frühere Regierungen beschäftigen sich schon seit einigen Jahrzehnten mit der Problematik. Doch früher endeten viele Toiletten als Lagerraum.

Neu ist jedoch, dass mit der Kampagne seit Oktober 2014 verstärkt versucht wird, das Thema in die Öffentlichkeit und in das Bewusstsein der Menschen zu tragen. Durch das Gewinnen von Prominenten, die sich für eine bessere Sanitärversorgung einsetzen und werben, und das häufigere thematisieren in der Presse, werden die Inder auf mehrere Wege und häufiger mit dem Thema konfrontiert und zum Mitmachen aufgefordert. In Zeitungen und im öffentlichen Leben finden sich immer häufiger die Themen Sauberkeit, Wasserversorgung und sanitäre Verhältnisse.

Während der Recherche war es zum Teil schwierig zu differenzieren, wie lange es einige Programme, wie zum Beispiel die Aufklärung in Schulen, schon gibt oder ob sie tatsächlich erst mit der 'Clean India Campaign' gestartet wurden. Von außen ist es auch schwierig zu beurteilen, welche Vorhaben oder Auswirkungen direkt der Kampagne oder der EZ zugeschrieben werden können und welche aus eigenem Antrieb gestartet wurden. Allgemein

scheint es jedoch, dass nach und nach ein Umdenken und eine Sensibilisierung zum Thema Sauberkeit in Indien stattfindet.

Grundsätzlich hat die Kampagne zwar, wie auch viele EZ-Projekte, als Zielsetzung eine flächendeckende Sanitär- und Wasserversorgung, sowie eine funktionierende Abfallentsorgung. Doch meistens liegt der Fokus primär auf städtischen Gebieten und nur sekundär auf dem ländlichen Raum. Da die Landbevölkerung in Indien mit ungefähr zwei Dritteln aber sehr hoch ist, werden dadurch sehr viele Menschen und Gegenden von den Projekten (noch) gar nicht berücksichtigt. Es ist auch unübersichtlich, ob die bereitgestellten Gelder für sanitäre Vorhaben tatsächlich in solche investiert werden, oder inwieweit die Korruption in einigen Fällen greift.

In Indien findet nach und nach ein Umdenken und Sensibilisieren statt. Durch die neu aufgerollte Kampagne Modis können ältere Vorhaben, wie die Sulabh International, neuen Rückenwind bekommen, während neuere Projekte eventuell besser Fuß fassen. Doch während die reiche Oberschicht und die wachsende Mittelschicht in den Städten gut versorgt sind, oder werden, wird ein Großteil der armen und der ländlichen Bevölkerung vermutlich nicht von dem hochgesteckten Ziel, eine landesweite sanitäre Versorgung bis Oktober 2019 aufzubauen, profitieren können. Dabei gibt es selbst in vielen Städten immer noch unzureichende Abwasser- und Abfallentsorgungssysteme. Mithilfe internationaler Unterstützung könnte Indien es dennoch schaffen, ein paar Schritte in Richtung der gesetzten Ziele zu gehen. Es kann zwar hilfreich sein, Ideen von außen zu bekommen. Doch wie man anhand der Sulabh International Organization sehen kann, spielt der Wissenstransfer dabei weniger eine Schlüsselrolle, als vielmehr finanzielle Unterstützungen, um die vorhandenen Ideen zu fördern und landesweit umzusetzen.

Literatur

Auswärtiges Amt, 2015. Indien. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Indien.html>, 31. Mai 2015

BBC World Service, 2014. Business Daily, India: Toilets Before Temples? <http://www.bbc.co.uk/programmes/p0279vx5>, 31. Mai 2015

Bertram, C., 2013. Indien: Erfolgreicher Riese in der Armutsbekämpfung? <https://www.boell.de/de/2013/10/07/indien-erfolgreicher-riese-der-armutsbekaempfung>, 31. Mai 2015

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2015. Asien, Indien. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/indien/profil.html, 31. Mai 2015

CIA, 2015. The World Factbook, India <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/in.html>, 31. Mai 2015

Cinematics NITRKL, 2014. Swachh Bharat Abhiyan – Make it your life style – Short film – Cinematics@NIT Rourkela <https://www.youtube.com/watch?v=6sEHMJyIKok>, 31. Mai 2015

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, 2015. Indien – Das LänderInformationsPortal der GIZ <http://liportal.giz.de/indien/>, 31. Mai 2015

Eilen, C., 2008. Post-Development die Auflösung des Entwicklungsbegriffes <http://www.pfz.at/article728.htm>, 31. Mai 2015

Journeyman Pictures, 2008. Can a Toilet Help Lift India's Untouchables out of Poverty? <https://www.youtube.com/watch?v=mCecQrh8AZo>, 31. Mai 2015

Malhotra, Z., 2014. GlobalCitizen, New push for sanitation reforms in India <https://www.globalcitizen.org/en/content/new-push-for-sanitation-reforms-in-india/>, 31. Mai 2015

Mohanty, R.I., 2014. The Atlantic, Only God Can Stop Public Urination <http://www.theatlantic.com/international/archive/2014/10/only-god-can-stop-public-urination-india/381622/>, 31. Mai 2015

MyGov, 2015. Towards a Cleaner India with MyGov <https://blog.mygov.in/towards-a-cleaner-india-with-mygov/>, 31. Mai 2015

Nanda, M., 1999. Who Needs Post-Development?, Koninklijke Brill NV, Leiden

Perras, A., 2015. Das muss in die Reinigung. Süddeutsche Zeitung 08. April

PMIndia, 2014. Mission Swacch Bharat | Prime Minister of India <http://pmindia.gov.in/en/tag/mission-swacch-bharat/>, 31. Mai 2015

Shaffer, P. 2012. Post-development and Poverty: An Assessment. In: Third World Quarterly, Vol. 33, No. 10, 2012, pp 1767–1782

Singh, P., 2014. Toilets before temples: Narendra Modi's mantra <http://www.niticentral.com/2014/06/19/toilets-before-temples-narendra-modis-mantra-231910.html>, 31. Mai 2015

Swachh Bharat mygov, 2014. <https://swachhbharat.mygov.in/>, 31. Mai 2015

Wikipedia, 2015. National Rural Employment Guarantee Act 2005 http://en.wikipedia.org/wiki/National_Rural_Employment_Guarantee_Act_2005, 31. Mai 2015

Wikipedia, 2015. Swachh Bharat Abhiyan http://en.wikipedia.org/wiki/Swachh_Bharat_Abhiyan, 31. Mai 2015

Wikipedia, 2015. Welttoilettenorganisation <http://de.wikipedia.org/wiki/Welttoilettenorganisation>, 31. Mai 2015

World Bank, 2013. Changing the Culture of Toilets in India <https://www.youtube.com/watch?v=liBPxiphFOU>, 31. Mai 2015

6 Clash of Civilizations – Krise und Konflikt: Toilets before Temples... Toilets before Mosques? (Laura Henselmann)

Im Jahre 1993 veröffentlichte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington seinen Artikel „The Clash of Civilizations?“ in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Dieser Artikel erregte großes internationales Aufsehen und zog einigen Zuspruch, vor allem aber Stürme der Kritik nach sich. In ihm stellte Huntington die kontroverse These auf, dass das internationale Konfliktgeschehen seiner Gegenwart und der Zukunft von einem „Clash of Civilizations“ dominiert sei und sein würde. Er ging davon aus, dass die Hauptquelle von Konflikten nicht länger machtvolle Einzelpersonen wie Könige, Nationen oder Ideologien sein würden, die er als historische Konfliktquellen der jeweiligen Zeitalter identifiziert. Mit dem Ende des Kalten Krieges sah er das Ende dieser Art von Konflikten, die er nur innerhalb der sogenannten westlichen Zivilisation wahrnimmt, gekommen – denn nun treten die „nicht-westlichen Zivilisationen“ auf den Plan (vgl. Huntington 1993: 22).

Für Huntington ist eine *Zivilisation* eine kulturelle Einheit. Er versteht sie als die am breitesten gefasste Definition, mit der sich die Gemeinsamkeiten einer bestimmten Gruppe von Menschen identifizieren lassen und mit der sich auch diese Gruppe identifizieren kann. Er definiert diese Zivilisation „both by common objective elements, such as language, history, religion, customs, institutions, and by the subjective self-identification of people“ (Huntington 1993: 24). Dabei ist die Anzahl der Menschen oder Nationen, die zu einer Zivilisation gehören, völlig unbedeutend. *Kultur* ist für ihn eine kleinere Einheit, die bis hin zur spezifischen Kultur eines bestimmten Dorfes in einem bestimmten Land geht: „Villages, regions, ethnic groups, nationalities, religious groups, all have distinct cultures (...). The culture of a village in southern Italy may be different from that of a village in northern Italy, but both will share a common Italian culture that distinguishes them from German villages“ (Huntington 1993: 22f). Alle diese europäischen Dörfer zusammen teilen wiederum eine europäische Kultur, die so viel mit der Kultur anderer „westlicher“ Staaten gemeinsam hat, dass man sie zu einer „westlichen Zivilisation“ zusammenfassen kann. Huntington erkennt an, dass die Menschen somit verschiedene Stufen der Identität besitzen, von denen die Zivilisation, der sie angehören, die oberste darstellt. Er kommt zu dem Schluss, dass es in der aktuellen Welt „seven or eight“ Zivilisationen gibt. Zu diesen zählt er die westliche, die konfuzianische, die japanische, die islamische, die hinduistische, die slawisch-orthodoxe sowie die lateinamerikanische und „possibly“ auch eine afrikanische Zivilisation (vgl. Huntington 1993: 25). An den kulturellen Bruchlinien (engl. fault lines) dieser Kulturen – dort, wo sie geographisch auf die jeweils benachbarte Zivilisation treffen – glaubt Huntington das größte Konfliktpotential zu identifizieren – allen voran an den fault lines der islamischen Zivilisation.

Huntington macht sich nicht die Mühe, diese Zivilisationen näher zu betrachten – während zahlreiche Autoren seiner Annahme, dass kulturelle Unterschiede für die Konflikte der Gegenwart und Zukunft von sehr großer Bedeutung sind und sein werden (vgl. Inglehart, Norris 2003: 68), war seine Beschreibung dieser Kulturen harscher Kritik ausgesetzt. Huntington beschrieb die Welt, „as if hugely complicated matters like identity and culture existed in a cartoonlike world where Popeye and Bluto bash each other mercilessly“ (Said 2001). Selbstverständlich muss Wissenschaft immer auf einem gewissen Abstraktionsniveau arbeiten und die Wirklichkeit bis zu einem gewissen Grade vereinfachen – Huntingtons radikale und kompromisslose Simplifizierung der kulturellen Heterogenität der Weltregionen grenzt allerdings an eine Vergewaltigung der Realität. Von einer „possibly“ (!) existierenden afrikanischen Zivilisation zu sprechen, die sich – laut

seiner Definition – durch „common (...) language, history, religion, customs, institutions“ auszeichnet (von einer gemeinsamen „self-identification of people“ ganz zu schweigen), kann nur als entweder extrem überhebliche oder extrem ignorante Schlussfolgerung angesehen werden. Huntington lässt die Tatsache, dass eine der Hauptfragen heutzutage die unterschiedliche Interpretation und Definition von „Kultur“ für jeden einzelnen ist, völlig beiseite; interne Dynamiken und Pluralität der Kulturen interessieren ihn ebenso wenig. Bezüglich ethnischer Konflikte geht Huntington davon aus, dass sie zwar durchaus stattfinden werden, dabei aber stets weniger intensiv und ausbreitungsgefährdet sind als jene zwischen Zivilisationen (vgl. Huntington 1993: 28). Dies hat sich historisch jedoch – ebenso wenig wie seine Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Russen und Ukrainern aufgrund der gemeinsamen slawisch-orthodoxen Zivilisation sehr gering sei – alles andere als bewahrheitet. Bereits für das Jahr 1996 weist die Kriegs- und Konfliktstatistik des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung nach, dass von 27 Kriegen und gewaltsamen Konflikten nur neun entlang zivilisatorischer Bruchlinien stattfanden – bei allen anderen stammten die Konfliktparteien aus der gleichen Zivilisation in Huntingtons Sinne. Bezieht man allerdings die Ethnie mit ein, so fanden 21 gewaltsame Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien statt – Ethnien sind hier „Stämme, Völker, Rassen oder Nationen“ (Müller 1998: 262ff). Selbiges lässt sich mit der Statistik des Heidelberger Instituts auch für 2014 nachweisen: Mit 347 überwiegen die intrastaatlichen im Vergleich zu nur 77 interstaatlichen Konflikten deutlich – ergo waren weltweit 80% der Konflikte intrastaatlicher Natur (vgl. Conflict Barometer 2014: 16). An zahlreichen Stellen betont der Report die Häufigkeit ethnischer Gewalt, die vor allem in Subsahara-Afrika, aber auch in Asien, deutlich zugenommen hat (vgl. Conflict Barometer 2014: 51ff, 109ff). Allein hiermit dürfte der Clash of Civilizations statistisch klar widerlegt sein. Stattdessen sieht es ganz danach aus, als spiele vor allem die Ethnie eine extrem große Rolle. Das Konzept der sogenannten „Neuen Kriege“ greift unter anderem diese Beobachtung auf und versucht, ihr einen theoretischen Rahmen zu geben, der der Wirklichkeit der Welt gerechter wird als Huntingtons Thesen. Dieses Konzept beschreibt ein Konfliktgeschehen, in welchem eine zunehmende Deregulierung gewaltsamer Auseinandersetzungen stattfindet: Deren Akteure sind nicht mehr im klassischen Sinne Staaten, die mit anderen Staaten – geschweige denn Staaten aus unterschiedlichen Zivilisationen – im Konflikt stehen, sondern nichtstaatliche Akteure. Diese bedienen sich, um ihre eigene Unterlegenheit etwa gegenüber dem Militär zu kompensieren, asymmetrischer Kampfstrategien. Sie führen den Kampf improvisiert, billig und durch spontane, sporadische, dafür aber umso brutalere und wahllos gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Gewaltakte. Allerdings wird an diesem Konzept häufig kritisiert, dass die genannten Charakteristika nur aus europäischer Sicht wirklich als neu betrachtet werden können und im Grunde bereits seit sehr langer Zeit existieren (Münkler 2004: 180ff).

In Indien gibt es laut Statistik zurzeit 24 Konflikte. Davon sind nur zwei internationale Konflikte (mit Pakistan und China), die restlichen 22 intrastaatlich und hiervon die meisten ethnisch oder religiös geprägt – lediglich die Naxaliten mit ihrer marxistischen Orientierung bilden eine Ausnahme. Bei den meisten anderen Konflikten kämpfen eine komplexe Vielzahl an Gruppierungen und ihre Parteien entweder gegeneinander und/oder gegen den Staat – es geht um Autonomie, Sezession oder subnationale Vorherrschaft vor anderen Gruppen. 17 der intrastaatlichen Konflikte werden mindestens als gewaltsamer Konflikt eingestuft, einer sogar als „limited war“ (Conflict Barometer 2014: 111f). Einer der gewaltsamen Konflikte ist etwa der zwischen Muslimen und Hindus, der auch immer wieder in westlichen Medien Beachtung gefunden hat. Dieser Konflikt ist auch direkt

verbunden mit der Kritik an Narendra Modi: Im Jahre 2002 fanden im Bundesstaat Gujarat, dessen Chief Minister Narendra Modi zu der betreffenden Zeit war. Laut der BBC (2005) kamen bei den Aufständen 790 Muslime und 254 Hindus ums Leben – andere Quellen sprechen von bis zu 2.000 toten Muslimen. Es kam zu Vergewaltigungen und Eigentumsverwüstungen (BBC 2005). Narendra Modi wurde beschuldigt, die Gewalt initiiert oder zumindest nicht verhindert zu haben – ein speziell hierfür eingerichtetes Investigationsteam sprach ihn allerdings im Jahr 2012 von jeder Mittäterschaft frei (IBNlive 2012). Dennoch kommt es auch in jüngster Zeit immer wieder zu Übergriffen und Ausschreitungen: Im Januar starben vier Menschen bei Zusammenstößen in Rajasthan; im Anschluss an die Wahlen vom Mai 2014 etwa gab es vier Verletzte bei muslimischen Protesten während Modis Amtsantrittszeremonie. Kritik richtet sich vor allem auch gegen die engen Verbindungen seiner Bharatiya Janata Party (BJP), die enge Beziehungen zur rechten, Hindu-nationalistischen Organisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) unterhält. Auch im Oktober und November gab es Ausschreitungen mit zahlreichen Verletzten (vgl. Conflict Barometer 2014: 122f). auch mit Christen und Sikhs kommt es immer wieder zu Zusammenstößen (vgl. Conflict Barometer 2014: 109f und 125).

Diese empirischen Beobachten passen scheinbar hervorragend zu einer Teilthese Huntingtons: Er sieht die Menschen im Zuge der Modernisierung in einer Identifikationskrise, die immer mehr mit zunehmender Religiosität beantwortet wird – es findet somit eine „unsecularization of the world“ (Huntington 1993: 26) statt, die die jeweilige Zivilisationen innerlich eint. Im Kontext derselben sieht er auch die fundamentalistischen Bewegungen in zahlreichen Ländern – er nennt hierfür auch Indien als Beispiel). Die machtvolle Position des Westens provoziert zudem bei den aufsteigenden nicht-westlichen Staaten eine Rückorientierung hin zu den eigenen Wurzeln und der eigenen Kultur – eines der Beispiele, die Huntington hier anführt, ist auch die „Hinduization of India“ (Huntington 1993: 26). Für Huntington stellt sich in Bezug auf Indien die Frage, ob das Land unter vermehrten Übergriffen militanter Hindus auf die muslimische Minderheit (die bereits 1992 stattfanden) auf lange sich ein säkularer demokratischer Staat bleiben oder zu einem Hindu-Staat werden würde (vgl. Huntington 1993: 34). Auf den ersten Blick scheint letzteres nahezuliegen: 94% aller Hindus weltweit leben in Indien – das sind 79,5 % der dortigen Bevölkerung (vgl. PEW: 29); 14,4 % sind Muslime und nur 2,5 % Christen (vgl. PEW: 47). Fundamentalistische Hinduismus-Bewegungen haben in den letzten Jahrzehnten an Stärke gewonnen – auch Narendra Modis Partei BJP wird oft zu ihnen gezählt. Die RSS – zu der die BJP ja Beziehungen unterhält – hielt im Dezember 2014 eine Zeremonie im Bundesstaat Uttar Pradesh ab, bei der über 200 Muslime zum Hinduismus konvertierten. Zahlreiche muslimische Gruppen bezeichneten dies als illegal und verlangten die Verhaftung der Verantwortlichen (vgl. Conflict Barometer 2014: 123). Bereits vor seiner Wahl wurde befürchtet, Modi würde nach Amtsantritt sofort Englisch durch Hindi als Ministeriumssprache einführen. Auch zeigte er keine Probleme damit, den Islam in direkte Beziehung zu imperialistischem Gebaren und Terrorismus zu setzen – er argumentierte, der Hinduismus sei eine tolerante Religion, während der Islam sie als falsch und sündhaft bezeichnete (vgl. Elliot 2015). Somit gibt es tatsächlich religiös-fundamentalistische Tendenzen in Indien, deren Ziel offenbar eine „Hinduization of India“ ist. Wenn man nun der These Huntingtons folgt und davon ausgeht, dass dieses „hinduisierte“ Indien mit anderen Zivilisationen clashen wird: Was wären die Implikationen für eine Entwicklungszusammenarbeit mit Indien?

Huntington geht davon aus, dass die nicht-westlichen Staaten gegen die Vorherrschaft des Westens rebellieren werden – entweder in Form von Isolation, Angleichung zum eigenen Vorteil oder Bündnispolitik gegen den Westen (vgl. Huntington 1993: 41). Deshalb

empfiehlt Huntington dem Westen, die Kooperation innerhalb der Staaten der eigenen Zivilisation zu stärken und so viele Staaten wie möglich in diese aufzunehmen. Vor allem aber müsse der Westen seine ökonomische und militärische Stärke beibehalten, um seine Vorherrschaft zu sichern (Huntington 1993: 49). Viele Autoren kritisierten dieses Denken des „West versus the rest“ (Huntington 1993: 39), das vielen Autoren zufolge zur Zeit der Veröffentlichung einer Rechtfertigung der US-Politik gegenüber China dienen konnte. Vor allem nach 9/11 bekamen die Ideen Huntingtons neuen Aufschwung in Bezug auf die „bloody borders of Islam“ (Huntington 1993: 35). Vielen diene diese verheerende Einzeltat als unwiderruflicher Beleg für alle Thesen Huntingtons (vgl. Said 2001). Dies kommt immer dann gelegen, wenn Politik betrieben wird, die kein Interesse daran hat, ein Land als kulturell differenzierten, gleichwertigen Partner zu betrachten. Eine Entwicklungspolitik in Huntingtons Sinne wäre sehr auf den eigenen Vorteil bedacht und müsste die Hinduisierung Indiens unterstützen – denn laut Huntington sind nur kulturell homogene Staaten zum Frieden fähig (vgl. Müller 1998: 262f).

Es ist nicht zu leugnen, dass es in Indien Gruppen gibt, die die religiöse und kulturelle Vielfalt des Landes unterbinden möchten und eine (hinduistische) Einheit anstreben. Doch bedeutet dies, dass Indien mit *anderen* Zivilisationen „clashen“ wird, oder deutet es vielmehr auf ansteigende religiöse und ethnische Konflikte innerhalb der „hinduistischen Zivilisation“ hin? Die Fakten sprechen für letzteres. Dies impliziert für eine Entwicklungszusammenarbeit mit Indien, dass die komplexe Konfliktlandschaft des Landes stets berücksichtigt werden muss – vor allem bei einer Kampagne wie „Toilets before Temples“, die ja alle Gruppen des Landes erreichen soll und nicht nur Hindus: Das Wort „toilet“ selbst kommt im BJP-Manifest von 2014 immerhin vier Mal vor (Manifesto 2014: 23, 30, 34, 40) – zwei Mal wird es explizit in Verbindung mit einem Bezug auf alle Inder bzw. alle in ländlichen Gebieten Lebende genannt. Modi stellte sich mit seinem Bekenntnis zu „Toilets before Temples“ bereits gegen die Hindu-nationalistischen Kerngedanken seiner Partei – und teilweise auch gegen seine eigene strikte Religiosität. Es kam in der Folge auch zu Protesten innerhalb der BJP, die ihm vorwarf, er würde „destroy the fine fabric of religion and faith“ (zit. nach Pilling 2014). Bis jetzt ist offen, ob Modi weiterhin zu seinem Bekenntnis stehen wird; der große Raum, den das Thema Sanitation im Parteiprogramm von 2014 einnimmt, deutet allerdings darauf hin. Ob die Kampagnen *alle* Inder erreichen werden, und wie das mit einer hindu-nationalistischen Orientierung vieler Parteimitglieder vereinbar sind, bleibt bislang offen.

Für internationale Partner Indiens gilt es meiner Ansicht nach, sich darauf zu fokussieren, dass eine gleiche Kampagne, die auf alle ausgerichtet ist, die Konflikte in Indien durch Gleichbehandlung tendenziell abschwächt und den Unmut nicht durch Ungleichbehandlung weiter erhöht. Wassersicherheit und brauchbare Sanitäreanlagen sind ein Bedürfnis aller Menschen, gleich welcher Religion. Beispiele in Indien zeigen, dass es auch anders geht und friedliche Koexistenz auch zwischen Anhängern der Religionen möglich ist, die weltweit momentan sicherlich am meisten „clashen“: Muslimen und Juden. In Kalkutta ist die einst bedeutende jüdische Minderheit heute auf gerade einmal 20 Juden geschrumpft. Auf der jüdischen Mädchenschule ist nur noch die Schulleiterin Jüdin, viele ihrer Schülerinnen sind gläubige Musliminnen. Einige Muslime arbeiten schon seit Generationen als Caretaker der zahlreichen, verwaisten Synagogen der Stadt und bewahren so das jüdische Erbe Kalkuttas (Gordon 2015). Alle Weltreligionen beinhalten, wenn man sich näher mit ihren Ideen auseinandersetzt, Verweise auf Toleranz – besonders der Hinduismus ist eigentlich als sehr tolerante Religion bekannt, geht er doch davon aus, dass es verschiedene Wege gibt, sich der spirituellen Wirklichkeit und Wahrheit zu nähern. Alle Religionen repräsentieren solche Wege des Menschen auf seiner

spirituellen Suche, wie auch die verschiedenen Hindugötter verschiedene Aspekte von Brahman, der absoluten Wirklichkeit, darstellen. Swami Vivekananda, ein bekannter hinduistischer Mönch, sagte über den Hinduismus: „Wir glauben nicht nur an die universelle Duldung, sondern erkennen alle Religionen als wahr an“ (zit. nach Lehmann 2014: 91). Vielleicht könnte eine Rückbesinnung auf Worte wie diese dazu beitragen, dass ein friedliches Zusammenleben und eine Wertschätzung der anderen in ihrer Andersartigkeit wieder möglich werden. Eine Entwicklungszusammenarbeit, die darauf ausgerichtet ist, mit ihren Programmen alle Konfliktparteien und –gruppen gleichermaßen zu erreichen, kann entscheidend hierzu beitragen. Auch wenn die Partnerländer hierbei nicht aktiv in der Vermittler- oder Schlichterrolle auftreten, kann nur durch Gleichbehandlung sicher schon viel erreicht werden. Gerade in Indien kämpfen viele Konfliktparteien zunächst einfach für die Anerkennung ihrer Rechte – beispielsweise die Sikhs – und gegen Ungleichbehandlung. Im Übrigen steht es aus heutiger Sicht sicherlich außer Frage, dass eine fundierte Kenntnis und genaue Berücksichtigung (und Bewahrung) der kulturellen Vielfalt eines jeden Landes bei der Zusammenarbeit zukünftige „Clashes“ – welcher Art sie auch immer sein mögen – weitaus besser zu verhindern weiß als die Erzwingung kulturell einheitlicher, voneinander abgeschotteter Staaten unter der Vorherrschaft eines militärisch und ökonomisch übermächtigen „Westens“ – eine Utopie, die so wenig erstrebenswert ist, dass man sie wohl guten Gewissens als die unerfreuliche, dystopische Vision des in seiner Denkweise doch recht realitätsfernen Huntington bezeichnen kann.

Literatur:

Autor unbekannt, 2005. BBC 11. Mai. http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/4536199.stm 2015-05-21.

Autor unbekannt, 2012. IBNlive (CNN) 11. Mai. <http://www.ibnlive.com/news/india/how-sit-report-exonerates-modi-the-highlights-473243.html> 2015-05-21.

Election Manifesto 2014. Ek Bharat Shreshtha Bharat. Bharatya Janata Party 2014. <http://bjpelectionmanifesto.com/pdf/manifesto2014.pdf>. 2015-05-22.

Elliott, J., 2015. When Narendra Modi Spoke His Mind on Islam. Scroll.in 13. März 2015. <http://scroll.in/article/713145/when-narendra-modi-spoke-his-mind-on-islam>. 2015-05-22.

Gordon, A., 2015. The Last Jews of Kolkata. Al Jazeera 20. Mai 2015. <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2015/05/jews-kolkata-150519113817750.html> 2015-05-22.

Heidelberg Institute for International Conflict Research, 2015. Conflict Barometer 2014. http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2014.pdf, 2015-05-18.

Huntington, S. P., 1993. The clash of civilizations? Foreign Affairs, Summer 1993.

Inglehart, F., Norris, P., 2003. The True Clash of Civilizations. Foreign Policy, März/April 2003.

Lehmann, K. [Übers.], 2014. Das Religionen-Buch. München, Dorling Kindersley.

Münkler, H. 2004. Die neuen Kriege. Die neuen Kriege, 54. Jahrgang, Heft 4. Baden Württemberg, Landeszentrale für politische Bildung.

PewResearchCenter. The PEW Forum for Religion and Public Life 2012. The Global Religious Landscape 2010. <http://www.pewforum.org/files/2014/01/global-religion-full.pdf>. 2015-05-22

Pilling, D., 2014. Narendra Modi should stick to his pledge of toilets before temples. Financial Times 14. Mai 2014. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/bab8489c-da92-11e3-8273-00144feabdc0.html#axzz3aIUQYLF1>. 2015-05-22.

Said, E., 2001. The Clash of Ignorance. The Nation, 22. Oktober 2001. <http://www.thenation.com/article/clash-ignorance>. 2015-05-21.

7 Globalisierung mit Fokus auf Nahrungsmittelspekulationen

„Nichts ist so entwürdigend wie Hunger, besonders, wenn er von Menschenhand verursacht ist.“ UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, 2008

7.1 Nahrungsmittelspekulation- Definition und Hintergründe und Folgen (Linda Bierl)

Definition:

Das Wort Spekulation findet seinen Ursprung im lateinischen. Demnach bedeutet „*speculari*“, umher spähen, auskundschaften oder beobachten.

In unserem heutigen Sprachgebrauch verwenden wir das Wort „Spekulation“, vor allem im ökonomischen Kontext. Eine Spekulation impliziert hier eine Investition von Aktien, Devisen und Wertpapieren mit dem Ziel durch, zum Beispiel beobachten, diese zu einem späteren Zeitpunkt zu einem höheren Preis zu verkaufen und somit einen gewissen Gewinn zu erzielen.

Der mögliche Gewinn aus solch einem Aktienverkauf, macht es dem Aktionär möglich in weitere Geschäfte beziehungsweise Aktien zu investieren und schafft somit eine Liquidität auf dem freien Wirtschaftsmarkt.

Eine Spekulation um Nahrungsmittel bedeutet dann folgerichtig, ein Handel um Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel auf dem freien Weltmarkt und ist geprägt von Wetten und Spekulationen auf mögliche Preis An- und Abstiege, und ein Ver- und Ankaufen von Aktien.

Hintergründe

Die Hintergründe der Preisspekulation um Nahrungsmittel hat eine weit zurückreichende Geschichte. Früher einigten sich Händler und Produzent, in diesem Fall Kleinbauer, noch vor der Erntezeit auf einen bestimmten Garantiepreis für ein jeweiliges Agrarprodukt.

So ist das Einkommen eines Produzenten vor Missernten gesichert und er kann seinen Lebensunterhalt bestreiten.

Der Spekulant oder Händler auf der anderen Seite hofft dagegen einen günstigen Verkaufspreis für gute Qualität erzielt zu haben um sein erworbenes Produkt zu einem höheren Preis weiterverkaufen zu können.

Bis zur Jahrhundertwende ist der Preis für Agrarrohstoffe tendentiell gefallen um dann mit der Verwirtschaftung der Rohstoffmärkte und somit einem globalen Handel um Aktien von Lebensmitteln und Agrarrohstoffen stetig zu steigen.

Folgen

Die Folgen der Öffnung des Weltmarkts für Agrarrohstoffe und kontinuierliche Preis Anstiege sind vor allem für die Produzenten, das heißt im speziellen für Landwirte des globalen Südens, die ihre Existenz auf wenige Produkte begründen, fatal.

Ihr Einkommen ist den Turbulenzen des weltweiten Wirtschaftsmarkts ausgesetzt und somit ständigen Preis An und Abstiegen verschrieben. Eine solche instabile Preissituation nennt man Preisvolatilität.

Als Beispiel ist hier der Preis für Mais auf dem Weltmarkt angeführt. Dieser hat sich seit 2008 auf dem Weltmarkt um 48 Prozent erhöht, wohingegen der weltweite Konsum um lediglich 30 Prozent anstieg. Haushalte müssen so immer mehr Geld ihres Einkommens in den Erwerb von Nahrungsmitteln investieren.

An diesem Beispiel ist erkennbar, dass die Interessen des Welthandels und die der Produzenten in einem Konflikt stehen. Einerseits ist es für Landwirte und Lebensmittelproduzenten existenziell wichtig stabile Abnehmerpreise zu haben und auch die Konsumenten benötigen stabile, erschwingliche Lebensmittelpreise.

Andererseits erhält Liquidität den Weltmarkt und treibt globalen Handel an, stützt also auch das Wirtschaftswachstum zahlreicher Länder.



Abb.: 10: Nahrungsmittelpreisindex von 1961-2015 (FAO, 2015)

Erschwerend ist, dass der globale Weltmarkt ein komplexes, intransparentes System mit zahlreichen Akteuren ist und ein Überblick dadurch fast unmöglich. An noch aktuellen Hauptakteuren im globalen Agrarrohstoffmarkt sei hier namentlich vor allem die Deutsche Bank und auch die Allianz erwähnt, deren verwaltete Finanzprodukte bei einem Wert von circa 10,5 Milliarden liegen.

Um dem Problem der Intransparenz und Instabilität entgegenzuwirken haben im Jahr 2014 in Straßburg Vertreter der Mitgliedsstaaten der EU einen Beschluss verabschiedet der eine Regulierung des Finanzmarktes beschließt und die EU-Finanzmarktrichtlinie (Mifid) ändert. Der Handel soll Transparenter gemacht werden – so sollen Geschäfte auf undurchsichtigen Handelsplattformen nicht mehr möglich sein- und durch eine Obergrenze für Nahrungsmittelpreise vor allem sicherer. Eine Untergrenze ist dagegen nicht gewährleistet.

Der Handel mit Nahrungsmitteln und die daraus resultierende Preisvolatilität ist wohl einer der Gründe weswegen, obwohl global ausreichend Nahrungsmittel vorhanden und verfügbar wären, die Ernährungssicherheit von noch immer mehr als 700 Millionen Menschen weltweit nicht gewährleistet.

Ernährungssicherheit bedeutet nach Definition (World Food Summit), dass alle Menschen jederzeit sicheren Zugang haben zu einer nahrhafter Ernährung haben, um ein gesundes Leben zu führen. Ernährungssicherheit gründet sich auf drei Säulen.

Zum Einen muss Nahrung in ausreichender Menge gut verfügbar sein, zum anderen muss der Zugang zur Nahrung immer gewährleistet sein, auch durch Verfügbarkeit anderer Ressourcen und zu Letzt soll die Nahrung gut genutzt werden aufgrund von Wissen, sauberem Wasser und auch sanitation, die ja wiederum den Wasserhaushalt stark beeinflusst.

Dieses Recht auf Nahrung findet sich außerdem auch in der Charta der Menschenrechte im Artikel 25.1.

Dennoch ist der Handel mit Agrarrohstoffen auf dem Weltmarkt nur einer von vielen komplexen Faktoren in dem Kreis von Nahrungsmitteln.

Im Bezug auf den Weltagrarhandel seien hier die oft noch ungerechten Wettbewerbsbedingungen genannt. So werden stark subventionierte und dadurch billige Agrarrohstoffe in den globalen Süden exportiert und hemmen dort die Konkurrenzfähigkeit mit lokalen Produkten.

Andere Faktoren sind vor allem die lokale und regionale Nahrungsverfügbarkeit, der Zugang zu Trink- und Bewässerungswasser, fehlendes Know-How oder fehlende technische Voraussetzungen und Infrastruktur in einigen Regionen der Erde und nicht nachhaltige Ressourcen Nutzung bei global steigender Bevölkerungszahl und somit auch steigender Nachfrage an Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen.

Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelspekulationen in Indien

Aktuelle Situation

Indien ist derzeit von importierten Lebensmitteln stark abhängig. Mit einer Urbanisierungsrate von 30 Prozent und Prognosen die besagen, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre 68 Millionenstädte und 4 Metropolen aus dem Boden wachsen werden, wird diese Abhängigkeit vom globalen Nahrungsmittelhandel beziehungsweise importierten Nahrungsmitteln weiter steigen und die extremen Preisschwankungen immer stärker spürbar werden.

So sind die Lebenshaltungskosten in Indien konstant gestiegen, auch der Preis landwirtschaftlicher Produkte stieg in den letzten Jahren um ungefähr 73 Prozent (2008) bedingt durch Inflation, Wirtschaftswachstum, Versorgungsengpässe und globalen An und Abstieg von Lebensmittelpreisen.

Aufgrund von Bodendegradation und immer kleiner werdenden Böden sinken die landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Dieser Kreis der Abhängigkeit gefährdet das wirtschaftliche Wachstum und vergrößert zudem auch die Schere zwischen den armen und reicheren Menschen in Indiens Bevölkerung.

Schon jetzt ist in vielen Teilen Indiens Bevölkerung keine Ernährungssicherheit gewährleistet, es sterben bis zu 1,7 Millionen Kinder jährlich aufgrund von nicht verfügbarer oder nicht ausreichender Nahrung in Indien.

Reaktionen

Als Reaktion auf die oben genannten Umstände beharrte Indien 2013 bei einer Ministerkonferenz auf Bali auf eine gewährleistete Ernährungssicherheit. Dabei wurde eine „Friedensklausel“ verabschiedet die Indien und einigen anderen Ländern erlaubt, jährlich circa 20 Milliarden Dollar in ein Ernährungshilfe Programm zu investieren um Nahrung für die eigene Bevölkerung zu verbilligen und erschwinglich zu machen.

Der National Food Security Bill vom September 2013 ermöglicht bedürftigen Familien außerdem staatlich geförderte Nahrungsmittel zu erhalten.

Hierbei stellt sich die Frage ob diese Maßnahmen die Nahrungsmittelproduktion in Indien nachhaltig und langfristig in den betroffenen Regionen verbessern oder ob diese Maßnahmen nur eine kurzzeitige Hilfe darstellen.

Fazit

Um die Abhängigkeit vom globalen Weltmarkthandel bezüglich Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen zu vermindern, wäre es ein globaler Ansatz nicht nur im EU-Rahmen dem Handel um Agrarrohstoffe und Lebensmittel stärkere Ober- und Untergrenzen zu setzen, ihn transparenter und nachvollziehbar zu regulieren und somit viele mögliche fatale Folgen für Landwirte und Verbraucher zu verhindern.

Meiner Meinung nach liegt es auch in der Verantwortung vieler Regierungen vor allem im globalen Norden, über die eigenen Ländergrenzen hinaus zu blicken und die globalen Folgen von, wie bereits im ersten Punkt erwähnt, zum Beispiel Subventionen für Agrarstoffe der EU kritisch zu hinterfragen.

Bei diesem Thema ist wohl auch ein äußerst wichtiger Punkt eine konstante, gleichberechtigte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Ministerien betroffener Länder.

Lokal und regional betrachtet ist ein möglicher Ansatz, vor allem auch in Indien die Kleinbauernwirtschaft aktiv zu stärken und vor allem über nachhaltige, ressourcenschonende Bewirtschaftungskonzepte zu informieren. So können durch alternative Bewirtschaftungsformen vor allem in Zukunft Produkte regional erzeugt werden, die die Abhängigkeit von vielen importierten Lebensmitteln verringern und langfristig Ressourcen erhalten.

Es ist beispielsweise möglich Anbauland und auch Ressourcen dauerhafter zu sichern, wenn man zum Beispiel Regenwasser aufbereitet anstatt den Grundwasservorrat durch Bewässerungswirtschaft zu belasten.

An dem Ansatz die Landwirtschaft Indiens zu stärken und sie in eine nachhaltigere, schonendere Richtung zu leiten arbeiten bereits bilaterale Agrarministerien in verschiedenen Zusammenschlüssen („AGRAR“).

Des Weiteren ist auch die soziale Arbeit von enormer Bedeutung. Hier spielt die Rolle der Frau eine sehr wichtige Rolle. Frauen werden in vielen Kulturkreisen als die Schlüsselfiguren von Familie und auch Gesellschaft betrachtet- auch in der traditionellen Landwirtschaft übernimmt meist die Frau die Nahrungs- und Wasserversorgung einer Familie. Deswegen ist vor allem die Information und Arbeit mit Frauen ein wichtiger Schritt zu einem Wandel in der Praxis der Landwirtschaft, die wie sie derzeit in großen Teilen Indiens betrieben wird, für die Umwelt äußerst belastend ist.

All dies sind Ansätze um die enormen Preisschwankungen von Nahrungsmitteln aufgrund von Spekulationen auf dem Weltmarkt weniger spürbar zu machen für, vor allem ärmere Konsumenten und Produzenten dieser Produkte, die am Ende der langen Kette der Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe stehen und deren Überleben von diesen abhängig ist.

Literatur

Ki Moon, B., 2008-06-03, Welternährungsgipfel (Rom)

Wortherkunft Spekulation, <http://www.wissen.de/wortherkunft/spekulation>, 2015-05-29

Pachali, D., 2011, Nahrungsmittelspekulation-Geschäfte mit dem Hunger?. <http://reset.org/knowledge/nahrungsmittelspekulation>, 2015-04-13

Wiederschein, H., 2012, Interview mit dem Soziologen und Aktivisten Jean Ziegler. Biosprit ist „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. http://www.focus.de/wissen/klima/erneuerbare-energien/interview-mit-dem-soziologen-und-aktivisten-jean-ziegler-biosprit-produktion-ist-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit_aid_845750.html, 2015-05-29

Chesney, M., 2011, Derivative Finanzprodukte und ihre Systemrisiken, Neue Züricher Zeitung. <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/derivative-finanzprodukte-und-ihre-systemrisiken-1.11511897>, 2015-05-29

Neuhaus, C., 2014, Mit Essen spielt man nicht, Tagesspiegel. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/eu-reguliert-agrarspekulationen-mit-essen-spielt-man-nicht/9351790.html>, 2015-05-29

Reuters, 2014, EU setzt Finanzmarkt engere Grenzen. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/mifid-richtlinie-zur-boersenregulierung-eu-setzt-finanzmarkt-engere-grenzen-1.1863348>, 2015-04-13

State of Food Insecurity in the World, FAO, 2014. <http://www.fao.org/publications/sofi/2014/en/>, 2015-05-29

Food Security, 2015. <http://www.who.int/trade/glossary/story028/en/>, 2015-04-13

Menschenrechtserklärung, 2015, <http://www.menschenrechtserklaerung.de/>, 2015-04-13

Ernährungssicherung, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/links/fachleute/index.html, 2015-05-29

GIZ-Länderwissen Indien, 2011, Forum Umwelt und Entwicklung- Stellungnahme zum Sektorkonzept Wasser des BMZ

GIZ-Länderwissen Indien, 2011, Forum Umwelt und Entwicklung- Stellungnahme zum Sektorkonzept Wasser des BMZ

Kumara, K., 2008, Indien: Steigende Lebensmittelpreise bringen soziales Elend, <https://www.wsws.org/de/articles/2008/04/indi-m19.html>, 2015-04-13

Blume, G., 2011, Indiens sterbende Kinder, Zeit online, <http://www.zeit.de/2011/16/Indien-Arme>

Abbildungen:

Abb.10: FAO Food Price Index, 2015, Food and Agriculture Organisation, <http://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/>, 2015-05-29

7.2 Phosphor und Kompost aus Toiletten – Traum oder Hoffnung? (Slav Dimov)

Bedeutung von Phosphor hinsichtlich steigender Weltbevölkerung

Der EU Forschungsbericht zur Phosphorsituation (Schröder, Cordell, Smit, & Rosemarin, 2009) demonstriert die Abhängigkeit der EU-Lebensmittelsystem von Phosphorimporte und damit von zukünftiger Phosphorknappheit. Aus der Perspektive einem nachhaltigen Ressourcenmanagement muss sichergestellt werden, dass die Landwirte weltweit sicheren Zugang zu Phosphor haben, damit die Ernährung der steigenden Weltbevölkerung gewährleistet werden kann. Dabei sind die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft zu minimieren.

Phosphor ist ein Mineralstoff, ein Nichtmetall, der von allen Lebewesen benötigt wird und über die Nahrung aufgenommen wird. Menschen und Tiere brauchen ihn für den Knochenbau, als Baumaterial für die DNA oder als Baumaterial für ATP – die Energiewährung des Körpers. Pflanzen benötigen Phosphor um zu wachsen, daher wird er in der Landwirtschaft als Dünger eingesetzt.

Die Phosphorknappheit in der Landwirtschaft führt zu knapperen Ernten und teuren Lebensmittelpreisen. Phosphor lässt sich synthetisch nicht herstellen, da es ein Element ist und kann in Düngemittel nicht durch andere Stoffe ersetzt werden. Im Gegensatz zu Erdöl, das durch erneuerbare Energiequellen zum großen Teil ersetzt werden kann, ist Phosphor eine nicht erneuerbare Ressource und qualitativ hochwertige Reserven werden immer knapper. Es wird eine lebhaftige Debatte nach der Lebensdauer dieser Reserven geführt. Die Schätzungen variieren von einigen Jahrzehnten bis einigen Jahrhunderten (Schröder, Cordell, Smit, & Rosemarin, 2009). Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der ‚Peak Phosphor‘ – der Zeitpunkt der maximalen globalen Phosphorproduktion schon in diesem Jahrhundert erreicht wird. Andren Studien zufolge werden 50 % der weltweiten kostendeckenden Phosphorreserven in 60-70 Jahren verbraucht (Molinos-Senante, Hernandez-Sancho, Sala-Garrido, & Garrido-Baserba, 2010).

Phosphormangel und Phosphorüberfluss

Phosphor wird als Phosphaterz abgebaut. Die größten Vorkommen befinden sich in Marokko, China, den USA, Südafrika und Jordanien. Diese Länder kontrollieren gemeinsam 85% der weltweiten Reserven. Die ungleichmäßige geologische Verteilung der Ressource treibt phosphorimportierenden Ländern in der Abhängigkeit von geopolitischen Spannungen und volatilen Rohstoffpreisen, wie der Anstieg der Phosphaterzpreis um 800% in 2008 (Sanitation Technology Options, 2002).

90% der Rohphosphate werden bei der Produktion von Düngemittel verwendet. Der Preis des Rohstoffs wird von Faktoren wie Ausfuhrzölle, Transportkosten (Ölpreis), Spekulationen am Rohstoffmarkt sowie allgemeine Wirtschaftslage bestimmt (Lange, 2009). Angesichts steigender Weltbevölkerung, wird die Nachfrage an Phosphor weiter zunehmen. Gleichzeitig wird die P-Gewinnung aufwändiger und teurer, was zu steigenden Lebensmittelpreisen führt. Die Nachfrage nach Phosphor wird durch den zunehmenden Konsum an Fleisch- und Milcherzeugnissen in den Entwicklungsländern weiter angekurbelt.

In den letzten Jahren sinkt oder stagniert der Phosphatbedarf in den Industriestaaten. Grund dafür ist die bedarfsgerechte Düngung sowie die erheblichen Phosphatgehalte durch Überdüngung der Ackerflächen. Im Gegensatz dazu steigt der P-Bedarf in Schwellen- und Entwicklungsländer beständig (Montag, 2008). Dem GTZ-Abschlussbericht zufolge (Lange, 2009), zeichnen sich Deutschland und Japan trotz 95%-er Rückgang des Phosphoreinfuhrs durch positive Phosphorbilanz aus. Grund dafür sind u.a. Futtermitteln- und Nahrungsmittelimporte. In vielen Entwicklungsländern sind dagegen die Böden aus Kostengründen mit Nährstoffen unterversorgt.

Einerseits ist die Rede von einer Verknappung des Rohstoffs, andererseits spricht man von einer 'Phosphat-Krise'. Durch nichtgeschlossene Kreisläufe gelangt P im Grundwasser, Flüsse, Seen und Meeren und führt zu Überdüngung. Eine Überschreitung des günstigsten Nahrungsangebots führt zu unerwünschtem und nutzlosem Wachstum von Pflanzen und Algen. Der Fachbegriff dafür lautet anthropogene Eutrophierung. Steigt die Menge des organischen Materials im Wasser, steigt auch der mikrobiellen Abbau der organischen Substanzen, was wiederum zu einem erhöhten Sauerstoffverbrauch führt. Sobald die O₂-Konzentration im Wasser unter 1 mg/L sinkt, erfolgt die weitere Phosphatfreisetzung aus dem Sediment, was einer Verstärkung der Eutrophierung mit sich bringt (Schwoerbel, 1999). Die verschlächterten Bedingungen führen zum Aussterben von höheren Organismen wie Fischen. Weltweit sind über 400 'Dead Zones' identifiziert, u.A. die Küstenregionen des Mississippi-Deltas und Bereiche der Ostsee (Lange, 2009).

Phosphor-Rückgewinnungsmöglichkeiten

Das Geraten von Ökosystemen in Ungleichgewicht und die Bedeutung von Phosphor für die Weltbevölkerungsernährung verlangen einen effizienteren und nachhaltigen Umgang mit der Ressource. Außerdem dauert der natürliche Phosphorkreislauf der Erde, bei dem die im Wasser gelösten Phosphate sich zu phosphorhaltigen Gesteinen ablagern, Millionen Jahren.

Jährlich werden 18 Millionen Tonnen Phosphor durch menschliche Tätigkeit im Umlauf gebracht. 8 Millionen davon landen durch Erosion in Flüssen, Seen und Meeren und 1,5 Millionen erreichen über menschliche Fäkalien in die Gewässer.

Zum Schutz der Gewässer vor Eutrophierung und zum Erhalt der knappen Ressource kann der Phosphor gezielt bei der Abwasserreinigung entfernt werden und gelangt auf diese Weise in dem Klärschlamm. Der Klärschlamm wird in manchen Ländern und wurde auch in Deutschland direkt als Dünger angewendet. Neben wertgebende Nährstoffe wie N oder P, enthält der Klärschlamm auch Schadstoffe und Schwermetalle, die eine umweltschädigende Wirkung vorweisen. Dies stellt die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung in Frage. Daraus resultiert die Fragestellung, auf welche Art und Weise sich Phosphate direkt aus dem Abwasser oder aus dem Klärschlamm rückgewinnen lässt. Es existieren Technologien zur P-Rückgewinnung. Beispiel dafür ist die Kristallisation der gelösten Phosphate hinsichtlich einer späteren Verwertung unter Verwendung von Magnesium-Verbindungen. Liegt außer Phosphat auch Ammonium in der flüssigen Phase vor, kann durch die Zugabe von MgO die Kristallisation von Magnesiumammoniumphosphat (MAP), mineralogisch als Struvit bezeichnet, erfolgen (Montag, 2008).

MAP kann als langsam wirkende Dünger verwendet werden und liefert wertvolle Nährstoffe für die Pflanzen ohne deren Wurzel zu beschädigen. Dazu ist Struvit nicht wasserlöslich, womit die Infiltration in Grundwasser und die Eutrophierungsproblematik vermieden werden. Demzufolge ist die P-Rückgewinnung in Form von Struvit grundlegend für das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung (Molinos-Senante, Hernandez-Sancho, Sala-Garrido, & Garrido-Baserba, 2010).

In Ländern wie z.B. Japan und Deutschland wird zunehmend die Klärschlammverbrennung zur Phosphorrückgewinnung praktiziert. Dabei werden Nährstoffe schadstoffarm durch thermische Abtrennung aus den Aschen der Klärschlamm zurückgewonnen (Lange, 2009).

Wenn das Abfallwasser aus einem Haushalt in Schwarzwasser und Grauwasser unterteilt wird, behauptet man, dass 90 % des Phosphors aus Schwarzwasser entströmt (eine Mischung aus Ausscheidungen, Urin und Spülwasser). Um die Rückgewinnung zu optimieren fordert man das Ableiten des Schwarzwassers vom Grauwasser (Alp, Yazgan, Söhmen, Gulyas, & Otterpohl, 2012). Der GTZ-Abschlussbericht (Lange, 2009) stellt als Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit die Prüfung nach Möglichkeiten in den Ballungszentren kommunale und industrielle Abwässer getrennt abzuleiten, sodass eine Rückführung von Nährstoffen in den Böden schadstoffarm erfolgen kann.

Alternative zu jeder Rückgewinnungstechnologie ist der sparsame Umgang mit Ressourcen aller Art. Darunter zählen Maßnahmen wie beschränkter Fleischkonsum und Tierfüttereinfuhr in den Industrieländern oder Beratung der Landwirte hinsichtlich des Erreichens einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz auf den Feldern (Lange, 2009).

Andere Länder andere Sitten

In Deutschland werden Phosphate seit über 10 Jahren in den Kläranlagen abgetrennt. In wirtschaftlich schwächeren Ländern fehlen die geeigneten zentralisierten Kläranlagen, Fachpersonal und Investitionen. Die Ressourcenmanagementproblematik erfordert lokale Lösungskonzepte. Weltweit leben über 2,7 Milliarden Menschen ohne angemessene Sanitäreinrichtungen. Die fehlende Abwasserentsorgung ist besonders gravierend in den

s.g. Slums angesichts eines hohen Bevölkerungswachstums zunehmende Urbanisierung und Vergrößerung der Slums. Die UN schätzt, dass etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in Slums wohnt. Es werden Schätzungen zu Folge 2,3 Billionen USD benötigt, um in den nächsten 20 Jahren weltweit funktionierende städtische Wasser- und Abwassersysteme zu errichten (Meinzinger & Otterpohl, 2007).

Die bestehenden Technologien zur P-Rückgewinnung sind nicht ohne weiteres in den Entwicklungsländer flächendeckend einzusetzen. Einen wichtigen Beitrag zur Wiederverwendung von Phosphate aus Abwasser könnten die dezentralen Abwassertechnologien leisten.

Eine mögliche Lösung bieten die s.g. urinseparierenden Toiletten. Über 80% des Stickstoffs und mehr als 50 % des Phosphors und Kaliums im Abwasser erden über den Urin usgeschieden. Dabei handelt es sich um Toiletten, die sowohl einen Ablauf für Urin als auch eine Öffnung für Fäkalien haben, so dass eine Vermischung und damit Kontamination des Urins mit pathogenen Keimen vermieden wird (Meinzinger & Otterpohl, 2007).

Steigende Düngerpreise auf dem Weltmarkt lassen die Bedeutung von organischem Dünger immer größer werden. Die im Abwasser einer Person enthaltenen Nährstoffe reichen theoretisch aus, um den jährlichen Dünger von 200 m² bis 400m² bereitzustellen (Meinzinger & Otterpohl, 2007).

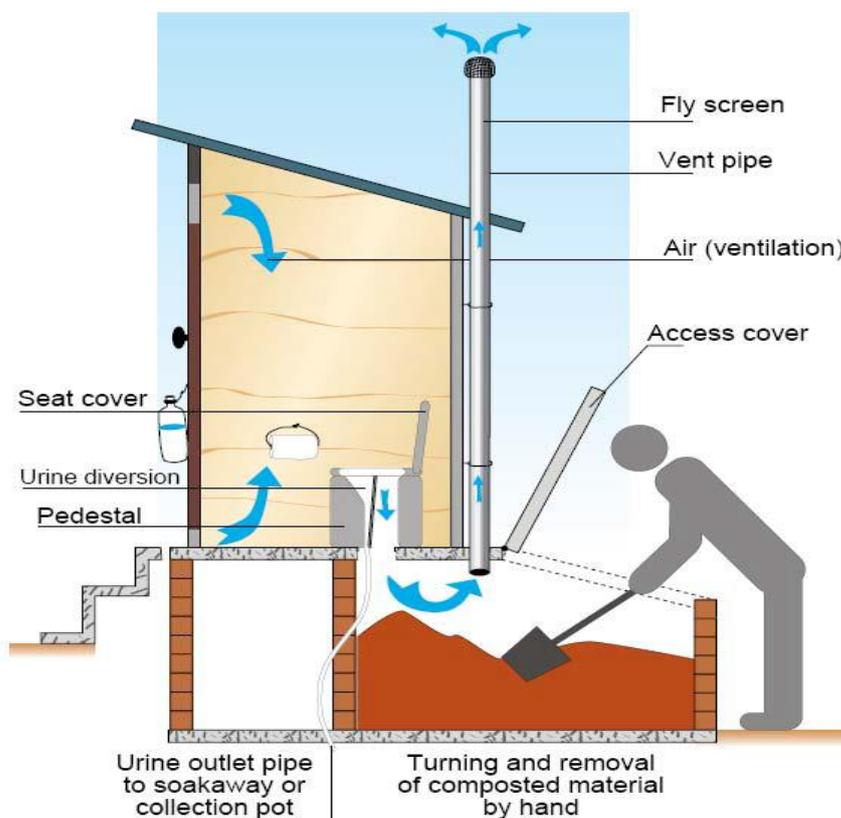


Abb. 11: Schema einer Urinseparationstoilette
(Department of Water Affairs and Forestry 2002: 5)

Eine alternative Lösung sind die Komposttoiletten. Diese bieten die Möglichkeit in jeder Wohnung, auch in der Stadt, durch die Zugabe der richtigen Milchsäure-Bakterienmischung, Exkremamente geruchsfrei und hygienisch einzusammeln. Problematisch dabei ist der Transport ins Umland, da in der Städtenormalerweise wenig Platz für Kompostierung ist. In Länder ohne funktionierende Abwassersysteme und Spültoiletten, können diese Art von Toiletten nicht nur zu einem geschlossenen Phosphorkreislauf beitragen, sondern auch lebensrettend wirken.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Phosphorrückgewinnungsprozesses

Grundsätzlich gibt es keine finanziellen Anreize für die Implementierung von Rückgewinnungstechnologien, vor allem weil Phosphaterz günstiger als die Rückgewinnung aus Abwasser ist. Die ökologischen Aspekte und die Knappheit der Ressourcen berücksichtigend, gewinnt die Rückgewinnung von Phosphor aus Abwasser immer stärker an Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Die Quantifizierung der positiven Externalitäten wird von (Molinos-Senante, Hernandez-Sancho, Sala-Garrido, & Garrido-Baserba, 2010) untersucht.

Maßnahmen zur nachhaltigen Ressourcennutzung

Maßnahmen zum optimierten Phosphornutzung sind in der EU Forschungsbericht zur Phosphorsituation (Schröder, Cordell, Smit, & Rosemarin, 2009) angegeben und ausführlich dargelegt. Ein nachhaltiger Umgang mit der knappen Ressource beinhaltet Effizienz beim Verbrauch und Wiederverwendung, damit Phosphorverluste verringert werden, negative Auswirkungen auf den Umwelt minimiert werden und Landwirten weltweit den Zugang zu Phosphor als Düngemittel sichergestellt werden. Eine Verbesserte Effizienz würde in der kurzen Frist mehr Spielraum verschaffen bis grundlegende Maßnahmen bezüglich der nachhaltigen Nutzung von Phosphor implementiert werden können, bis letztendlich nur Effizienz nah an 100% die Nachhaltigkeit gewährleisten wird. Effizienz kann durch Verlusteminimierung beim Abbau, Produktion von Dünger und Einsatz in der Landwirtschaft gesteigert werden, aber auch durch den verbesserten Umgang mit phosphorhaltigen Abfällen in der weiterverarbeitenden Industrie, in den Haushalten und in den spezialisierten Abfallaufbereitungseinrichtungen.

Der EU Forschungsbericht zur Phosphorsituation (Schröder, Cordell, Smit, & Rosemarin, 2009) identifiziert kurz- und langfristigen Richtlinien zur verbesserten Effizienz der Phosphornutzung in der Landwirtschaft. Der Bericht akzentiert darauf, dass sich die Richtlinien nicht isoliert nur auf die Landwirtschaft beziehen müssen, sondern Grundstoffindustrie, weiterverarbeitende Industrie und Konsum eingebunden adressiert werden müssen. Eine hundert prozentige Wiederverwendung der Ressource wird in absehbarer Zukunft eine notwendige Bedingung für die Lebensmittelsicherung nicht nur in der EU sondern weltweit sein. Die Dringlichkeit von Richtlinien und Maßnahmen wird durch die abbaufähigen geopolitisch und rechtlich zugänglichen Phosphaterzreserven, die Vermeidung von Anhäufung und Verlusten, die Anzahl der Weltbevölkerung und ihre Präferenzen bezüglich Lebensmittel, Tierfutter, Faser und Brennstoffe und ihre Wertschätzung bezüglich der Biodiversität. All dies erfordert drastische Anpassungen im Landwirtschaftsmanagement und in unserer Gesellschaft insgesamt. Der Bericht benennt folgende Empfehlungen:

- Gründung einer repräsentativen und globalen Plattform, die alle relevante Akteure am Phosphormarkt vertritt, um ein effizientes Ressourcenmanagement angesichts ungleichmäßiger zeitlicher und räumlicher Verteilung vom Angebot und Nachfrage zu ermöglichen;
- Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit bezüglich der Knappheit von Phosphat-erz und Vorstellen von Richtlinien und Maßnahmen zum Ausweg aus dem Problem;
- Förderung unabhängiger Bewertungen vom langfristigen Angebot und Nachfrage an Phosphor mit Berücksichtigung von zugänglichen Technologien, Bevölkerungsgröße und alternative Konsummuster, um Lösungen zu identifizieren und diese an lokalen Bedingungen und Voraussetzungen anzupassen;
- Verhinderung der Nutzung von Phosphor für Zwecke anders als die Lebensmittelsicherung;
- Internalisierung von negativen Externalitäten verbunden mit der Nutzung von Phosphor in den Rohstoffpreis;
- Entwicklung wirtschaftlicher Anreize und regulatorischer Maßnahmen gerichtet auf die Reduktion von Phosphorverluste pro Flächeneinheit oder pro Produktionseinheit und Förderung des optimierten Wiederverbrauchs von aus Abfällen zurückgewonnenen Phosphor;
- Anregen von Forschungsbetrieb zur Feststellung wie Produktion, Verarbeitung und Konsum von Lebensmitteln zur integrierten Strategie verbessert werden können, um die Wiederverwendung von Phosphor bei optimierten Energieverbrauch zu maximieren;
- Entwicklung von EU-Richtlinien bezüglich Phosphor in Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherung.

Fazit

Sobald keine Anreize für die Entwicklungsländer bestehen, kann auch nicht erwartet werden, dass diese freiwillig nennenswerten Investitionen mit dem Ziel der Phosphorückgewinnung betätigen, zumal diese in der kurzen Frist das Wirtschaftswachstum hemmen. Auf internationaler Ebene Kritik und Druck diesbezüglich auszuüben wäre aus moralischer Sicht hinterfragbar. Verschiedene Technologien für die Rückgewinnung von Phosphor aus Toiletten sind zugänglich, aber aus wirtschaftlicher Sicht nicht realisierbar, sodass die Gewährleistung nachhaltiger Phosphornutzung zurzeit eher ein Traum verbleibt. Die Unterstützung von Industrieländer bei der Bereitstellung von dezentralen Abwasseraufbereitungssystemen und Komposttoiletten für die ärmsten Bevölkerungsschichten ist als wichtiger Punkt in der Agenda der politischen Entscheidungsträger im Rahmen der internationalen Entwicklungshilfe anzusehen.

Abildung

Department of Water Affairs and Forestry (2002). Sanitation for a healthy nation - Sanitation Technology Options. Link: <http://www.susana.org/en/resources/library/details/931>

8 Washington Consensus / Liberalismus - Rolle von CSR-Abgaben und des Privatsektors für Sanitation in Städten? (Claudius Decker)

Der Washington Consensus

Der Begriff Washington Consensus erfuhr in den letzten Jahren eine starke Pejorisation und wird heute oftmals gleichbedeutend zu Marktfundamentalismus gebraucht. Eine Bezeichnung, die der ursprünglichen Intention des Begriffs nicht gerecht wird, so dass der Wirtschaftswissenschaftler John Williamson, welcher den Begriff auf einer Konferenz 1990 geprägt hat, sich genötigt sah, sich von der neoliberalen Lesart der Bezeichnung zu distanzieren:

„I of course never intended my term to imply policies like capital account liberalization (as stated above, I quite consciously excluded that), monetarism, supply-side economics, or a minimal state (getting the state out of welfare provision and income redistribution), which I think of as the quintessentially neoliberal ideas.“ (Williamson 2009)

Ursprünglich wurde der Terminus „Washington Consensus“, im Rahmen der Diskussion um Hilfen für die südamerikanischen Staaten während der schweren Schuldenkrise in den 80er Jahren geprägt. Gemeint war damit ein Bündel von Maßnahmen, welche in den krisengeschüttelten Staaten für Stabilität sorgen, und langfristig wirtschaftliches Wachstum generieren sollten.

Inhaltlich umfassen die Maßnahmen des Washington Consensus eine strenge Fiskalpolitik, eine Bestimmung des Wechselkurses durch den freien Markt, eine Liberalisierung der Handelspolitik, eine Deregulierung und Entbürokratisierung und eine Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen.

Durch eine strenge Fiskalpolitik senkt der Staat seine Ausgaben und reduziert damit den Nachfrageüberhang und wirkt auf diese Weise der Inflation entgegen.

Die Bestimmung des Wechselkurses wird den Gesetzen des freien Markts überlassen. Hiermit und durch die Liberalisierung der Handelspolitik soll der Außenhandel gestärkt werden.

Durch Deregulierung und Entbürokratisierung soll der freie Wettbewerb gestärkt und die Bevölkerung ermutigt werden, sich als Unternehmer zu versuchen.

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen sollte zu einer effizienteren Organisation und Ressourcenverwendung führen.

Zusammenfassend gesagt, sollte sich der Staat finanziell und auch als Autorität zurückzunehmen und der freie Markt in weiten Teilen dessen Rolle übernehmen. Diese Quintessenz des Washington Consensus führt zu der Frage, der ich in dieser Arbeit nachgehen werde: Inwieweit können Unternehmen und der private Sektor bei der sanitären Versorgung der indischen Städte die Rolle des Staates übernehmen?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es hilfreich, zu prüfen, inwieweit sich die Theorie des Washington Consensus bisher bewährt hat und die bisherige Kritik an diesem Begriff zu untersuchen.

Bereits in den 90er Jahren widerlegten zwei Krisen die Allgemeingültigkeit des Washington Consensus. Bei der sogenannten Tequila-Krise in Mexiko und der Asienkrise waren Staaten betroffen, die gute ökonomische Daten aufzeigten und laut den Kriterien des Washington Consensus wirtschaftlich stabil sein sollten.

Generell führen die jüngeren Entwicklungen vieler Länder den Begriff ad absurdum. Während sich einige Länder, wie beispielsweise Indien und China, wirtschaftlich positiv entwickeln, obwohl sie sich nicht an diese Empfehlung halten, finden sich in Afrika und Lateinamerika genug Beispiele für Länder, die den Richtlinien folgen und sich dennoch schlecht entwickeln.

Der Wirtschaftswissenschaftler Stiglitz stellt fest, dass der Washington Consensus von vollständigem Wettbewerb und vollständigen Informationen ausgeht, ein Konzept, das für Entwicklungsländer nicht realistisch ist. (Stiglitz 2006: S. 51)

Ein weiterer Kritikpunkt, auf den Stiglitz aufmerksam macht, ist, dass der Rückzug des Staates von einer Dienstleistung nicht zwangsläufig dazu führt, dass der private Sektor diese Leistung übernimmt und selbst wenn, so gibt es keine Garantie dafür, dass die Preise nach den Gesetzen des Marktes gebildet werden. Beispielsweise hat in Westafrika die Aufgabe von Vertriebskommissionen für landwirtschaftliche Produkte dazu geführt, dass wohlhabendere Bauern, ein örtliches Monopol errichten konnten. In Folge dessen verschlechterte sich die Situation der übrigen Bauern.

Des Weiteren geht der Washington Consensus davon aus, dass, die durch Privatisierungen entstehenden, Märkte allen Anbietern gleichermaßen offenstehen. Dass dies nicht immer der Fall ist, sieht man an Russland, wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die Privatisierungspolitik zur Entstehung von Oligopolen anstatt zur freien Marktwirtschaft führte.

Eine weitere Fehlannahme des Washington Consensus ist, dass das wirtschaftliche Wachstum automatisch allen Bevölkerungsschichten zugutekommt.

Ganz im Gegenteil führt Wachstum oftmals sogar zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit.

Es zeigt sich, dass der Washington Consensus eher als eine Art Modell gesehen werden kann, welches zeigt, wie eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik für bestimmte Staaten aussehen könnte. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um einen allgemeingültigen Wirtschaftsplan, der für jeden Staat zu jeder Zeit geeignet ist.

Da jedes Land in seiner Kultur, seiner geographischen und politischen Lage einzigartig ist, muss es auch in der Wirtschaft seinen eigenen Weg finden.

Sanitation – Herausforderungen in den Städten

Die Versorgung der Menschen mit Toiletten ist eine der großen Herausforderungen, denen sich Indien derzeit stellen muss.

Zu den Folgen der mangelnden Sanitären Versorgung gehören Durchfall und zahlreiche weitere, durch Wasser übertragbare, Krankheiten sowie Entwicklungsstörungen und vermindertes Wachstum von Kindern. Durch medizinische Behandlungskosten und ausgefallene Arbeitsstunden wegen mangelnder Sanitärversorgung entsteht jährlich ein Schaden in zweistelliger Milliardenhöhe.

Während in den ländlichen Gegenden Indiens zwei Drittel der Bewohner keinen Zugang zu Toiletten haben, sind es in den Städten nur 13 Prozent. Die Lage in den Städten scheint jedoch nur vordergründig besser.

Lediglich zehn Prozent der Städte verfügen über eine Kanalisation, an die dann aber auch zumeist nur Teile der Stadt angeschlossen sind. Des Weiteren sind die verfügbaren Kläranlagen oft schlecht gewartet. Das Personal verfügt häufig über keine geeignete oder nur über eine unzureichende Ausbildung, um die Kläranlage zu warten und zu bedienen. Folgen der nicht fachgerechten Bedienung und Wartung der vorhandenen sanitären Infrastruktur sind: ineffiziente Nutzung der Anlagen, Korrosion und Versandung. Nicht selten

gelangen ungeklärte Abwässer ins Grundwasser oder werden direkt in die Oberflächen-gewässer geleitet und verschmutzen so das Trinkwasser.

Die Abwässer, der nicht angeschlossenen Haushalte, werden oftmals am Stadtrand, nahe den Slums, entsorgt und sorgen dort für Krankheiten, die sich in den dicht besiedelten Arealen der Städte rasend schnell ausbreiten können.

Laut Riesbeck (Riesbeck 2013) gelangen 73 % der gesamten Abwässer der tausend Städte, mit mehr als einer halben Millionen Einwohnern, ungereinigt in den Wasserkreislauf. Mit fehlender sanitäre Versorgung ist nicht nur die Abwasserentsorgung gemeint, sondern auch die Trinkwasserversorgung. Auch hier stehen die indische Regierung und NGO's in den nächsten Jahren vor riesigen Herausforderungen. Große Bevölkerungsanteile indischer Städte haben keinen Zugriff auf sauberes Trinkwasser, sodass sie auf das kontaminierte Oberflächenwasser zurückgreifen müssen.

Die sanitären Probleme indischer Städte werden dadurch verschärft, dass Millionen von Menschen dazu gezwungen sind, in illegalen Slums ohne sanitäre Einrichtungen an den Stadträndern zu leben. Susan Chaplin sieht den ungerechten Zugang zu sanitären Anlagen und die starke Ausbreitung der Slums, als Scheitern der indischen Regierung, das rasante Wachstum der Städte zu organisieren und macht dafür die koloniale Vergangenheit Indiens verantwortlich (Chaplin 2011).

Als weiteren Grund für die schlechte sanitäre Lage, vor allem der ärmeren Schichten der Stadtbewohner, sieht sie die mangelnde Fähigkeit der Armen, politischen Druck auf die Regierung auszuüben. Aus diesen Gründen, habe die indische Regierung, laut Chaplin, Sanitärpolitik lange Zeit eher als Mittel zur Krisenprävention, denn als langfristiges Investment in die Zukunft indischer Städte, gesehen.

Wo auch immer die Ursachen der mangelnden sanitären Versorgung liegen mögen, Fakt ist, dass sich die heute vorhandenen Probleme mit der wachsenden Bevölkerung in den nächsten Jahren verschärfen werden. Auf das rasante Wachstum gerade der Städte wurde in den letzten Jahren nicht in geeigneter Weise reagiert. Laut der GIZ, der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, ist die Zahl der Städte mit mehr als 5000 Einwohnern in den letzten zehn Jahren, um mehr als 50 Prozent, auf etwa 8000, angewachsen (GIZ 2014). Während derzeit bereits 31 Prozent der indischen Bevölkerung in Städten leben, sollen es im Jahr 2030 mehr als die Hälfte der Bevölkerung sein. Die städtische Versorgung mit sanitären Anlagen ist also nicht nur eine Herausforderung der Vergangenheit und der Gegenwart, sondern auch der Zukunft.

Corporate Social Responsibility

Für den Begriff Corporate Social Responsibility oder kurz CSR gibt es keine allgemein anerkannte Definition. Zumeist wird es sinngemäß als gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen definiert. Die EU bleibt sehr allgemein, wenn sie im Grünbuch der Europäischen Kommission folgende Definition gibt:

„Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“ (Europäische Kommission 2001: 366)

Auch wenn fast alle Definitionen ein karitatives gesellschaftliches Engagement der Unternehmen gemein haben, so ist den Unternehmen doch ein großer Spielraum für die Interpretation des Begriffs überlassen worden. Während viele Unternehmen wertvolle karitative Hilfe leisten, sehen andere Unternehmen beispielsweise ihre gesellschaftliche Verantwortung bereits mit dem Bau einer Kantine als erfüllt an.

Indien hat den Vorteil, dass der Gedanke der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen bereits auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblicken kann und sich so unabhängig vom modernen Begriff "CSR" eine Vorstellung von den Pflichten der Unternehmen herausbilden konnte.

Die Rolle von CSR-Abgaben und des Privatsektors

In Anbetracht dieser Herausforderungen ist es nur Folgerichtig, dass der indische Ministerpräsident Narendra Modi 2014 in seiner ersten Rede zum indischen Unabhängigkeitstag die Versorgung Indiens mit sanitären Anlagen zu einem seiner politischen Ziele erklärte (Nelson 2014).

Schon 2008 hatte die Vorgängerregierung, genauer das Ministerium für Stadtentwicklung den "Nationalen Plan für Stadthygiene" beschlossen. Mittlerweile sind die indischen Staatsregierungen rechtlich dazu verpflichtet, Strategieplanungen für die Stadthygiene zu erarbeiten, die in Form von städtischen Sanitärplanungen auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Um in den Städten funktionierende Abwassersysteme aufzubauen und die dafür notwendige Finanzierung sowie die notwendige Manpower zur Wartung und Bedienung der Sanitäreinrichtungen aufzustellen, sind die Städte auf eine Zusammenarbeit mit den Unternehmen angewiesen.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung wurde mit dem Companies Act getan. Laut diesem Gesetz müssen Unternehmen mit einem Nettovermögen von 5 Milliarden Rupien oder einem Umsatz von mindestens 10 Milliarden Rupien mindestens 2 Prozent ihrer Profite für CSR-Maßnahmen ausgeben. Dies betrifft mehr als 6,000 indische Unternehmen.

Auch wenn der Companies Act die Qualität und die Quantität von CSR-Maßnahmen verbessern wird, so ist der Gedanke von sozialer Verantwortung der Unternehmen nicht neu, sondern kann in Indien auf eine bereits jahrhundertealte Tradition zurückblicken.

So verwundert es kaum, dass die Leistungen von Unternehmen im sanitären Bereich beachtlich sind. Und dies, obwohl diese Problematik bisher nicht im Fokus der CSR-Maßnahmen stand. So hat beispielsweise das Unternehmen Hindustan Zinc zwischen 2011 und 2013 mehr als 2500 Toiletten bauen lassen. 2014 nach Erlass des Companies Act ließ das Unternehmen allein in Rajasthan mehr als 30.000 Toiletten errichten (Ninan 2014).

Ein weiteres Unternehmen, das sich ebenfalls bereits vor dem Erlass des neuen Gesetzes für die sanitäre Versorgung der indischen Bevölkerung eingesetzt hat, ist Gail. Zwischen 2011 und 2012 ließ das Unternehmen 16 Toiletten errichten. 2014 versprach Gail sogar im Rahmen des "Swachh Bharat, Swachh Vidyalaya" -Programms, einer Kampagne der Regierung, mehr als 1000 Schultoiletten zu bauen (Gail 2014).

Auch wenn diese Zahlen auf den ersten Blick beeindruckend wirken, stellt sich die Frage, ob die private Wirtschaft die sanitäre Versorgung der rasant wachsenden indischen Städte leisten kann.

Um diese Aufgabe nachhaltig zu bewältigen, reicht es nicht aus Toiletten lediglich zu errichten. Die gesamte sanitäre Infrastruktur muss erneuert, verbessert, ausgebaut oder wo nicht vorhanden, erst errichtet werden.

Hierzu gehören der Anschluss ganzer Stadtteile an die Kanalisation, der Bau von Abwassertanks und die Errichtung ausreichend großer Kläranlagen. Langfristig müssen diese Anlagen von entsprechend geschultem und fachkundigem Personal betrieben und gewartet und wegen dem zu erwartenden Städtewachstum vergrößert werden. Hierfür muss also zuerst geeignetes Personal eingestellt und geschult werden, um dem anhaltenden Wachstum und den damit benötigten immer größeren werdenden Anlagen gerecht zu werden.

Ob dies von einzelnen Unternehmen oder auch einem Zusammenschluss mehrerer Unternehmen langfristig finanziell und organisatorisch bewältigt werden kann, ist fraglich. Ein Hemmnis ist auch, dass Unternehmen ihre CSR-Tätigkeiten gern auf mehrere Bereiche aufteilen, anstatt sich über Jahre hinweg ihr gesamtes CSR-Budget auf nur ein karitatives Tätigkeitsfeld zu konzentrieren.

Auch wenn der private Sektor nicht in der Lage ist, die sanitäre Frage Indiens im Alleingang zu lösen, so geben sie doch für die Stadtregierungen einen unverzichtbaren Partner bei diesem Unterfangen ab. So können die Unternehmen nicht nur mit beachtlichen finanziellen Mitteln, sondern auch mit Know-How und Einfluss helfen. Durch ihre Bekanntheit und Autorität können sie weite Teile der indischen Bevölkerung erreichen und somit als Multiplikator aber auch als Vorbild dienen.

Die sanitäre Versorgung der Städte ist nicht mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur abgeschlossen. Es bedarf auch einer Verhaltensänderung der Menschen. Sie müssen über die Gefahren der öffentlichen Defäkation und der Wichtigkeit des Händewaschens aufgeklärt werden. Für die sanitäre Infrastruktur muss bei der Bevölkerung ein gemeinsames Verantwortungsgefühl geweckt werden,

Auch wenn die Unternehmen nicht alleine die Sanitäre Versorgung der indischen Städte tragen können, so leisten sie bereits jetzt einen wichtigen Beitrag. Und auch die indische Regierung hat bereits erste Schritte getan, um den Blick der Unternehmen auf die sanitäre Notlage Indiens zu richten und mit Kampagnen wie beispielsweise dem „Swachh Bharat“-Programm hat die Regierung den oftmals unkoordinierten Einzelbemühungen der Unternehmen einen gemeinsamen Rahmen gegeben.

Literatur

Chaplin, S., 2011. Indian Cities, Sanitation and the State: The Politics of the Failure to Provide”, Environment and Urbanization. 23 (1), 57–70.

Europäische Kommission. 2001. Grünbuch Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2001:0366:FIN> 01.05.2015

GIZ, 2014. Städtische Sanitärversorgung <https://www.giz.de/de/weltweit/29488.html> 29.05.2015.

Riesbeck, S., 2014. Wasserwirtschaft in Indien. <http://www.nonwatersanitation.org/wasserwirtschaft-in-indien/> 29.05.2015

Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Bonn 2002.

Williamson, J., 2009. A Conversation With John Williamson, Economist. The Washington Post 12. April. http://www.washingtonpost.com/wp_dyn/content/article/2009/04/09/AR2009040903241.html 29.05.2015

Nelson, D., 2014. <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/india/11036189/Im-ashamed-of-rape-and-poor-sanitation-in-India-says-Narendra-Modi.html> 29.05.2015

Ninan, S., 2014. [/www.thehindu.com/news/national/other-states/hindustan-zinc-to-build-30000-toilets-in-rural-rajasthan/article6136704.ece](http://www.thehindu.com/news/national/other-states/hindustan-zinc-to-build-30000-toilets-in-rural-rajasthan/article6136704.ece) 21.05.2015

9 Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Glückseligkeit (Sara Jansen)

Bhutan – wo ist das überhaupt?

Das Land mit seinen ungefähr 700.000 Einwohnern liegt im Himalaya, zwischen Tibet und dem Nordosten von Indien. Bhutan ist ein eher kleines Land, hat etwa die Größe der Schweiz und liegt zum größten Teil in einer Höhe von über 2.000 Metern. Die Staatsform in Bhutan ist eine parlamentaristische Monarchie und das Land ist buddhistisch geprägt. Soweit die *main facts* über das kleine Land im Himalaya.

Der kleine aber feine Unterschied, der Bhutan von allen anderen Staaten weltweit unterscheidet trägt den Namen: „*Gross National Happiness*“ (GNH) und wurde in den 1970er-Jahren vom, inzwischen verstorbenen König Jigme Singye Wangchuck eingeführt. Bhutan hat sich damals gegen ein Bruttosozialprodukt entschieden. An die Stelle des BIP ist ein neuer Ansatz zur Entwicklung getreten, der den Wohlstand des kleinen Landes anhand verschiedener Faktoren wie geistiger, körperlicher, sozialer und ökonomischer Gesundheit der Bevölkerung misst.

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist der Glaube daran, dass Wohl der Bürger über materielles Wachstum zu stellen, einzigartig geblieben – weltweit. Heute, in einer Zeit in der die Welt von Naturkatastrophen und einstürzenden Finanzsystemen bedroht ist, erregt Bhutan und sein System mehr Aufmerksamkeit als jemals zuvor.

Die vier Säulen des Bruttosozialglücks

Aber Glück lässt sich natürlich nicht per Gesetz verordnen. Das Ziel ist die Schaffung von politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, die es den Bewohnern Bhutans ermöglichen sollen, ihr individuelles Glück zu erreichen und zu leben.

Auf vier Ebenen möchte die Regierung versuchen, diese Vision zu verwirklichen:

Durch...

- ... wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Prozess soll die Unabhängigkeit Bhutans vom Ausland beschleunigen, und die gesellschaftliche Entwicklung ermöglichen. Ziel ist es, die Handlungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen zu erweitern. Dies soll in einer Gesellschaft realisiert werden, in der die Menschen sicher sind, wo jedem ein ordentlicher Unterhalt garantiert ist, und ein universeller Zugang zu guter Erziehung und Gesundheitseinrichtungen existiert.
- ... den Schutz der Kultur. Kulturelle Kontamination mit der Außenwelt (z.B. durch exzessiven Tourismus) soll verhindert werden. Eine aggressions- und kriegsfreie Gesellschaft steht ganz oben auf der Agenda. Ungerechtigkeiten sollen möglichst vermieden, kulturelle Werte Tag für Tag gestärkt werden. Ausdrücklich wird betont, dass eine glückliche Gesellschaft auf Hoffnung und Zielen fußt; dass sie eine mitfühlende Gesellschaft ist, in der das Gemeinschaftsgefühl zu gegenseitiger Anteilnahme und Teilen führt; dass ihre Mitglieder Freiheiten genießen, vor allem frei von Unterdrückung leben, und dass Kunst, Musik, Tanz und Theater gedeihen können.
- ... den Schutz der Natur. Verschmutzungen und sonstige Eingriffe in die Natur sollen vermieden werden. Der Schutz der Kultur und jener der Natur sind eng verwoben. Der

sorgsame Umgang mit der Mitwelt hilft, die Leiden aller Lebewesen zu verringern (d.h. auch ihr Glück zu ermöglichen), und ist so dem eigenen Karma förderlich. Es gibt noch eine "westlichere" Komponente: Bhutan ist einer der Biodiversitäts-Hotspots der Welt und seine Natur ist in vielen Landesteilen noch recht unberührt. Nur durch eine nachhaltige Entwicklung des Landes kann dieser ungeheure Wert auf Dauer erhalten werden.

· ... gute Staatsführung ("*good governance*"). Hier ist es zunächst wichtig, dass alle Angestellten im öffentlichen Dienst die Grundsätze und Ziele des Bruttosozialglücks verinnerlichen. Zudem wird seit Jahrzehnten die Verwaltung des Landes dezentralisiert. Dadurch sollen die Bürger Bhutans in zunehmendem Maß die Möglichkeit erhalten, sich in die Entwicklung des Landes einzubringen und sie nach ihren Vorstellungen zu prägen ("*participatory development*").

Doch erklären diese vier Dimensionen noch nicht die Definition des Glücks. Oder wie man es messen kann. Um das Glück zu erklären sollte die kulturelle Wurzel der Bhutaner, der Buddhismus, betrachtet werden. Dort ist "Entwicklung" gleichbedeutend mit zunehmendem Wissen und persönlicher Erleuchtung. Dieser Weg ist unabdingbar, um die drei Grundübel Unwissenheit, Hass und Habgier zu überwinden. Vor diesem Hintergrund soll der Begriff des Bruttosozialglücks ausdrücken, dass "Entwicklung" mehr Dimensionen aufweist als nur die eines gesteigerten Bruttosozialprodukts, dass es einer Balance zwischen Materialismus und Spiritualität bedarf.

In vielen Internetforen kann man jedoch lesen, dass so mancher bhutanische Staatsbürger dem Bruttosozialglück keine große Bedeutung beimisst. Es sei - so die häufige Ansicht - nur gut, um die Hilfsmittel der internationalen Organisationen weiterhin nach Bhutan zu spülen; der Durchschnitts-Bhutaner habe nichts von den noblen Visionen seines Staates.

International gibt es viele Finanzexperten, die Zweifel daran hegen, ob ein auf das Glück seiner Bürger ausgerichteter Staat überhaupt überlebensfähig ist. Allerdings gibt es ebenso Experten, die genau dies behaupten und den Ansatz Bhutans sogar für ein weltweites Vorbild halten. Fakt ist, dass Bhutan ohne finanzielle Hilfe von außen die Ziele des Bruttosozialglücks nicht in dem Maße verwirklichen könnte, wie es derzeit geschieht. Fakt ist aber auch, dass sich die Haushaltslage Bhutans gut entwickelt, dass Infrastruktur, Zugang zu Bildung und Gesundheit steigen, dass es keine Hungersnöte in Bhutan gibt etc. - jeder Tourist wird bestätigen können, dass Bhutan nicht das klassische Bild eines Entwicklungslandes bietet.

Die meiste Kritik hat es vermutlich hinsichtlich des Schutzes der Kultur gegeben. Es ist unzweifelhaft so, dass die Regierung unter Kultur vorrangig die Kultur der herrschenden Ethnie der *ngalongs* meint. Niemand wird bestreiten wollen, dass diese Kultur in ihrer Ursprünglichkeit und Vielfältigkeit einzigartig ist und dringend Schutz erfordert.

Die Kritik geht vielmehr dahin, dass offenbar eine Tendenz besteht, die eigene Kultur den anderen Ethnien des Landes aufzuzwingen. Wie soll man aber über eine Politik denken, die das Bruttosozialglück eines Teils der Bevölkerung auf Kosten eines anderen Teils realisieren möchte? Dies widerspricht ganz offenkundig den GNH-Zielen der Gerechtigkeit, des Friedens und vor allem der Freiheit von Unterdrückung.

Ein Beispiel aus dem Bereich der dritten Ebene, des Schutzes der Natur, soll dies verdeutlichen. Im Jahr 1984 wurde von der bhutanischen Regierung angedacht, einen zwei Kilometer breiten, bewaldeten Streifen entlang der Grenze zu Indien zu schaffen. Offiziellen Angaben zufolge sollte dies die Bodenerosion reduzieren - und zugleich Überflutungen in benachbarten indischen Regionen abmildern - und einen sichtbaren Grenzverlauf zwischen Indien und Bhutan schaffen.

Von dieser Aktion wären die fruchtbarsten Anbaugelände der nepalesischen Bhutaner betroffen gewesen, und ca. 30% von ihnen hätten nach eigenen Angaben umgesiedelt werden müssen. Zwar wären die Landbesitzer mit einer gewissen Geldsumme oder alternativem Landbesitz entschädigt worden. Aber der Verdacht liegt nahe, dass es sich hierbei um einen Vorläufer der ethnischen Säuberungen aus den Jahren 1991/92 handelt, die die Reduzierung der nepalisch-stämmigen Bevölkerung in Südbhutan zum Ziel hatte. In den 1990er-Jahren wurde die Idee eines bewaldeten Grenzgürtels aufgegeben, da die ursprünglich zugesagten indischen Finanzhilfen ausblieben.

Es wäre vermessen, zum Thema "gute Staatsführung" einen Kommentar "von außen" anzubringen. Hier muss man die Bhutanerinnen und Bhutaner selbst zu Wort kommen lassen. Nur so viel: Ein ernsthaftes Problem scheint die Korruption im öffentlichen Bereich zu sein. Aber die Tatsache, dass sie in den Medien öffentlich thematisiert wird und zudem eine Kommission zur ihrer Bekämpfung ins Leben gerufen wurde, kann man wohl als ermutigende Zeichen auffassen.

Trotz aller Kritik setzt diese Betrachtung des Lebens und des Seins einen anderen Umgang mit der Natur und den Mitmenschen voraus, als er im Westen praktiziert wird. So ist die Frage nach dem Glück für die Bhutaner eindeutig zu definieren: Das Ziel des ethischen Handelns. Mit dieser scheinbaren einfachen Weisheit, zeigen die Bhutaner, dass sie bereits erkannt haben, dass die Erde nur einmal alle ihre Ressourcen für den Menschen bereitstellen kann und das damit vorsichtig, nachhaltig und wertvoll mit umgegangen werden muss.

Literatur

- <http://derstandard.at/2010494/Die-Suche-nach-dem-Bruttosozialglueck>
- <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bhutan-rauchfrei-ins-bruttosozialglueck-1.915693>
- http://www.zeit.de/2005/17/Bhutan_neu
- http://www.bhutan-switzerland.org/pdf/Helvetas_GV04_Rigi.pdf
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Bruttonationalgl%C3%BCck>
- <http://simpleshow.com/de-de/general-interest/gross-national-happiness/>
- https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/bruttoinlandsglueck_in_buthan_1869.htm
- <http://www.thomas-caspari.de/bhutan/gnh/>
- <http://www.utopia.de/magazin/muss-die-wirtschaft-ewig-wachsen-bhutan-wie-glueck-messbar-wird-bruttosozialglueck?p=3>
- <http://thediplomat.com/2014/08/bhutan-and-the-great-power-tussle/>
- <http://thediplomat.com/2014/06/modi-in-bhutan-from-energy-to-wellbeing/>
- <http://www.indianembassythimphu.bt/pages.php?id=83>

10 Paris Declaration / Aid Effectiveness - Die Position Indiens (Karim El Basbasse)

Was ist die PD? Wer hat sie initiiert?

Die Paris Declaration (PD) ist eine Vereinbarung von politischen Institutionen (u.A. Commonwealth Sekretariat, OECD, Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen, Internationaler Währungsfonds, Wirtschaftskommission für Afrika, Asiatische Entwicklungsbank, etc.) mit einer Reihe von Partnerländern über die Verbesserung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, die 2005 auf einer Konferenz beschlossen wurde. Ein Hauptaugenmerk lag dabei auf der „aid effectiveness“, also der Harmonisierung & Steigerung der Wirksamkeit von Hilfsmaßnahmen.

Warum wurde sie formuliert?

Grund der Einberufung der PD Konferenz war das Ziel, nach einer Reihe vorangegangener Initiativen (u.a. Millennium Declaration) unter den verschiedenen Beteiligten zu einem stärkeren Konsens bezüglich der Entwicklungspolitik zu gelangen. Die PD steht auch für ein politisches Umdenken aufseiten einiger Industriestaaten nach der Zeit des kalten Krieges. Vor allem wurde damit die bisherige Entwicklungspolitik der Geberstaaten in Frage gestellt. Aufseiten vieler Entwicklungsländer gab es vermehrt Forderungen nach verbindlicheren Verpflichtungen und mehr Verantwortlichkeit der Geberländer, sowie nach einer Ausweitung des Entwicklungshilfebegriffs auf Aspekte wie internationalen Handel und Schuldenerlassen. Weitere Probleme, die zur Einberufung der PD führten, waren Korruption und Mangel an Transparenz bei der Verwendung von Hilfsleistungen, eine oft übermäßige Zersplitterung der Geberaktivitäten auf Länder- und Sektorebene, sowie ungenügende Integration globaler Programme und Initiativen in breiter angelegte Entwicklungsstrategien der Partnerländer.

Was sind die wichtigsten Prinzipien?

Im Zuge der PD-Konferenz wurde eine Reihe von Prinzipien formuliert, die das erweiterte Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zum Ausdruck bringen, und die bisherigen Probleme und Missstände in der Entwicklungszusammenarbeit beheben soll. Dazu zählen die Prinzipien der Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung, sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht zwischen den Partnerländern. Diese Prinzipien wurden dann im Verlauf der Konferenz konkretisiert und ergänzt zu folgenden Leitthemen:

Die Stärkung der nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer und der entsprechenden operationellen Rahmenbedingungen (z.B. Planung, Budget, Erfolgskontrolle) ...und dabei soweit wie möglich vorhandene, transparente Haushalts- und Rechnungslegungsmechanismen der Partnerländer nutzen.

Die verstärkte Ausrichtung der EZ-Maßnahmen auf die Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie Unterstützung bei der Stärkung ihrer Kapazitäten. Geber stützen sich auf Ländersysteme, mit dem Ziel „legitime, gut funktionierende und solide staatliche und sonstige nationale Institutionen in fragilen Staaten aufzubauen.“ Die Annahme hinter dieser Politik ist, dass die Nutzung partnereigener Institutionen und Systeme – sofern

diese die Gewähr dafür bieten, dass die EZ-Leistungen für die vereinbarten Zwecke eingesetzt werden – zu einer erhöhten EZ-Wirksamkeit führen, indem sie „die Kapazität der Partnerländer nachhaltig stärkt, Politiken zu konzipieren und umzusetzen und diese den Bürgern und Parlamenten gegenüber zu verantworten.“

Die Erhöhung der Rechenschaftspflicht von Gebern wie Partnerländern gegenüber ihren jeweiligen Bürgern und Parlamenten im Hinblick auf ihre Entwicklungspolitiken, -strategien und -ergebnisse. „Die Partnerländer verpflichten sich, die Reform der öffentlichen Auftragsvergabe und deren Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen.“

Die Beseitigung von Doppelarbeit und Überschneidungen sowie Rationalisierung der Geberaktivitäten, um diese so kosteneffektiv wie möglich zu gestalten. Dazu sollen gemeinsame Schulungen gefördert werden, um den Erfahrungsaustausch zu unterstützen und praxisbezogene Gemeinschaften aufzubauen.

Die Überarbeitung und Vereinfachung der Geberpolitiken und -verfahren, um ein verstärkt kooperatives Verhalten und eine schrittweise Ausrichtung auf Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer zu fördern. „Die Partnerländer verpflichten sich, die nationalen Entwicklungsstrategien stärker in die jährliche und mehrjährige Haushaltsplanung einzubinden & auf die Schaffung ergebnisorientierter Berichterstattungs- und Evaluierungsrahmen hinzuarbeiten“ & „die Rolle der Parlamente bei der Festlegung der nationalen Entwicklungsstrategien und/oder -budgets angemessen zu stärken“

Die Definition von Maßstäben und Standards für Leistung und Rechenschaftspflicht der Systeme der Partnerländer in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen, treuhänderische Sicherheiten und Umweltverträglichkeitsprüfungen – in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten, bewährten Praktiken – sowie ihre rasche und umfassende Anwendung.

Was sind die Ziele?

Die Ziele der PD basieren im Wesentlichen auf den Millennium Development Goals und lassen sich aus den genannten Prinzipien ableiten. Insgesamt sollen die vorhandenen Verwaltungsstrukturen und -prozesse besser aufeinander abgestimmt werden und transparenter gemacht werden um die Auswirkungen einzelner Maßnahmen besser nachvollziehen zu können und die Zusammenarbeit effektiver zu gestalten. Die Zielvorgaben sind in kurz-, mittel- & langfristige Ziele unterteilt. Davon werden zum Beispiel die Folgenden genannt:

nationale Entwicklungsstrategien in ergebnisorientierte operationelle Programme mit genau definierter Prioritätenordnung ummünzen, die sich in mittelfristigen Ausgabenrahmenplänen und Jahresbudgets widerspiegeln.

Aktivitäten vermeiden, die dem Aufbau nationaler Institutionen abträglich sind, wie z.B. Umgehung der nationalen Haushaltsverfahren oder zu hohe Entlohnung von Ortskräften.

Die Entwicklung fachlicher Kapazitäten im technischen und politischen Bereich fortzusetzen, die für die Durchführung von Umweltanalysen und die Durchsetzung gesetzlicher Vorschriften notwendig sind.

Fortschritte mit Hilfe von spezifischen Indikatoren messen, um einvernehmlich einen Referenzrahmen festlegen zu können, der eine verlässliche Bewertung der Ländersysteme im Hinblick auf Leistung, Transparenz und Rechenschaftspflicht gestattet.

Die Entwicklungs- bzw. Empfängerländer definieren selbst ihre Entwicklungsbedarfe und -prioritäten.

Der Staat kompensiert Marktwirtschaftliche Defizite, sorgt für die Einhaltung von Gesetzen und die öffentliche Ordnung und garantiert die Achtung der Menschenrechte.

Generell sollen Bürgerinitiativen, NGOs und die Zivilgesellschaft stärker in Entwicklungsprozesse eingebunden werden.

Direkte (finanzielle) Hilfe ist nur *ein* Faktor für Entwicklung und sollte nicht als Hauptaspekt betrachtet werden.

Die Wichtigkeit von Kohärenz zwischen einzelnen entwicklungspolitischen Maßnahmen wird stärker berücksichtigt.

Administrative Prozesse sollen möglichst reduziert bzw. effizienter gemacht werden.

Eine konkrete Evaluationspraktik wurde etabliert, die die verschiedenen Maßnahmen auf ihre Umsetzung und Effektivität hin bewertet.

Was hat sie bewirkt?

Es gibt konkrete Ergebnisse über Projekte und Interventionen, die im Rahmen der Entwicklungshilfe erfolgreich umgesetzt werden konnten. Im Hinblick auf den Aspekt der Effektivitätssteigerung bei der Planung, Verwaltung und Aufstellung von Hilfsleistungen konnte die PD leichte bis mittlere Fortschritte erzielen. Jedoch ist es nur schwer zu belegen, dass die diversen PD Maßnahmen generell zu nachhaltigen Verbesserungen der Lebensumstände (z.B. in Bezug auf Gesundheit & Einkommen) geführt haben, da solche Effekte nicht unmittelbar gemessen werden können, denn es fließen viele weitere direkte Faktoren mit ein, die nur schwer zu isolieren sind (z.B. nationale politische, ökonomische & soziale Entwicklungen). Außerdem hatten alle beteiligten Länder bis vor der PD bereits diverse Hilfsprojekte am laufen, die ebenfalls in die Entwicklung mit einfließen.

Tatsächlich kam es unter den verschiedenen Beteiligten zu einem stärkeren Konsens bezüglich der Entwicklungspolitik, sowie zu einer allmählichen Vereinheitlichung und Standardisierung der Prozesse. 2008 haben 55 Partnerländer das Gutachten zur Überprüfung der PD Ziele selbst organisiert und durchgeführt, was eine gestiegene Leistungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme der Empfängerländer zeigt. Auch die angestrebte Modernisierung und Effektivierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat sich positiv entwickelt, dadurch dass viele Länder und Organisationen miteinbezogen wurden und die verschiedenen organisatorischen Prozesse normiert und transparenter gemacht wurden (z.B. Geldflüsse). Die Systeme der öffentlichen Finanzverwaltung sind in vielen Ländern qualitativ besser geworden. Einige Länder haben Mechanismen in der Verwaltung eingeführt, die Hilfgelder genauer erfassen und detaillierter darstellen können. Insgesamt konnte also durchaus mehr Transparenz erreicht werden.

Welche Kritikpunkte gibt es?

Es wird jedoch auch häufig kritisiert, dass sich die positiven Auswirkungen der PD hauptsächlich auf solche administrativen / organisatorischen Faktoren beschränken (z.B. Koordination der Gelder & Interventionen zwischen Ländern & Institutionen, sowie mehr Transparenz und Effizienz) und weniger auf die absolute Verringerung der Armut in Ländern.

In den Zwischenberichten werden fast nur relative Veränderungen berichtet anstatt absolute Zahlen (z.B. „Die Anzahl der Länder mit soliden Entwicklungsstrategien ist von 13% auf 20% gestiegen“, OECD Gutachten, 2008). Vor allem unabhängige NGOs kritisieren die zu langsame Umsetzung der Pariser Prinzipien und halten eine bessere Überprüfung der Entwicklungsergebnisse für notwendig. Die Umsetzung der einzelnen Ziele verläuft ungleichmäßig und je nach Land sehr unterschiedlich. Die gegenseitige Verpflichtung und Verlässlichkeit hängt oft von den Zielvorgaben ab. Bei vielen Zielen ist bereits absehbar, dass sie nicht innerhalb des gesetzten Zeitrahmens eingehalten werden können. Einige Vorgaben haben sich als zu vage herausgestellt und können daher nicht genau evaluiert werden. Außerdem hat die Nichteinhaltung der Zielvorgaben keine konkreten Folgen für die jeweiligen Länder, denn es gibt keine Sanktionsmechanismen. Die Aufzeichnung der Hilfsleistungen in den jeweiligen Länderbudgets ist konkreter und damit nachvollziehbarer geworden. Es gibt jedoch in einigen Ländern eine Diskrepanz zwischen den Hilfsleistungen, die jeweils veranschlagt bzw. offiziell ausgegeben wurden und den in den Regierungshaushalten registrierten Leistungen. Das PD Modell über die Mechanismen zur Umsetzung von Entwicklungshilfe basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern vorwiegend auf politischen Überzeugungen und hat daher keine wissenschaftliche Aussagekraft. Das Problem der Vereinbarkeit von ökonomischen mit sozialen Faktoren ist noch weitgehend ungelöst. Die PD bildet also eine Art „kleinsten gemeinsamen Konsens“ zwischen den Beteiligten. Das heißt, nicht jede Partei hat dieselbe Auffassung von den PD Prinzipien und es gibt verschiedene Interpretationen der Ziele & Maßnahmen.

Welche Position vertritt Indien?

Indien wird in der ursprünglichen Teilnehmerliste der PD nicht aufgelistet, sondern ist erst nachträglich beigetreten (wohl auch auf international steigenden Druck hin).

Ein leitender Beamter des Wirtschaftsministeriums in Indien meint dazu:

„Wir haben der OECD kürzlich mitgeteilt, dass Indien prinzipiell die Paris Declaration akzeptiert. Wir können es uns nicht länger leisten von diesem internationalen Abkommen zurückzuweichen, da Indien mittlerweile nicht nur ein Entwicklungshilfeempfänger, sondern auch ein wichtiger Spender ist. In unserem jetzigen Etat haben wir eine Rücklage von \$888 Mio. um kleineren Ländern zu helfen.“ (2006, India Times Artikel)

...Dazu zählen beispielsweise Sudan, Ghana, Senegal, Afghanistan, Vietnam, Myanmar und Nepal. Einige asiatische Länder sind sowohl Empfänger als auch Geber von Entwicklungshilfen und haben daher meist ein eigenes Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit. Sie betonen die Wichtigkeit von Eigenverantwortung der Länder, sowie ländergeleiteten Entwicklungskooperationen und respektieren die Entscheidungssouveränität ihrer Partnerländer ohne viele Bedingungen zu stellen. Die

Zusammenarbeit dieser Länder ist stärker auf ökonomische und außenpolitische Aspekte ausgerichtet als auf Armutsbekämpfung. Sie grenzen sich damit von der westlich geprägten Entwicklungsideologie ab und benutzen auch weniger die Terminologie von ‚Hilfen‘ und ‚Spenden‘.

Indien hat die PD mittlerweile unterschrieben, jedoch nur als Empfänger, nicht als Geber, und ist auch nicht daran interessiert dem Development Assistance Committee (Entwicklungshilfeausschuss der OECD) beizutreten. Wie einige andere asiatische Länder (China, Thailand, Malaysia...) hält Indien den prozessorientierten Rahmen der PD für nicht unbedingt vereinbar mit den eigenen Ansätzen.

Literatur

OECD (2008), "Are we Meeting the Targets", in *2008 Survey on Monitoring the Paris Declaration: Making Aid More Effective by 2010*, OECD Publishing.

Stern, E., Altinger, L., Feinstein, O., Maranon, M., Ruegenberg, D., Schulz, N. S., & Nielsen, N. S. (2008). Thematic study on the Paris Declaration, aid effectiveness and development effectiveness. *Evaluation of the Paris Declaration, Phase I. Development Assistance Research Associates, Paris.*

http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/development/2008-survey-on-monitoring-the-paris-declaration_9789264050839-en#page17

<http://aidreview.lowyinterpreter.org/post/Is-there-an-Asian-approach-to-development-cooperation.aspx>

http://articles.economictimes.indiatimes.com/2006-12-03/news/27444242_1_aid-oecd-india-today

<http://www.aidemocracy.org/students/paris-declaration-and-aid-in-2011/>

<http://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/events-presentations/907.pdf>

11 Die “Sustainable Development Goals” und ihre Auswirkungen auf Indien (Philipp Maier)

Seit 2000 gibt es mit den sogenannten „Millenium Development Goals“ (MDGs) eine Agenda der Vereinten Nationen mit ehrgeizigen Zielen, welche, in einem begrenzten Zeitraum, die Situation vieler Menschen verbessern sollen. Allerdings laufen die MDGs in diesem Jahr (2015) aus. Ihre Ziele, wie die Halbierung von an Armut und an Hunger leidenden Menschen, ein umfangreicherer Zugang zu Bildung oder eine Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsfürsorge und die Verringerung der Kindersterblichkeit, wurden teils nicht erreicht. Seit der „Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung“, besser bekannt als „Rio+20“, im Jahr 2012 wird über eine Lösung für die Phase nach 2015 gesucht. Um die dabei beschlossene nachhaltige Entwicklung zu fördern und zu sichern einigte man sich auf die Formulierung neuer Ziele. Diese sollen „Sustainable Development Goals“ (SDGs) genannt werden. Die MDGs sollen durch die SDGs nicht ersetzt werden. Stattdessen sollen die SDGs als „ergänzender Nachfolger“ gesehen werden. Während die MDGs aus acht Zielen mit verschiedenen Unterzielen bestehen werden die SDGs aus etwa 20 Zielen bestehen, welche einfach zu verstehen und einen universellen Anspruch haben sollen. Im Gegensatz zu den MDGs, die vor allem für die Entwicklungsländer gedacht waren, werden die SDGs zusätzlich einen weltweiten Geltungsanspruch besitzen. Anders als die MDGs werden sie wohl auch keinen Zeitraum, für das Erreichen der Ziele, festlegen.

Als realistische Ziele, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten erreichbar wären, sollte man die SDGs wohl eher nicht verstehen. Vielmehr sollen sie den Staaten dieser Welt als Leitsätze dienen, an welchen sie sich orientieren können. Konkrete Handlungen in der Entwicklungszusammenarbeit sollen ermöglicht und gesichert werden. Aktivismus soll mit diesen Zielen ebenfalls vermieden werden und die Aktivitäten der Staaten in sinnvolle Bahnen gelenkt werden um Ressourcen effizient einzusetzen. Ein verstärkter Fokus soll dabei auf den Begriff der Nachhaltigkeit gelegt werden. Die Ziele werden von einer offenen Arbeitsgruppe innerhalb der Vereinten Nationen erarbeitet. Orientierung erhielt diese Arbeitsgruppe durch eine bei der Rio+20-Konferenz durchgeführte Umfrage unter den Staaten, welche die wichtigsten Themen im Vorab festlegte. Dies sind vor allem Ernährungssicherheit, Zugang zu Wasser und verbesserte Hygiene, Energie, Bildung und Armutsbekämpfung. Eine weitere Rolle spielen unter anderem der Klimawandel und der Umgang mit der Umwelt und natürlichen Ressourcen. Die endgültigen Ziele werden dementsprechend nach ihrer Priorität nach geordnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Ziel niederer Priorität nicht umgesetzt werden kann, solange die darüber stehenden Ziele ebenfalls nicht erreicht worden sind. Bisher wurden (Stand Juli 2014) 17 Ziele formuliert. Die Endfassung soll Ende des Jahres von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen werden.

Oberstes Ziel wird voraussichtlich, wie bisher, die weltweite Beseitigung der Armut sein. Allerdings nicht wie bisher um die Hälfte (Zeitraum von 1990 bis 2014), wie in den MDGs formuliert, sondern gänzlich. Als Grenze zur extremen Armut gilt hierbei die Verfügung von 1,5 US-\$ pro Tag für den Lebenserhalt. Damit in Verbindung steht das zweite Ziel, die Beendigung des Hungerleidens auf dem gesamten Globus, der Zugang zu gesunder Ernährung und eine Entwicklung hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden (im Fokus steht vor allem der bewusste Umgang mit Wasser und Boden) Landwirtschaft. Dies sollte

das Erreichen des dritten Ziels erleichtern, nämlich die Sicherung der Gesundheitsfürsorge für jedermann/frau in jedem Alter.

An vierter Stelle steht der Zugang zur gleichwertigen Bildung und zum lebenslangen Lernen für alle Menschen. Inklusion ist hier das Stichwort: Kein Mensch darf von Bildung ausgeschlossen werden. Dies spielt bereits auf das fünfte Ziel an. Es soll Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern geschaffen werden und Mädchen und Frauen ermächtigt werden (Empowerment).

An sechster Stelle steht bereits der Zugang zu Wasser und die sanitäre Versorgung. Gerade mit der Ressource soll bewusst und sparsam umgegangen werden, denn sie ist bekanntermaßen unverzichtbar. Die Notwendigkeit der damit verbundenen sanitärer Versorgung ist unter den Gesichtspunkten Gesundheit und Hygiene deutlich. Ein Problem, welches in der westlichen Gesellschaft nicht mehr im Vordergrund steht, denn die sanitäre Versorgung wurde unter der Erfahrung der Pest im Europa des Mittelalters erheblich ausgebaut und erscheint uns heute selbstverständlich. In anderen Kulturkreisen und Kontinenten, wie beispielsweise Indien ist dies, auch aus kulturellen und religiösen Gründen, nicht der Fall.

Die Aufnahme der sanitären Versorgung in die SDGs eröffnet gerade für Indien eine Perspektive zu mehr Hygiene und eine Verbesserung der gesundheitlichen Situation. Gerade hier mangelt es am Vorhanden sein und an der Verwendung von doch vorhandenen Toiletten. Allgemein ist im Rahmen der MDGs auf dem Subkontinent bereits einiges geschehen. Die Gesamtbilanz Indiens beim Erreichen der MDGs ist jedoch zweigeteilt:

Auf der einen Seite wird der Kampf gegen Armut und Hunger überwiegend positiv bewertet. Gerade in diesem Bereich gibt es aber große Kritik, dass zu wenig getan wurde und noch immer zu viele Menschen mit weniger als dem errechneten täglichen Bedarf von 1,5 US-\$ auskommen müssen. Da dieser errechnete Wert aber in den vergangenen Jahren gestiegen ist, kann es unterschiedliche Interpretationen geben, wenn weniger Menschen über einer alten Armutsgrenze leben, nicht aber über der aktuell gültigen. Hier ist die Beurteilung sehr von der jeweiligen Interpretation abhängig. Ein ebenfalls überwiegend positives Ergebnis scheint im Kampf gegen die Ausbreitung von HIV/AIDS vorzuliegen und damit allgemein ein Fortschritt im Ausbau des Gesundheitssystems. Ebenso konnten mehr Haushalte an die Wasserversorgung angeschlossen werden und deren damit Versorgung mit sauberem Wasser gesichert.

Auf der anderen Seite liegen deutliche Defizite vor. So zum Beispiel bei der Gleichstellung der Geschlechter. Frauen werden vor allem am Arbeitsplatz und in der Politik gegenüber ihren männlichen Kollegen sehr benachteiligt. Gesellschaftlich ist dies ein großes Thema geworden, insbesondere nach den Vergewaltigungen in den vergangenen Jahren. Ein weiteres negatives Ergebnis wurde im Bereich der Bildung erzielt. Vorgaben zur Primärschulbildung für alle Jungen und Mädchen wurden verfehlt. Stattdessen müssen viele von ihnen weiterhin arbeiten. Vor allem Mädchen scheinen hier benachteiligt zu sein, was auf das vorher genannte Problem zurückführt. Gravierend schlecht ist die Lage weiterhin ebenfalls bei der Versorgung mit sanitären Anlagen, was viele Folgeprobleme erzeugt. Beispielsweise hat sich das Infektionsrisiko, auch bedingt durch das Bevölkerungswachstum, massiv erhöht. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender, Effekt, der von fehlenden Toiletten erzeugt wird, ist die Zahl der Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, die sich

nachts ins Freie begeben um ihre Notdurft zu verrichten. Dies führt auch auf den ersten Negativpunkt zurück.

Um dem entgegen zu treten hat Indien einige Entwicklungsprogramme an den zukünftigen Zielen der SDGs ausgerichtet. Exemplarisch steht dafür das „100 Smart Cities“-Programm, welches die Infrastruktur in Städten finanziell fördern soll. Das betrifft insbesondere die Bereiche Stromversorgung, Kommunikation, Verkehr sowie Wasserversorgung und sanitäre Anlage. Der Bedarf gerade hierbei wird deutlich durch einen Blick auf die Statistik. So verfügen beispielsweise gerade einmal 40% der Haushalte in Hyberabad über einen Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und in Bangalore nur etwa 50% der Haushalte über einen Anschluss an die Kanalisation. Dieses Programm ist jedoch, wie schon am Titel deutlich wird, vor allem für die Städte gedacht.

Ein Programm, welches speziell für die Verbesserung der sanitären Versorgung, auch auf dem Land, gedacht ist, nennt sich „Swachh Bharat Abhiyan“. Diese, aus dem Jahr 2014 stammende Kampagne, setzt gerade bei den benachteiligten Gruppen an. Es soll eine intensive Kommunikation mit der Gemeinschaft und den lokalen Gruppen gepflegt werden um auch die Dörfer zu erreichen. Parallel dazu wird der Ausbau der Sanitation finanziell unterstützt. Speziell an diesem Programm gibt es aber Kritik. So sei es als politische Kampagne des indischen Premierministers Narendra Modi geplant. Vergleichbar mit dem Projekt „Clean Ganga“, dass eng mit diesem verknüpft ist, scheint der Premierminister hier auch Wahlkampf zu betreiben und damit vor allem schöne Bilder produzieren zu wollen. Dies lässt sich zum Teil an der plakativen Zahl von 100 Millionen Toiletten festmachen, welche bis 2019 gebaut werden sollen. 2019 wird der 150. Geburtstag von Mahatma Gandhi sein. Dieses Datum hat damit einen wichtigen symbolischen Charakter. Modis Regierung ist allerdings nicht die Erste, die massiv in den Bau von Toiletten investiert. Es wurden bereits Millionen Toiletten gebaut. Aber selbst in 40% der Haushalte, welche über eine Toilette verfügen, verrichtet mindestens eine Person ihre Notdurft im Freien.

Diese neue Hygienekampagne macht auf ein weiteres Problem der Sanitation in Indien aufmerksam. So wurden und werden zwar Toiletten gebaut, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Jedoch werden diese oft von der örtlichen Bevölkerung nicht angenommen. Sie werden gebaut, aber nicht verwendet. Viele, der bisher errichteten Toiletten dienen heute somit als Lagerraum. Es muss deutlich mehr Vermittlungsarbeit und Aufklärung betrieben werden, um die Menschen zur Benutzung einer Toilette zu überzeugen. Es muss ein Problembewusstsein entstehen, wenn eine Toilette fehlt. Hinderlich ist dabei, dass Toiletten in der indischen Kultur als unrein betrachtet werden, und noch mehr die Menschen im Kastensystem als „unberührbar“ gelten, die diese Toiletten reinigen. Damit verbunden ist ein notwendiger gesellschaftlicher Wandel, der durch Bildung und Kommunikation erreicht werden muss und sich nicht auf finanzstarke, medienwirksame Leuchtturmprojekte beschränken darf.

Klar ist auf jeden Fall, dass ein Erreichen der SDGs ohne Indien völlig unmöglich ist. Deutlich wird das durch folgende Statistik: Indien beherbergt insgesamt 16% der Weltbevölkerung, verfügt aber nur über 4% der weltweiten Wasserreserven. Ohne einen effizienteren Umgang damit und allgemeine Fortschritte im Bereich einer nachhaltigen Entwicklung steuert der Subkontinent auf gewaltige gesellschaftliche Probleme zu. Speziell im Bereich der Sanitation liegt Indien im Fokus. In keinem anderen Land gibt es mit 600 Millionen Personen mehr Menschen, die keinen Zugang zu einer Toilette haben. Das macht etwa

die Hälfte der gesamten indischen Bevölkerung aus und ebenso einen Großteil der weltweit eine Milliarde Personen, die davon betroffen sind. Der diesjährige Gipfel der Welttoilettenorganisation fand aus diesem Grund in Neu Delhi statt. Das Ziel zur sanitären Versorgung ist von Indien abhängig.

Erfreulicher Weise zeigen sich die aufstrebenden Mächte, wie Indien oder Brasilien, als Aktivposten bei der Formulierung der Ziele und scheinen bemüht, diese auch wirklich umzusetzen. Allerdings haben die Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt einen anderen Fokus. Sie sehen die Industrienationen in der Pflicht für Nachhaltigkeit zu sorgen, da diese für den größten Teil der Umweltprobleme verantwortlich seien. Sie selbst wollen sich auf die Bekämpfung der Armut konzentrieren. Dafür fordern sie, wie bei den MDGs umgesetzt, quantifizierbare Ziele. Indien tritt gleichzeitig gegen einen festen zeitlichen Rahmen, für das Erreichen der Ziele, und ebenso gegen bindende Verpflichtungen ein. Dahinter verbirgt sich die Position, die UNO möge sich nicht zu sehr in die nationalen Belange einmischen. Stattdessen müsse weiterhin der Nationalstaat für die Agenda verantwortlich sein und die Freiheit haben, diese selbst umzusetzen. Es nimmt den SDGs aber auch ihre Wirkung. Es fehlt ein ständiges Monitoring, um zu überprüfen, inwieweit die Ziele erreicht oder verfehlt werden. Ihr Charakter, als Teil der internationalen Politik, wird damit deutlich.

Wären die SDGs ein politisches Programm einer nationalen Regierung, dann wären die Vorgaben und Ziele weitaus konkreter, an einen Zeitraum gebunden und die Kontrolle um einiges genauer. Auf internationaler Ebene müssen Konzessionen gemacht werden. Einheitlichkeit ist fast nicht herzustellen, da die nationalen Regierungen, die Hauptakteure in den internationalen Organisationen sind, ihre eigenen Interessen verteidigen und durchsetzen wollen. Jenseits dieser Einschränkungen arbeiten meist nur Konzerne und die, für die Entwicklungszusammenarbeit wichtigen, NGOs. Gerade letztere sind in ihrer Durchschlagskraft beschränkt und müssen oft von staatlicher Seite unterstützt werden. Es wird für Indien entscheidend sein, dass Narendra Modi seine Kampagne auch inhaltlich verfolgt. Die SDGs werden dazu hoffentlich einen attraktiven Anreiz geben. Mehr werden sie vermutlich nicht sein, es sei denn die UNO und andere Organisationen werden ihre Förderungen von der Erfüllung dieser Ziele abhängig machen.

Literatur

- <http://www.downtoearth.org.in/content/sdgs-need-be-reworked-tackle-hunger-poverty>
- http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/grundsätze_und_ziele/2014_12_03_Bericht_Post_2015-Agenda_komplett.pdf
- http://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltige_Entwicklungsziele
- <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>
- <http://www.teriin.org/policybrief/index.php?a=10>
- http://www.unic.org.in/items/India_and_the_MDGs_small_web.pdf
- <http://www.in.undp.org/content/india/en/home/mdgoverview/overview/mdg7.html>
- <http://www.scidev.net/south-asia/governance/opinion/india-can-meet-sustainable-development-goals.html>
- <http://www.dnaindia.com/mumbai/report-as-narendra-modi-readies-to-address-un-india-falls-short-of-fulfilling-millennium-development-goals-2021854>
- <http://www.currentscience.ac.in/Volumes/108/06/1043.pdf>

- <http://www.ids.ac.uk/news/rising-powers-are-committed-to-making-sustainable-development-goals-a-reality>
- <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3542India.pdf>
- <http://www.hindustantimes.com/newdelhi/india-oppose-replacing-of-mdgs-with-sustainable-development-goals/article1-798687.aspx>
- <http://www.uniindia.com/news/national/don-t-overprescribe-to-developing-countries-on-sdgs-india-to-developed-nations/64570.html>
- http://articles.economictimes.indiatimes.com/2012-06-07/news/32101416_1_sustainable-development-rio-g-77

12 Das UN-System - wem hilft der Welttoilettentag? (Emre Özbulut)

Einleitung

Die Vereinten Nationen und der Welttoilettentag, eine auf den ersten Blick womöglich diffuse Verbindung. Manche mögen schmunzeln, wenn sie das erste Mal von solch einem Tag lesen oder hören. Der erste primitive Gedanke möge wohl sein, dass den Toiletten weltweit eine besondere Ehre zu Teil wird. Dies mag jedoch nur partiell zutreffen, denn dieser Tag und Titel propagiert keinesfalls nur die Verfolgung eines solch bescheidenen Ziels - viel eher ein global-existenzielles Problem, im Bereich der sanitären Grundversorgung. Auch die UN sollte ferner zunächst nicht sofort mit diesem Welttoilettentag assoziiert werden, auch und vielleicht gerade weil ihr großer Stellenwert (historisch wie gegenwärtig) in dem global-politischen Raum im Vordergrund steht.

Das hiesige System, in welchem sich die Vereinten Nationen organisieren, verdeutlicht dies umso mehr.¹⁸ Zugleich macht diese Tatsache aber auch augenscheinlich, mit welcher Komplexität diese Organisation einhergeht. Nicht nur deshalb scheint es somit elementar, die Rolle der UN in der Welt zu verstehen, ehe ein fundiertes Bild über die internationale (Entwicklungs-)Zusammenarbeit - und den Welttoilettentag - entstehen kann.

Die Fragen also, welche dieser Arbeit zugrunde liegen, sind, inwiefern die UN in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vertreten ist? In welchem Zusammenhang stehen diese mit dem Welttoilettentag und wem kommt dieser Tag zugute?

Um auf diese Fragen Antworten liefern zu können, soll in dieser Arbeit somit zunächst das UN-System grobkörnig veranschaulicht werden, ehe der Zusammenhang dieser Organisation mit dem Welttoilettentag hergestellt wird. Letztlich soll untersucht werden, wer schlussendlich von diesem globalen Tag profitiert - dies mit einem spezifischen Fokus auf das Schwellenland Indien.

Das System der Vereinten Nationen

Betrachten wir nun zunächst die Vereinten Nationen oder auch *United Nations Organization* (UNO). Um ihre Stellung in der internationalen Zusammenarbeit zu verstehen, ist es sinnvoll, sich deren zentrale Ziele nach der UN-Charta von 1945 (die Satzung oder Verfassung der UN) vor Augen zu halten. Diese beinhalten keine geringeren Ziele als die grundsätzliche Erhaltung von Frieden und Sicherheit, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten (unter der Beachtung des Gleichheitsprinzips und der Selbstbestimmung der Völker) und - in dem Kontext dieser Arbeit womöglich am relevantesten - die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.¹⁹ Somit bietet die Charta der UN u.a. die Grundlage für kooperatives Zusammenarbeiten schlechthin, und somit ferner die Basis für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dieser Grundsteinlegung durch die UN, ist ihrer Rolle, in der internationalen Kooperation, jedoch bei weitem nicht genüge getan. An dieser Stelle scheint es somit

¹⁸Bundeszentrale für politische Bildung, 2011. Die Vereinten Nationen. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/>, 2015-05-20.

¹⁹Bundeszentrale für politische Bildung, 2011. Die Vereinten Nationen. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/>, 2015-05-20.

nützlich, das System der UN in groben Zügen vorzustellen. Um dies bewerkstelligen zu können scheint es angemessen einen Blick auf die Organisationsstruktur, Aufgaben und (weiteren) Ziele der UN zu werfen. Da es nicht möglich sein wird, die gesamte Struktur detailliert auf diesen spärlichen Seiten darzustellen, werden im Folgenden teils beispielhafte - und in dem Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit relevante - Bestandteile dieses System näher beleuchtet und hervorgehoben werden.

Die UN gliedert sich ergo in verschiedene Organschaften. Elementar und zentral wichtig sind die sechs Hauptorgane (Generalversammlung, Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat, Internationale Gerichtshof, Sekretariat(+Generalsekretär), Treuhandrat).²⁰ Entscheidend für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ist in diesem Zusammenhang grundlegend der Wirtschafts- und Sozialrat, welches als Bindeglied für sämtliche Sonder- und Nebenorgane, Programme und Fonds fungiert (auf welche in Kürze eingegangen wird). Ihre Aufgaben sind somit breit gefächert, wobei hervorzuheben ist, dass dieser Rat - zusammen und unter Autorität der Generalversammlung - für die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verantwortlich ist.

Darüber hinaus kommen auch den zahlreichen Nebenorganen wichtige Aufgaben zu. Neben mehreren Ausschüssen und Kommissionen sind hierbei vor allem die Programme und Fonds entscheidend. Dies zumal ihre Aufgaben insbesondere in der Finanzierung und Durchführung von humanitären und entwicklungspolitischen Programmen liegen. Als Exempel hierfür kann das UNDP (UN-Entwicklungsprogramm) gelten, das sich bspw. als übergeordnetes Ziel die Armutsbekämpfung setzt, oder auch das UN-HABITAT (UN-Programm für menschliche Siedlungen), welches das Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung fokussiert.²¹

Letztlich sind auch die 17 Sonderorganisationen, bei der Betrachtung des UN-Systems, nicht zu vernachlässigen. Diese stellen - im Gegensatz zu den Nebenorganen - zwischenstaatliche quasi-autonome Organisationen dar, welche über spezifische Verträge mit der UN assoziiert sind. Grundsätzlich steht die Förderung der UN-Charta Ziele im Vordergrund dieser Organisationen, während diese ihrem breiten Schirm an Aufgaben nachzukommen versuchen. Hierbei unterteilen sich diese Sonderorganisationen in drei große Teilbereiche. Zum einen in die Finanzorganisationen, wie die IWF oder Weltbankgruppe, welche das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung weniger entwickelter Mitgliedstaaten verfolgt. Zum anderen in die Sonderorganisationen im technischen Bereich (Weltpostverein) und (drittens) im Bereich sozialer, kultureller und humanitärer Arbeit. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) scheint in diesem Zusammenhang und für diesen Bereich als existenziell notwendig zu gelten, auch und gerade weil ihre Zielsetzung in der weltweiten Verbesserung des Gesundheitsniveaus liegt.

Um ein kurzes Zwischen-Fazit zu ziehen, ist vorläufig und wahrnehmbar festzustellen, dass die UN und ihre Organisation durchaus einer zentralen Verantwortung und Aufgabe in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit nachkommt. Doch stellt sich nun ferner die Frage, in welchem Zusammenhang der Weltoilettag mit dieser Körperschaft der Vereinten Nationen steht.

²⁰Bundeszentrale für politische Bildung, 2011. Die Vereinten Nationen. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/>, 2015-05-20.

²¹Lexikon der Nachhaltigkeit, 2014. UN Sonderorganisationen, Programme und Fonds. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/sonderorganisationen_der_vereinten_nationen_1408.htm, 2015-05-30.

Die UN und der Welttoilettentag (jährlich am 19. November)

Diese Frage gilt es nun zu beantworten, indem eine Verbindung zwischen der UN und dem Welttoilettentag hergestellt werden soll. Hierfür ist es zunächst notwendig, die Entstehung dieses Tages aufzuzeigen. Im Jahr 2001 sollte dieser Tag somit zum ersten Mal ausgerufen werden - und zwar von der *World Toilet Organization*, welche im selben Jahr in Singapur von dem Unternehmer Jack Sim gegründet wurde.²² Ziel dieser Organisation war ohnehin die Förderung der UN-Millenniumsziele, während die UN im Gegenzug das Vorhaben der WTO (nicht zu verwechseln mit der Welthandelsorganisation) unterstützte. Diese Unterstützung wurde im Rahmen des Beratungsausschusses des Generalsekretärs (der UN) zu Wasser und sanitäre Grundversorgung festgelegt und von der UN-Beauftragten in diesem Bereich (Uschi Eid) verkörpert.²³ Im Jahr 2013 schließlich sollte dieser Tag von der Generalversammlung einstimmig beschlossen und somit aus höchster Instanz offiziell ausgerufen werden.

Beweggründe für diese Beihilfe mögen zu einem eine Zeichensetzung für eine verbesserungswürdige sanitäre Versorgung weltweit (gewesen) sein, sowie der Anstoß zu einer Enttabuisierung dieses Themas und einer allgemeinen Verankerung dieser Problematik in die Öffentlichkeit. Auf die grundsätzlich misslichen Umstände, im Bereich der sanitären Grundversorgung, sollte dieser Welttoilettentag somit aufmerksam machen, so dass sich ein jeder, am 19. November jeden Jahres, vor Augen führt, welche Auswirkungen diese Problematik in den betroffenen Ländern (bspw. Indien) auf Ernährung/Gesundheit, Umwelt, Gesellschaft und auch Wirtschaft hat.

Wem hilft der Welttoilettentag?

Auf diese Umstände soll nun knapp - mit einem besonderen Fokus auf das Schwellenland Indien - eingegangen werden. Dabei ist es sinnvoll, die Lage Indiens der jüngsten Vergangenheit bis heute näher zu betrachten. Dürfen wir annehmen, dass der Welttoilettentag tatsächlich den benachteiligten und betroffenen Menschen zugute kommt?

Wir müssen uns bei der Beantwortung dieser Frage einige immensen (negative) Zahlen vor Augen führen. Noch heute sind es demnach weltweit etwa 2,6 Milliarden Menschen, und somit fast ein Drittel der weltweiten Gesamtbevölkerung, welche keinen (sicheren) Zugang zu einer Toilette haben.²⁴ Allein in Indien sind es somit ca. 600 Millionen Menschen, die für ihren Gang zur Toilette ins Freie müssen. Die hygienischen und gesundheitsgefährdenden Umstände muss man somit nicht weiter beschreiben. Etwa 80% aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind auf die schlechte Qualität bzw. das verunreinigte Trinkwasser zurückzuführen. Pro Tag sterben somit tausende Kinder auf Grund dieser mangelnden Hygiene und dem verschmutzten Wasser. Dies ist nicht nur ein Problem der Entwicklungsländer, denn auch Indien ist in besonderem Maße von solchen Umständen betroffen.

Die vornehmlich Leittragenden sind des Weiteren in Indien vor allem Frauen und Mädchen, die durch mangelnde sanitäre Einrichtungen ferner auch (sexuellen)

²²World Toilet Organization, 2014. World Toilet Day. <http://worldtoilet.org/what-we-do/world-toilet-day/>, 2015-05-20.

²³Wikipedia, 2015. Welttoilettenorganisation. <http://de.wikipedia.org/wiki/Welttoilettenorganisation>, 2015-05-30.

²⁴N24, 2013. Welttoilettentag, Milliarden fehlt Zugang zu sicheren Toiletten. <http://www.n24.de/n24/Wissen/Kultur-Gesellschaft/d/3858054/milliarden-fehlt-zugang-zu-sauberen-toiletten.html>, 2015-05-20.

Belästigungen ausgesetzt sind. Mädchen brechen die Schule ab, im zunehmenden Alter, was Auswirkungen auch auf die Bildung und folglich der Lebensqualität mit sich bringt. Frauen unterdrücken den dringlichen Gang ins Freie und ziehen sich somit Erkrankungen zu.

Können wir also annehmen, dass der Welttoilettentag den Menschen wirklich nützt oder nützen kann, wenn wir die Situation in den betroffenen Ländern aufmerksam betrachten?

Fazit

Sollte nun also nicht theoretisch jeder von diesem Welttoilettentag profitieren, der von solch beschriebenen Umständen betroffen ist? Nicht jeder Mensch, der über keinen Zugang zu einer (sicheren) Toilette verfügt? So einfach scheint diese Antwort nicht zu sein, auch wenn man wohl durch die Erinnerungsfunktion durch die UN, der WTO und dem Welttoilettentag per se auf diese existenzielle Problematik aufmerksam gemacht wird. Es wird kaum berichtet über laufende oder abgeschlossene Projekte, welche von diesem Tag inspiriert wurden. Zu wenig ist die letzten Jahre passiert, als dass man einen Effekt dieses Tages auf positive Folgen messen könnte - und selbst wenn ein Effekt bestünde, wäre dieser wohl kaum greifbar, wenn man sich vor Augen führt, dass das vorliegende Grundproblem über Jahre hinweg auch das am schlechtesten erreichte Millenniumsziel der UN ist. Kann man also davon ausgehen, dass ein simpler Welttoilettentag den betroffenen Menschen mehr helfen kann als sämtliche Vorhaben der UN u.a., in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit?

Es bleibt wohl noch abzuwarten, ob dieser Tag in Zukunft einen messbaren Effekt vorweisen können wird. Bis jetzt ist die sanitäre Problematik allerdings noch so beachtlich, dass der Welttoilettentag wohl nur einen äußerst bescheidenen Beitrag zur Lösung dieses Problems liefern können wird.

Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung, 2011. Die Vereinten Nationen. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/>, 2015-05-20.

Lexikon der Nachhaltigkeit, 2014. UN Sonderorganisationen, Programme und Fonds. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/sonderorganisationen_der_vereinten_nationen_1408.htm, 2015-05-30.

N24, 2013. Welttoilettentag, Milliarden fehlt Zugang zu sicheren Toiletten. <http://www.n24.de/n24/Wissen/Kultur-Gesellschaft/d/3858054/milliarden-fehlt-zugang-zu-sauberen-toiletten.html>, 2015-05-30.

World Toilet Organization, 2014. World Toilet Day. <http://worldtoilet.org/what-we-do/world-toilet-day/>, 2015-05-20.

Wikipedia, 2015. Welttoilettenorganisation. <http://de.wikipedia.org/wiki/Welttoilettenorganisation>, 2015-05-30.

13 Akteurslandkarte „Toilets before Temples“

In einer Übungseinheit des Blockseminars wurde das Managementmodell CAPACITY WORKS der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für nachhaltige Entwicklung vorgestellt. Im Anschluss wurde ein Instrument – die Akteurslandkarte – beispielhaft von den Studierenden angewendet. Es wurde eine Akteurslandkarte erstellt (s. Abb. 10), welche die relevanten Akteure und ihre Beziehungen für ein diskutiertes Thema des Seminars, das Zitat von PM Modi "Toilets before Temples", aus Sicht der Studierenden grafisch darstellt.

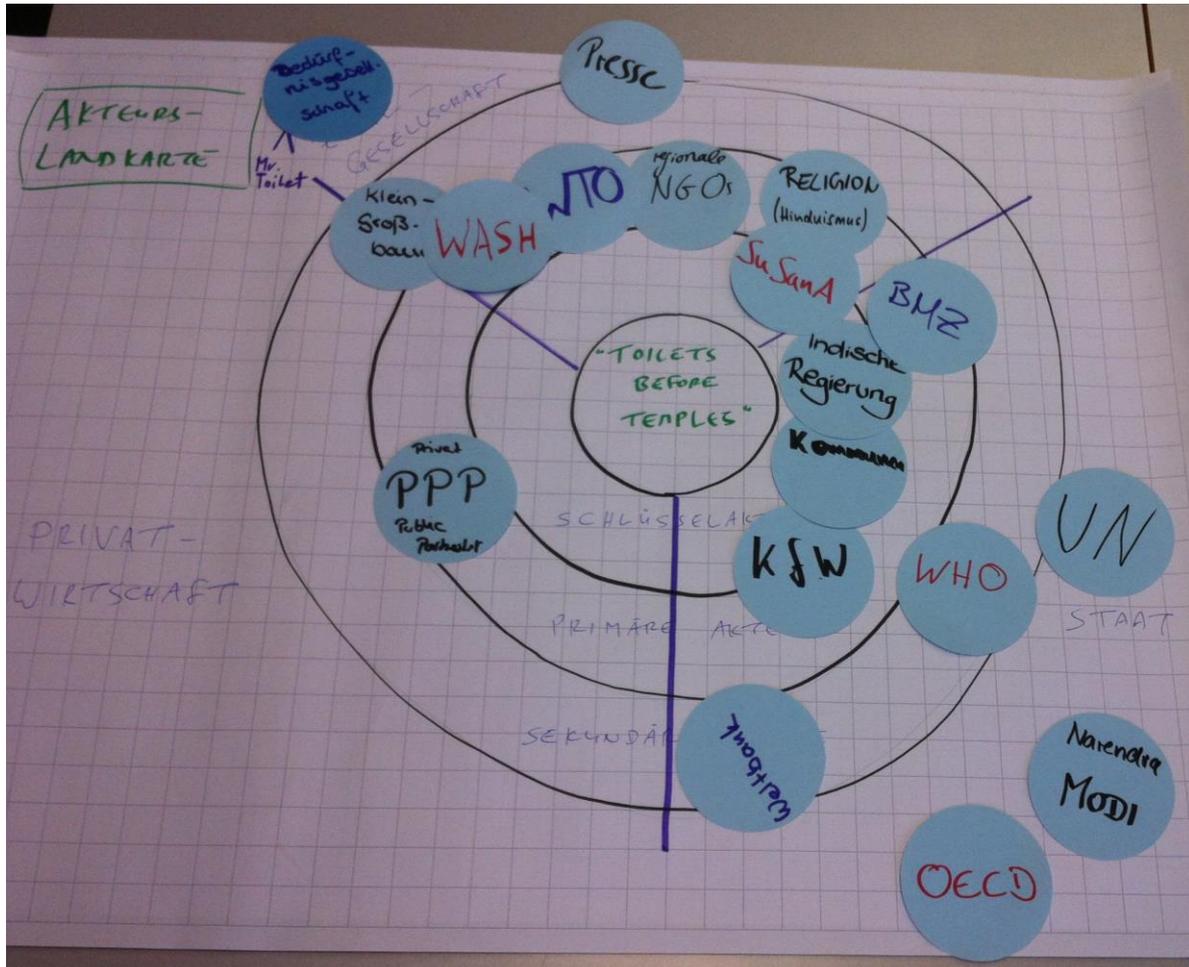


Abb. 12: Akteurslandkarte „Toilets before Temples“ (Foto: Jan Schlenk)

Literatur

GIZ (2015): Kooperationsmanagement in der Praxis. Gesellschaftliche Veränderungen gestalten mit Capacity Works. Springer.